

6. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten

INHALT

I. Einleitung	4
II. Ausstattung der Behörde	5
1. Personalausstattung	5
2. Finanzielle Ausstattung der Behörde	5
3. Sächliche Ausstattung der Behörde	7
III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter	7
1. Bürgerberatung	7
1.1. Beratung von Betroffenen	7
1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug	8
1.1.2. Rehabilitierung und Entschädigung	9
1.1.2.1. Das zweite Änderungsgesetz zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen	9
1.1.2.2. Bearbeitung der Anträge nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (Stichtag: 31.12.1999)	13
1.1.2.3. Durchführung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes	13
1.1.2.4. Regelungen im vermögensrechtlichen Bereich	15
1.1.2.5. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt	16
1.1.2.6. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge	16
1.1.2.7. Rehabilitierung durch Stellen der Russischen Föderation	17
1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte	17
1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS	19
2. Zusammenarbeit und Unterstützung	19
2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes	19
2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes	19
2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung	20
2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR	20

2.1.3.1.	Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen	22
2.1.3.2.	Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt	28
2.1.3.3.	Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften des Landes Sachsen-Anhalt	31
2.1.3.4.	Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)	53
2.1.3.5.	Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte)	58
2.1.4.	Aktualisierung der Auskünfte des Bundesbeauftragten	60
2.2.	Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen	60
2.3.	Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt	63
2.4.	Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer	65
2.5.	Die Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten und den Außenstellen seiner Behörde in Magdeburg und Halle	66
2.6.	Zur Arbeit des Beirates des Bundesbeauftragten	68
2.7.	Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung	68
3.	Forschung	68
4.	Öffentlichkeitsarbeit	70
4.1.	Broschüren	70
4.2.	Veranstaltungen	74
4.2.1.	„Von der Überwindung kommunistischer Diktaturen zum vereinten Europa. Erinnerung als Chance für die Zukunft“	74
4.2.2.	„Das Jahr 1989. Aufbrüche, Abbrüche, Umbrüche“	76
4.2.3.	Weitere Veranstaltungen	78
4.3.	Faltblätter	81
4.4.	Rundbrief	81
4.5.	Wanderausstellungen	81
4.6.	Bibliothek	83
4.7.	Internet	84
5.	Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten	85
6.	Informationen zum Stand der Rechtsprechung	91

6.1.	Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitierung und zu vermögensrechtlichen Fragen	91
6.1.1.	Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt	91
6.1.2.	Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitierung und zum Vermögensrecht	91
6.1.3.	Stand der Rechtsprechung im Bereich des Öffentlichen Dienstes und der freien Berufe im übrigen Bundesgebiet	96
6.2.	Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität	98
6.2.1.	Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung politisch-motivierter und unter Mißbrauch politischer Macht begangener Straftaten in der ehemaligen DDR	98
6.2.2.	Verfahren an den Landgerichten in Sachsen-Anhalt	100
6.2.2.1.	Hauptverhandlung vor der 1. Strafkammer des LG MD (21 Ks 9/95)	100
6.2.2.2.	Hauptverhandlung wegen Totschlags im Kontrollstreifen vor der 2. Strafkammer (Schwurgericht) des LG Stendal (502 Ks 21/95)	100
6.2.2.3.	Hauptverhandlung gegen die ehemaligen Oberste der Grenztruppen Kaltoven, Hamberger, Gäbler, Heinig, Schumacher, Boraschke und Banisch vor dem LG Stendal (502 Ks 16/95) ab 28. September 1999	101
6.2.2.4.	Verfahren in Halle am 8. Februar 2000 (23 Kls 7/2000, alt: 14/99)	102
6.2.3.	Verfahren im übrigen Bundesgebiet	102
6.2.4.	Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft und der ZERV	103
6.3.	Zum abschließenden Bericht über die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission	104
Anhang 1	Auszug aus der Broschüre „Sachbeiträge“ Nr. 12	105
Anhang 2	Die Auflösung des MfS in Magdeburg und Halle	108
Anhang 3	Ablaß-Handel der Gesellschaft	116
Anhang 4	Legoland oder: Die gepriesene Hilfsbereitschaft und menschliche Nähe in der DDR	120
Anhang 5	Aufruf an alle, die Dokumente von Widerstand und Opposition gegen die SED in der Zeit der SBZ/DDR besitzen (verschiedene Unterzeichner)	124
Anhang 6	Aufruf an alle, die Dokumente von Widerstand und Opposition besitzen (Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.)	126

I. Einleitung

Das Ausführungsgesetz zum Stasi-Unterlagengesetz für Sachsen-Anhalt legt fest, dass die Landesbeauftragte zum 31.3. eines jeden Jahres dem Landtag und der Landesregierung Bericht zu erstatten hat. Hiermit wird der sechste Bericht vorgelegt. Er umfasst den Zeitraum vom 1.4.1999 bis 31.3.2000. Als Stichtag für die Angaben zur Überprüfung von Angestellten des Öffentlichen Dienstes auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS und den Stand der Bearbeitung verschiedener Anträge wurde der 31.12.1999 gewählt.

Das Jahr 1999 war geprägt von zahlreichen Veranstaltungen, welche an die weitreichenden Ereignisse vor 10 Jahren erinnerten: die Flucht vieler Menschen aus der DDR, die Demonstrationen im Herbst, die Maueröffnung am 9. November und die Besetzungen der MfS-Bezirks- und Kreisdienststellen im Dezember. Sie alle führten zum Sturz der DDR und zur Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. An dieser Stelle sei besonders den Bürgerkomitees gedankt, welche sich damals insbesondere für die Sicherung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingesetzt haben. Ohne ihre Arbeit ständen diese wichtigen Zeugnisse von politisch motiviertem Unrecht heute nicht für die Einsichtnahme zur Verfügung (Bericht als Anlage).

Die Behörde der Landesbeauftragten beteiligte sich in verschiedener Form an der Erinnerungsarbeit. Die Zahl der Besucher von Veranstaltungen und der zum Thema erschienenen Bücher sowie viele Ausstellungen und nicht zuletzt die immer noch hohe Anzahl von Anträgen auf Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit machen deutlich, dass das Interesse der Menschen an der Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nachgelassen hat. Im Gegenteil, gerade junge Menschen wenden sich verstärkt diesem Thema zu und suchen nach Informationen. Der Bericht geht an verschiedenen Stellen darauf ein. Erwähnt sei hier nur die große Nachfrage nach der Broschüre „... mal gibt es kein Brot am Nachmittag, mal kein Schnittkäse, mal kein Quark ...“, welche kürzlich in der Reihe „Sachbeiträge“ der Landesbeauftragten erschienen ist und die Versorgungslage 1989 im Bezirk Halle mit „Waren täglichen Bedarfs“ schildert (Auszug als Anlage).

In Beratungsgesprächen mit Betroffenen wird immer wieder festgestellt, dass neben der Freude über die Einheit Deutschlands auch enttäuschte Hoffnungen im Hinblick auf eine Wiedergutmachung des geschehenen Leides und eine angemessene Bestrafung der dafür Verantwortlichen stehen. Die Mitglieder der Verfolgtenverbände befinden sich zum großen Teil in einem sehr hohen Alter. Ihre ehrenamtliche Arbeit muss seitens des Landes und der Kommunen weiterhin unterstützt und dauerhaft finanziell gefördert werden.

Die Verjährungsfristen und damit die juristische Aufarbeitung gehen ihrem Ende entgegen. Die historische Aufarbeitung hat längst begonnen. Die ganz persönliche Aufarbeitung und der Umgang mit Erinnerungen wird noch lange andauern und auch kommende Generationen nicht unberührt lassen. Auch aus diesem Grund müssen die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit noch für lange Zeit offen gehalten werden.

II. Ausstattung der Behörde

1. Personalausstattung

Die Personalsituation der Behörde der Landesbeauftragten hat sich im Berichtszeitraum wieder normalisiert. Alle 4 Mitarbeiterstellen sind besetzt. Zum Jahresende 1999 lief die 1. Wahlperiode der Landesbeauftragten aus. Die Amtsinhaberin wurde durch die Landesregierung zu einer Wiederwahl vorgeschlagen. Der Landtag wählte am 20.01.2000 die Amtsinhaberin für weitere 5 Jahre in dieses Amt.

2. Finanzielle Ausstattung der Behörde

Der Landtag von Sachsen-Anhalt wies im Einzelplan 11 im Kapitel 1114 der Landesbeauftragten folgende finanzielle Mittel zur selbständigen Bewirtschaftung zu (siehe umseitige Tabelle).

Jeder Titel wurde mit einer 5 % Einsparung belegt, so dass die hier angegebenen Summen nicht vollständig zur Verfügung standen. Die knappen Mittel im Bereich Veröffentlichungen führten wie im Vorjahr dazu, dass auf Grund von notwendig gewordenen Nachdrucken, auf den Neudruck von einigen Broschüren verzichtet werden musste. Die Druckarbeiten wurden alle in der JVA Naumburg ausgeführt. So konnten diese Mittel in den Landeshaushalt zurückfließen.

Neu eingerichtet wurde im Kapitel 1114 ein Titel 525 01. Aus diesem Titel werden die jährlich stattfindenden, gemeinsam mit dem Kultusministerium durchgeführten, Lehrerfortbildungsveranstaltungen anteilig finanziert. Bisher waren die Mittel im Titel 531 03 Öffentlichkeitsarbeit eingestellt. Im Bereich Post- und Fernmeldegebühren wurde auf den erhöhten Bedarf in 1997 reagiert und ein um 7.700 DM höherer Betrag zur Verfügung gestellt. Dadurch konnte der gestiegenen Nachfrage nach Publikationen der Landesbeauftragten aus dem In- und Ausland Rechnung getragen werden. Im Bezug auf die Titel 685 11 und 685 51, aus denen die Landesbeauftragte die Zu-

Titel	Zweckbestimmung	Zuweisung 1999	Zuweisung 1998
511 01	Geschäftsbedarf	5.000 DM	6.700 DM
512 01	Bücher und Zeitschriften	10.000 DM	10.500 DM
513 01	Post- und Fernmeldegebühren	22.000 DM	14.300 DM
515 01	Unterhaltung von Geräten und Ausstattung	1.000 DM	1.900 DM
515 02	Ersatz und Ergänzung der Geräte	3.000 DM	2.900 DM
522 32	Betreuungskosten bei der Beratung	1.000 DM	1.000 DM
525 01	Aus- und Fortbildung von Bediensteten	12.000 DM	0 DM
526 01	Sachverständigen / Gerichtskosten	500 DM	1.900 DM
527 01	Reisekosten	8.000 DM	11.400 DM
531 01	Veröffentlichungen	28.500 DM	28.500 DM
531 03	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	30.000 DM	30.000 DM
537 01	Behördenumzüge	1.000 DM	1.000 DM
538 01	Dienstleistungen Außenstehender	20.000 DM	19.000 DM
546 59	Vermischte Verwaltungsaufgaben	1.000 DM	1.000 DM
685 11	Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung	50.000 DM	25.000 DM
685 51	Sonstige Zuschüsse	50.000 DM	300.000 DM
685 52	Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin – Verpflichtungsermächtigung für HH 2000 und fortfolgende Haushalte bis 2004	0 DM	0 DM

wendungen an Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vergibt, konnte eine finanzielle Entlastung des Titels 685 51 erreicht werden. Mit der Übernahme der Förderung des Projektes zum Erhalt des Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg im Jahre 1999 durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin, konnte der hohe Betrag aus 1998 zurückgesetzt werden. Die in beiden Titeln zugewiesenen 50.000 DM werden jährlich benötigt, um landeseigene Projekte von Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zu fördern. Unter Punkt 5. dieses Tätigkeitsberichtes ist eine Aufstellung der einzelnen Projekte und Zuwendungsempfänger vorgenommen worden.

Auf Antrag der Landesbeauftragten wurde im Haushalt 1999 ein Titel 685 52 neu aufgenommen und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von jeweils 100.000 DM für die Jahre 2000 bis 2004 versehen. Hintergrund dieses Antrages ist die Tatsache, dass die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nur Projekte mit länderübergreifender Bedeutung in den jeweiligen

Ländern fördert, wenn das Land einen angemessenen finanziellen Beitrag dazu leistet. Eine aus diesem Grund mit der Stiftung abgeschlossene Vereinbarung regelt die anteilige Förderung durch die Behörde der Landesbeauftragten für die folgenden Jahre.

3. Sächliche Ausstattung der Behörde

Die sächliche Ausstattung der Behörde ist abgeschlossen. Notwendig werden lediglich Ersatzbeschaffungen sowie Regale für die Bibliothek und das Archiv.

III. Tätigkeit der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter

1. Bürgerberatung

Die Beratung von einzelnen Personen, aber auch Behörden, Institutionen und Vereinen im Umgang mit den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit gehört zu den hauptsächlichen Aufgaben der Landesbeauftragten. Der Bedarf hat auch 10 Jahre nach Beendigung der Tätigkeit des MfS nicht abgenommen.

1.1. Beratung von Betroffenen

Die Beratung und Unterstützung von Menschen, welche von SED-Unrecht betroffen sind, und deren Angehörigen wird seitens der Landesbeauftragten weiterhin als ihre wichtigste Aufgabe gesehen. Die Folgen von Repression in den letzten Jahrzehnten liegen tiefer und dauern länger an, als im Herbst 1989 vermutet. Das Statistische Bundesamt stellte im Januar 2000 darüber hinaus fest, dass sich die Lebenserwartung der ostdeutschen Bevölkerung zwar den Werten in Westdeutschland annähert, aber bei neugeborenen Jungen immer noch zwei und bei Mädchen ein Jahr niedriger liegt. Vor Jahren betrug der Unterschied noch fünf Jahre. Zurückgeführt wird diese Tatsache auf die schlechteren Lebensbedingungen in der DDR (Volksstimme, 27.1.2000).

Beispielhaft soll an dieser Stelle eine Frau erwähnt werden, welche sich im Sommer 1999 mit ihrem Mann an die Behörde wandte. Mit ihren zwei Geschwistern war sie von 1948 bis 1950 im Alter von 4 Jahren in einem vermutlich russischen Lager in der Nähe von Jüterbog/Jessen untergebracht. Ihr Vater war nach Westberlin geflohen, ihre Mutter inhaftiert. 1950 gelang der

Mutter mit den Kindern ebenfalls die Flucht nach Westberlin. Die schrecklichen Erinnerungen an diese Zeit begleiten sie bis heute und beeinträchtigen ihr Leben. Alle Angehörigen sind inzwischen verstorben und sie bekommt auf ihre Fragen nach dem WARUM der Inhaftierung und dem konkreten ORT der Ereignisse keine Antwort. Seitens der Landesbeauftragten konnten in diesem Fall zwar Kontakte zu Archiven und Beratungsstellen vermittelt werden, aber schriftliche Hinweise waren bisher nicht zu finden. Solche Gespräche und die anschließende Begleitung können nur mit viel Geduld und Zeit durchgeführt werden.

Schriftliche, telefonische und persönliche Anfragen erreichen die Landesbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie umfassen sowohl einfache Fragen nach Anträgen auf Einsicht in die Unterlagen des MfS und anderer Archive als auch tiefgehende Probleme bei der Bewältigung des Geschehenen.

Gespräche zwischen von der Arbeit des MfS Betroffenen und den dafür verantwortlichen inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern gestalten sich schwierig. Es kommt aus Sicht der Landesbeauftragten kaum dazu. Die Menschen, denen in der DDR Unrecht geschah, müssen das Erlebte zunächst verarbeiten und erwarten dann, dass sich jemand zu dem Unrecht bekennt und sich entschuldigt. Sie könnten ihn dann nach den Gründen für das geschehene Unrecht fragen. Die, die zum Unrecht beitrugen, müssen zunächst begreifen, dass Unrecht geschehen ist und sie daran beteiligt waren. Das geht in beiden Fällen nicht ohne schmerzhaftes Erinnern, nicht ohne Trauerarbeit. Erst anschließend könnten Gespräche miteinander stattfinden. Dieses wird noch mehrere Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern. Auf die Bitte einer Betroffenen hat die Landesbeauftragte 1999 die Begegnung mit einem ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS, welcher die Protokolle der „Wanzen“-Aufzeichnungen aus ihrer Wohnung geschrieben hat, begleitet (siehe Anhang).

1.1.1. Psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug

Auf die Notwendigkeit psycho-sozialer Beratung mit MfS-Bezug wurde immer wieder in den letzten Tätigkeitsberichten ausführlich hingewiesen. Da es bisher zu keiner speziellen Beratungsstelle in Sachsen-Anhalt gekommen ist, muss immer noch auf die Einrichtungen in Berlin verwiesen werden, welche jedoch auf Grund von vielen Anfragen häufig keine freien Kapazitäten mehr haben. Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ist im vergangenen Jahr in diesem Bereich tätig geworden, indem sie in begrenztem Um-

fang Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen finanzielle Mittel für eine psychologische Begleitung der Arbeit zur Verfügung stellte. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass auf diese Weise Schwellenängste, Misstrauen und persönlicher Druck in diesem Bereich abgebaut werden können. Auf Grund ihrer Erlebnisse haben es gerade ehemalige Häftlinge und andere von staatlichen Stellen der DDR repressierte Menschen schwer, sich Ärzten anzuvertrauen. Deshalb sollte diese Arbeit fortgeführt und erweitert werden.

1.1.2. Rehabilitierung und Entschädigung

1.1.2.1. Das zweite Änderungsgesetz zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen

Am 26. November 1999 wurde **das Zweite Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR** (Bundestagsdrucksache 14/1805) im Bundestag in zweiter und dritter Lesung ohne Änderung gegenüber der Ausschussfassung verabschiedet und nach Ausfertigung am 17. Dezember 1999 im Bundesgesetzblatt Teil I vom 30.12.1999, Seite 2662 verkündet (Neubekanntmachung des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes auf Seiten 2664-2670). Im Rahmen der Aussprache wurden die einzelnen Regelungen noch einmal dargestellt. Dr. Michael Luther (CDU/CSU) sprach unter Bezugnahme auf die vom Ausschuss für die Angelegenheiten der neuen Länder angehörten Betroffenenverbände von einem ersten Schritt in die richtige Richtung, dem aber noch weitere folgen müßten.

Folgende Regelungen wurden getroffen (wie im Regierungsentwurf geplant):

- Die Kapitalentschädigung pro Haftmonat wurde von 300 bzw. 550 DM auf 600 DM erhöht; zugleich wurde die Anrechnung bisher erhaltener Ausgleichsleistungen (nur in den alten Bundesländern von Bedeutung) beschränkt. Die zusätzliche Kapitalentschädigung wird *nur auf Antrag* gewährt. Falls der Antragsteller nach Stellung des ersten Antrags verstorben ist, können seine Angehörigen den zusätzlichen Antrag stellen (Die Angehörigen werden dann ihrerseits auf Ausschlussgründe untersucht - z. B. MfS-Mitarbeit).
- Die Unterstützungsleistung (jährlich bis 8000 DM) der Stiftung für ehemalige politische Verfolgte ist Angehörigen von in der Haft oder an der Mauer Verstorbenen/Getöteten nunmehr ohne Bedürftigkeitsprüfung zu bewilligen.
- Alle Antragsfristen werden um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2001 verlängert.

- Ohne Gesetzesänderung wird im Gesetzentwurf auf die verbesserten Möglichkeiten der Stiftung hingewiesen, „den aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße Zivildeportierten/-internierten Unterstützungsleistungen zu gewähren“. Bei den erwähnten Verschleppten aus Gebieten jenseits von Oder und Neiße handelt es sich um etwa 80 000 Menschen, vor allem Frauen und Mädchen (lt. BT-Plenarprotokoll 14/45, S. 3719B ff. Redebeitrag Hans-Joachim Hacker (SPD)). Die Richtlinien der Stiftung sind derzeit in Überarbeitung.

Die Koalitionsfraktionen bezogen sich bei der Begründung ebenso wie der Staatsminister im Kanzleramt Schwanitz in seinem Papier vom 28. April 1999 auf folgende vier Punkte: Kapitalentschädigung von einheitlich 600 DM pro Haftmonat, Leistungen für aus Gebieten jenseits der Oder und Neiße verschleppten Personen (Frauen), Leistungen an Personen, die infolge Haft oder an der Grenze Angehörige verloren haben und Erleichterung der Anerkennung gesundheitlicher Haftschäden.

Zum Verfahren in Sachsen-Anhalt:

Die Zuständigkeit für die Bescheidung der erhöhten Kapitalentschädigung nach dem StrRehaG liegt beim

Amt für Versorgung und Soziales, Tel. 03 45/5 27 6-0
Maxim-Gorki-Straße 4-7, 06114 Halle (Saale)
und dem

Amt für Versorgung und Soziales, Tel. 03 91/6 27 30 00
Halberstädter Straße 39a, 39001 Magdeburg.

(genau wie für die Kapitalentschädigung nach dem StrRehaG).

Für die HHG-Fälle (Personen, die nur eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG haben) hat das

Regierungspräsidium Halle, Dezernat 27,
Dessauer Straße 70, 06118 Halle

die Zuständigkeit erhalten. Die vorzeitig eingegangenen Anträge wurden nach Eingangsbestätigung vorläufig abgelegt und sollen alsbald beschieden werden.

In Brandenburg:

Während für die Fälle nach § 25 StrRehaG die Präsidenten der Landgerichte (Cottbus, Frankfurt, ...) zuständig bleiben, wurde nach Beendigung der Behördentätigkeit nach dem HHG in Berlin-Marienfelde für Brandenburg die Zuständigkeit der

Landesstelle für Aussiedler des Landes Brandenburg,
Juri-Gagarin-Str. 7 in 03185 Peitz, Tel. 03 56 01 / 85-0

zugeteilt. Die genannte Behörde wurde auf die neue Aufgabe hingewiesen.

Für **Erstantragssteller** gelten die bisherigen Regelungen mit der Abweichung, dass die Fristen erst am 31.12.2001 enden.

Für die strafrechtliche Rehabilitation zuständig ist das Landgericht, in dessen Bezirk die Verurteilung ausgesprochen wurde, z. B.

Landgericht Stendal, Am Dom 19, PLZ 39576, Telefon 0 39 31-5 80,

LG Magdeburg, Halberstädter Str. 8, PLZ 39112, Telefon 03 91-60 60,

Landgericht Halle/Saale, Hansering 13, PLZ 06108, Telefon 03 45-22 00,

LG Dessau, Willy-Lohmann-Str. 29, PLZ 06844, Telefon 03 40-20 20.

Für die berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitation zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk das Verwaltungsunrecht bzw. die berufliche Benachteiligung stattgefunden haben, z. B.

Regierungspräsidium Dessau, Dezernat 27, PF 12 05, PLZ 06844,

Regierungspräsidium Halle, Dezernat 27, PF 20 02 56, PLZ 06003,

Regierungspräsidium Magdeburg, Dezernat 27, PF 19 60 PLZ 39009.

Verfolgte Schüler

Zugunsten der verfolgten Schüler wurde keine Regelung getroffen. Das auch unter 6.1.2. erwähnte Urteil im Fall May (BVerwG, 21.01.1999, 3 C 5.98) ergab keine Verpflichtung der Bundesregierung (oder der Bundesrepublik Deutschland insgesamt), für Behinderungen beim beruflichen Fortkommen durch die DDR Ersatz oder Entschädigung zu leisten:

Lediglich der am 17. Juni 1999 eingebrachte Gesetzentwurf der CDU/CSU erfasste die Fälle der verfolgten Schüler (Bundestagsdrucksache 14/1001): Der genannte Gesetzesantrag sah eine Verfolgtenrente (dort: „Ausgleichsleistung“) für Personen vor, die vom BerRehaG erfasst werden, die also zugleich die angekündigte Ausgleichsleistung für verfolgte Schüler dargestellt hätte. Die Zahlung sollte 300 DM monatlich, für Rentner 200 DM monatlich ab dem Monat nach Antragstellung betragen. Die Stellung des Antrags sollte bis 30. Juni 2001 möglich sein. Zum Ausgleich für die neu auf die Länder zukommenden finanziellen Lasten sollte sich der Bund mit 70 statt bisher 60 vom Hundert an den Kosten des BerRehaG beteiligen.

Ausschlussgründe für die Zahlung der Ausgleichsleistung sollten sein:

- Verfolgungszeit von höchstens drei Jahren, es sei denn, die Verfolgungszeit endet mit dem 2. Oktober 1990;
- Zeitraum zwischen Beginn der Verfolgungszeit und Beginn des Rentenbezugs (gemeint ist wohl die Alters-, möglicherweise aber auch eine Invalidenrente) von bis zu sechs Jahren.

Dieser Gesetzentwurf wurde am 26. November 1999 durch den Deutschen Bundestag abgelehnt.

Anmerkung: Frau May wäre aber auch hier mangels ausreichender Verfolgungszeit gescheitert.

Die Erfahrung aus der Beratungstätigkeit der Behörde zeigt, dass die Gesetzeslage im Bereich der Rehabilitation lückenhaft ist. So können die Folgen des Unrechts nur in Ansätzen gelindert werden. Von den Häftlings- und anderen Opferverbänden wird daher nach wie vor die Einrichtung einer **Verfolgtenrente** gefordert, welche im Bereich des Entschädigungsgesetzes und nicht im Versorgungsgesetz angesiedelt sein könnte.

Im Berichtszeitraum wurde mit allen Verfolgtenverbänden in Sachsen-Anhalt die erfolgte Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze diskutiert. Wesentliche Inhalte dieser Diskussion waren neben der Forderung der Verfolgtenrente über die genannte Neuregelung hinaus:

- Erleichterung bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden nach Haft und/oder Verfolgung, die trotz des Appells der Bundesregierung nach den bisher gemachten Erfahrungen bislang nicht zu einer Änderung der behördlichen Entscheidung geführt haben,
- Verbesserung der rentenrechtlichen Regelungen,
- Verbesserung der Situation in der DDR verfolgter Schüler.

Das im letzten Tätigkeitsbericht angesprochene Gesetz zur Änderung des dritten Gesetzes über die Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts ist vom Senat von Berlin nunmehr am 17. September 1999 (GVBl. 1999, S. 529) verabschiedet worden. Es sichert Bewerbern für die Einstellung in den öffentlichen Dienst des Landes Berlin, bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung, eine bevorzugte Einstellung zu, wenn sie eine politische Verfolgung oder eine politisch motivierte berufliche Benachteiligung durch staatliche Organe oder Dienststellen in der ehemaligen DDR erlitten haben und diese nachweisen. Es wird bedauert, dass eine ähnliche Regelung nicht auch für das Land Sachsen-Anhalt gesucht wurde.

1.1.2.2. Bearbeitung der Anträge nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (Stichtag: 31.12.1999)

Seit Inkrafttreten des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1994 wurden in Sachsen-Anhalt bis zum 31.12.1999 **14077 Anträge** auf eine verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitation gestellt. Die Antragstellung dauert weiter an. Hinzu kommen zahlreiche Anfragen, zu bearbeiten von den drei Rehabilitierungsbehörden, welche jeweils im Dezernat 27 der Regierungspräsidien Halle, Magdeburg und Dessau angesiedelt sind. Durch die notwendigen umfangreichen Recherchen in den MfS- und anderen staatlichen Unterlagen der DDR gestaltet sich die Bearbeitung häufig sehr langwierig und schwierig. Es ist um so schwerer, je länger das schädigende Ereignis zurückliegt. Auf Grund nicht mehr vorhandener Aktenbestände muss in einigen Fällen auf Zeugenaussagen zurückgegriffen werden. Den Mitarbeitern in diesen Bereichen sei an dieser Stelle für ihre Arbeit gedankt. **6606 Bescheide wurden inzwischen erteilt.** Hiervon waren **5143 Bewilligungen**. 1463 Anträge mussten abgelehnt werden. 2673 Anträge erledigten sich auf sonstige Art und Weise. Die Bescheide hielten bisher nur in zwei von 32 durch Urteil entschiedenen Fällen einer gerichtlichen Überprüfung durch das Verwaltungsgericht nicht stand. Zum Ende des Jahres 1999 waren noch 4798 Anträge unerledigt.

1.1.2.3. Durchführung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes

Die strafrechtliche Rehabilitation wurde schon 1992 in dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz geregelt, nachdem noch die Volkskammer der DDR ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hatte.

Rehabilitierungen:

In Verfahren nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz verzeichneten die Landgerichte in Sachsen-Anhalt 25566 Eingänge von 1990 bis 1997. Für die Jahre 1998 und 1999 folgt eine nach der Art der Anträge aufgeschlüsselte Darstellung:

	1998	1999		1998	1999
Eingänge	580	734	Erled. d. Beschluss: Antrag war	(506)	(411)
Erledigungen	631	553	begründet	224	184
unerledigt	655	836	teilw. begründet	78	80
Erled. d. Beschluss	506	411	nicht begründet	201	135
Erled. d. Sonstiges	125	142	unzulässig	3	12

Gesamtzahlen über bewilligte und abgelehnte Rehabilitierungsanträge konnten der Landesbeauftragten leider nicht zur Verfügung gestellt werden.

Folgeleistungen:

	1998				1999			
StrRehaG	§ 6	§ 17	§ 21	§ 22	§ 6	§ 17	§ 21	§ 22
Anträge	238	355	29	6	245	321	30	5
Bewilligungen	409	455	36	3	208	278	12	0
Ablehnungen	22	50	70	22	10	35	33	11
Sonstige Erledigungen	13	43	15	3	19	67	28	1
offene Fälle	97	337	151	15	105	278	108	8

Aus der vom Landesamt für Versorgung und Soziales übermittelten Tabelle mit der Aufstellung der Zahlen zu Anträgen und Bewilligungen, wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die letzten beiden Jahre der Erfassung ausgewählt. Für die Übersicht zu den Jahren 1993-1997 wird auf den 4. und den 5. Tätigkeitsbericht verwiesen.

Statistik der Antragsbearbeitung:

Anteil der genehmigten Anträge (Bewilligungen) an den gestellten Anträgen:

§ 6 StrRehaG: 95,08 % (Erstattungen von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen)

§ 17 StrRehaG: 81,57 % (Kapitalentschädigung für Freiheitsentziehung)

§ 21 StrRehaG: 20,94 % (Beschädigtenversorgung – Haftfolgeschäden)

§ 22 StrRehaG: 6,54 % (Hinterbliebenenversorgung)

Stellungnahme des Landesamtes für Versorgung und Soziales (LafVuS):

Mit Wirkung vom 01.01.2000 ist das Zweite Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften in Kraft getreten.

Mit der Novellierung wird u. a. die Kapitalentschädigung für alle ehemaligen politischen Häftlinge auf einheitlich 600 DM monatlich erhöht. In bisher noch nicht entschiedenen Fällen werden 600 DM je Haftmonat gewährt. Die ÄfVuS sind aber auch in den Fällen, in denen die erstmalige Kapitalentschädigung aufgrund einer Rehabilitation bereits gewährt wurde, für die Nachzahlung gem. § 17 Abs. 5 StrRehaG zuständig. In Sachsen-Anhalt werden etwa 12.000 Anträge auf Nachzahlung erwartet. Voraussetzung für die Gewährung einer Nachzahlung ist die Stellung eines Antrages. Dieser kann formlos gestellt

werden und sollte die Behörde, die die erstmalige Kapitalentschädigung gewährt hat und das damalige Aktenzeichen enthalten. Außerdem ist die aktuelle Bankverbindung anzugeben ...

Hinsichtlich der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung hat der Bundeskanzler die Länder um Überprüfung aller Ablehnungen gebeten. In Sachsen-Anhalt werden daraufhin alle ablehnenden Entscheidungen der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach dem StrRehaG, VwRehaG und dem HHG durch ausgewählte Mitarbeiter der Verwaltung und des Ärztlichen Dienstes in den ÄfVuS und dem LafVuS überprüft. Dabei wird auch überprüft, ob bei der ablehnenden Entscheidung alle Möglichkeiten der Beweis-erleichterung und die derzeitigen Erkenntnisse in der medizinischen Wissenschaft berücksichtigt wurden.

Wie in den Vorjahren ist der häufigste Ablehnungsgrund bei der Kapitalentschädigung der Verstoß des Antragstellers gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, oder wenn dieser seine Stellung in schwerem Maße zum eigenen Vorteil und zum Nachteil anderer missbraucht hat. Darunter fallen auch die Fälle der hauptamtlichen und inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS. Werden diese Ausschließungsgründe nachträglich bekannt, ist eine Rückforderung der gezahlten Beiträge vorgesehen.

Ablehnungsgründe nach § 17 werden dann geltend gemacht, wenn der Anspruchsberechtigte vor dem 18.09.1990 verstorben ist oder wenn er später verstorben ist, aber keinen Antrag gestellt hat.

Bei den §§ 21 und 22 sind Ablehnungen dann vorgesehen, wenn durch die Behörde die Schädigungen nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit auf die angegebenen Haftumstände zurückzuführen sind.

1.1.2.4. Regelungen im vermögensrechtlichen Bereich

Mit Wirkung vom 1.7.1999 sind die Aufgaben des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen auf die Abteilung 5 des Regierungspräsidiums Halle (An der Fliederwegkaserne 13, PF 20 08 43, 06009 Halle) übertragen worden.

Weiterhin gestaltet sich die Entschädigung und Rückgabe im vermögensrechtlichen Bereich besonders schwierig. Im Bereich der Restitution von Unternehmen durch das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen in Halle waren von den ca. 23275 Ansprüchen per 31.12.1999 bereits 21368 (91,81%) erledigt. Im Bereich der von den bei den Landkreisen und kreisfreien Städten eingerichteten Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen zu entscheidenden Einzelrestitutionen waren von den ca. 430100 Vermögenswerten per 31.12.1999 387874 (90,79%) erledigt.

Angaben über Bewilligungen und Ablehnungen liegen leider nicht vor.

Nach einer Pressemitteilung des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15.11.1999 ist über 165.000 Immobilien noch nicht entschieden (Stand 30.9.); die Erledigungsquote beträgt nur noch 0,5% pro Quartal (früher 2-3%). Als Gründe für diese Verlangsamung wurde die Schwierigkeit der Fälle (die komplizierten wurden bislang hinausgeschoben) sowie der Personalabbau (10% im letzten Jahr) in den örtlichen Ämtern angegeben.

1.1.2.5. Verbesserung der Renten für die Opfer von SED-Willkür im Land Sachsen-Anhalt

Es wird seitens der Verbände angeregt, dass das Land Sachsen-Anhalt analog der Regelung im Land Thüringen jedem der ehemaligen **Zwangsangesiedelten** eine einmalige Summe in Höhe von 4000 DM auszahlt.

Der im Landtag von Sachsen-Anhalt eingebrachte CDU-Antrag (3/1528neu), der am 6. Mai 1999 erstmals behandelt und dann an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Stellungnahme überwiesen wurde, ist nach Abgabe dieser Stellungnahme (Drs. 3/2174) erneut im Landtag behandelt und am 7. Oktober 1999 beschlossen worden. Mit diesem Beschluss wird die Landesregierung ... gebeten zu prüfen, inwieweit eine verbesserte Rentenregelung der Opfer ... möglich ist. Dieser Beschluss erfolgte ohne Gegenstimmen (einstimmig).

Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

1.1.2.6. Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge

Die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Wurzerstraße 106, 53175 Bonn, hat auf Nachfrage folgende Zahlen für Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt (der durchschnittliche Zahlbetrag beruht auf eigenen Berechnungen):

Jahr	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	durchschnittl. Zahlbetrag
1999	255	1.252.800 DM	4.912,94 DM
1998	261	1.311.800 DM	5.026,05 DM
1997	131	611.450 DM	4.667,56 DM
1996	71	225.000 DM	3.169,01 DM
1995	58	203.100 DM	3.501,72 DM
1994	69	253.700 DM	3.676,81 DM
1993	74	284.900 DM	3.850,00 DM

Diese Zahlen beziehen sich nur auf Fälle nach dem StrRehaG; die Fälle nach dem HHG werden nur danach erfasst, ob die Antragssteller aus dem Osten oder dem Westen kommen; die Zahlen sind auch weitaus geringer.

Ende Februar soll auf der Sitzung des Stiftungsrates über neue Richtlinien (wie anlässlich des zweiten Änderungsgesetzes zu den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen angekündigt) entschieden werden, die dann im Bundesanzeiger zu veröffentlichen sind.

Die Stiftung hat eine neue Rufnummer (damit ist der entsprechende Hinweis auf den alten Anträgen hinfällig): **02 28/3 68 93 70**.

1.1.2.7. Rehabilitation durch Stellen der Russischen Föderation

Für die Fälle der ohne Verurteilung Inhaftierten besteht nach Aussage des Auswärtigen Amtes nur eine sehr eingeschränkte Möglichkeit der Rehabilitation; im Verfahren besteht allerdings kein Unterschied zu Rehabilitierungen nach Verurteilung. Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes verletzt die Russische Föderation damit die Verpflichtung, die man aus der „Gemeinsamen Erklärung“ vom 16. Dezember 1992 entnehmen kann.

In diesem Zusammenhang sind die Entscheidung des Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, 25.02. 1999, 7 C 8.98 und BVerwG, 25.02. 1999, 7 C 9.98) zu sehen, die die Bedeutung einer russischen Rehabilitierungsentscheidung für das Verfahren nach dem VwRehaG hervorhebt; nach einer russischen Rehabilitation ist auch eine deutsche Rehabilitation nicht mehr durch „besatzungshoheitliche“ Gründe ausgeschlossen, so dass in der Folge auch eine Rückgabe enteigneten Vermögens möglich sein könnte.

Eigene Stellungnahme: Dadurch, dass das Vermögensgesetz die Bedeutung der besatzungshoheitlichen Grundlage so betont, ist die Rückgabe von Vermögenswerten an ohne Urteil Inhaftierte sehr erschwert. Die nach dem Völkerrecht möglicherweise gegebenen Möglichkeiten der Aufhebung deutscher Verwaltungsakte auf besatzungshoheitlicher Grundlage wurden und werden vom Gesetzgeber nicht ausgenutzt.

1.1.3. Beratung von Betroffenen durch Rechtsanwälte

Weiterhin ist das Misstrauen seitens der Betroffenen gegenüber Anwälten, die DDR-Bürger waren, auf dem Hintergrund der Tatsache groß, dass auch ehemalige hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des MfS heute Rechtsanwälte sind. Leider ist es der Behörde der Landesbeauftragten nicht möglich, eine Lösung für dieses Probleme herbeizuführen.

Der zuständige Abteilungsleiter im Justizministerium erklärte hierzu:

Angesichts der Entwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zur Frage der Versagung einer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wegen Mitarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR habe ich die regelmäßige Überprüfung von Anwaltsbewerberinnen und -bewerbern („Gauck-Anfrage“) mit Wirkung vom Juni 1999 eingestellt. Seitdem wird nur noch bei Vorliegen biographischer Anhaltspunkte eine Überprüfung der Bewerberinnen und Bewerber auf eine evtl. Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR durchgeführt. Da die letzte Zusammenarbeit mit dem MfS bzw. dem Amt für nationale Sicherheit nahezu 10 Jahre zurückliegen würde, kommen auch bei Vorliegen erheblicher Verstöße gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit kaum noch Sachverhalte in Frage, die die Zulassung zu dem freien Beruf des Rechtsanwalts hindern würden. Darüber hinaus ist die Überprüfung sämtlicher Juristinnen und Juristen, welche vor dem 03. Oktober 1990 zur Rechtsanwaltschaft zugelassen worden sind, abgeschlossen.

In der Zwischenzeit treten bereits die ersten Fälle auf, in denen Rechtsanwältinnen oder Rechtsanwälte, deren Zulassung wegen der Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR widerrufen worden ist oder deren Zulassung bestandskräftig zurückgewiesen worden war, erneut die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft begehren.

Bereits am 11.12.1998 hat der Anwaltsgerichtshof des Landes Sachsen-Anhalt in dem Verfahren 1 AGH 3/98 einen Beschluss verkündet, in dem er den Antrag eines ehemals bereits in der DDR zur Rechtsanwaltschaft zugelassenen Rechtsanwalts gegen das ablehnende Gutachten der Rechtsanwaltskammer zurückgewiesen und weiterhin Versagungsgründe gegen die Wiedenzulassung zur Rechtsanwaltschaft geltend gemacht hat. Der Rechtsanwaltschaft hatte die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wegen Zusammenarbeit mit dem MfS am 11.12.1995 durch Beschluss des Bundesgerichtshofs (AnwZ (B) 37/95) verloren.

Der Anwaltsgerichtshof ist mit der Rechtsanwaltskammer des Landes Sachsen-Anhalt der Auffassung, dass im konkreten Falle eine Wiedenzulassung des Antragstellers noch nicht in Betracht kommt.

Über die hiergegen erhobene weitere Beschwerde zum Bundesgerichtshof ist nach meiner Kenntnis noch nicht entschieden.

Ähnlich liegt die Sache in einem 2. Fall, dem ebenfalls ein bestandskräftig aus der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossener Jurist, der bereits zu DDR-Zeiten Rechtsanwalt war, die erneute Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beantragt hatte. Hier hat der Anwaltsgerichtshof des Landes Sachsen-Anhalt am 30.07.1999 einen Beschluss verkündet (1 AGH 4/99) in welchem der Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen das ablehnende Gutachten des Vorstands der Rechtsanwaltskammer zurückgewiesen worden ist. Auch in

diesem Fall sah der Anwaltsgerichtshof die seit dem Ausscheiden aus der Rechtsanwaltschaft verstrichene Zeit als noch zu kurz an. Auch hiergegen ist Beschwerde vor dem Bundesgerichtshof erhoben worden, über die noch nicht entschieden worden ist.

Letztlich hat hier ein ehemaliger Vorsitzender eines Strafsenats des Bezirksamtsgerichts Antrag auf erneute Zulassung zur Rechtsanwaltschaft gestellt, den ich mit Rücksicht auf die m.E. noch ausreichende Wohlverhaltensfrist zurückgewiesen hatte. Der Anwaltsgerichtshof hat den hiergegen erhobenen Antrag auf gerichtliche Feststellung zurückgewiesen und ebenfalls die Auffassung vertreten, dass die Tätigkeit des Antragstellers als Richter eines 1. Strafsenats in der ehemaligen DDR einer Zulassung noch entgegenstünde.

Bei der Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter führe ich nach wie vor eine Gauck-Anfrage nicht durch. Bei einem Bedarf von ca. 2.400 ehrenamtlichen Richtern alleine in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit würde die ordentliche Überprüfung zu einem unvorhersehbar großen Aufwand führen. Allerdings fordere ich auch gegenwärtig noch eine Erklärung über eine evtl. Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR auf hauptamtlicher oder informeller Ebene an, ohne deren Abgabe eine Berufung nicht erfolgt.

1.2. Beratung von Mitarbeitern des MfS

Nach wie vor nehmen ebenfalls inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter des MfS oder in Einzelfällen auch deren Kinder die Beratungsangebote der Landesbeauftragten wahr. Es wird immer noch die Erfahrung gemacht, dass über diesen Bereich auch oder gerade innerhalb der Familie wenig oder gar nicht gesprochen wird. Solange Menschen, welche für das MfS gearbeitet haben, die Verantwortung für sich selbst und ihr Tun nicht übernehmen, berauben sie sich auch der Möglichkeit, sich in den Prozess der Aufarbeitung einzubringen.

2. Zusammenarbeit und Unterstützung

2.1. Zusammenarbeit mit den Behörden des Landes

2.1.1. Beratungen im Zusammenhang mit der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes

Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, personalführende Stellen bei der Antragstellung auf eine Überprüfung von Beschäftigten im Hinblick auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS sowie bei der Bewertung der Auskünfte

des Bundesbeauftragten zu beraten. Angesichts der Tatsache, dass die Rehabilitierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, die Unterlagen des MfS noch nicht ganz erschlossen und die Anträge auf Akteneinsicht in Unterlagen des MfS noch lange nicht abschließend bearbeitet sind, kann die Überprüfung auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS nicht eingestellt werden.

2.1.2. Beratung in Zusammenhang mit Anträgen auf Rehabilitierung

Die Rehabilitierungsgesetze enthalten Ausschlussstatbestände. Hiernach ist jemand, der gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat oder in schwerwiegenden Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat, von Folgeleistungen ausgeschlossen. Die Rehabilitierungsbehörden sind verpflichtet, dieses zu überprüfen und zu bewerten. Die Landesbeauftragte wird hier in Einzelfällen um eine Bewertung gebeten. Da sich herausgestellt hat, dass mehr Antragsteller als vermutet in diesem Bereich falsche Angaben gemacht und für die Staatssicherheit gearbeitet haben, werden seit einiger Zeit fast alle Vorgänge beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zur Überprüfung eingereicht.

2.1.3. Stand der Überprüfungen der Beamten und Angestellten im Öffentlichen Dienst, sowie Vertreter kommunaler Vertretungskörperschaften in Sachsen-Anhalt auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR

In Sachsen-Anhalt werden alle **Landesbediensteten** auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der DDR überprüft. Die Überprüfung schließt auch die Personen ein, die sich aus den alten Bundesländern bewerben. Das verlangt zum einen der Grundsatz der Gleichbehandlung. Zum anderen gibt es gerade seit 1998 genauere Kenntnisse über die Arbeit des MfS mit Informanten in der alten Bundesrepublik (Dr. Hubertus Knabe, Die unterwanderte Republik).

Nach Erhalt des Auskunftsbereiches des Bundesbeauftragten wird eine Einzelfallüberprüfung vorgenommen, welche die Wertung von belastenden und entlastenden Momenten beinhaltet. Entschließt sich ein Ressort, einem Mitarbeiter auf Grund einer belastenden IM-Tätigkeit zu kündigen, muss dieser Entschluss noch einmal dem bei der Staatskanzlei 1995 eingerichteten Vertrauensrat zur Überprüfung vorgelegt werden.

Vertrauensrat der Landesregierung

Im Berichtszeitraum tagte der Vertrauensrat der Landesregierung in 2 Beratungen.

2 Einzelfälle wurden in diesen Beratungen erörtert. Beide Einzelfälle waren vom Kultusministerium eingereicht worden. In beiden Fällen hielt der Vertrauensrat eine Weiterbeschäftigung im Öffentlichen Dienst für **nicht zumutbar**.

Die Materialsammlung der zweiten Enquete-Kommission des 13. Deutschen Bundestages zum Thema „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, die im Nomos-Verlag erscheint, wurde vom Kommissionsvorsitzenden Rainer Eppelmann. MdB und vom Bundestagspräsidenten Thierse im Dezember 1999 vorgestellt. Die Auslieferung des Registerbandes hat sich noch bis Februar 2000 verzögert.

Hieraus ist unter anderem zu entnehmen, dass die Länder Sachsen-Anhalt und Brandenburg die Schlusslichter bilden, wenn es darum geht, aus früherer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst Konsequenzen für Beschäftigungsverhältnisse zu ziehen. Hierbei wird für das Land Sachsen-Anhalt auf den 3. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten Bezug genommen.

Die Überprüfung von Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes ist bis auf Neueinstellungen fast abgeschlossen. Die öffentliche Diskussion ist nach wie vor sehr angeregt, wenn es um die Beschäftigung ehemaliger inoffizieller und hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS im Öffentlichen Dienst oder in anderen öffentlichen Bereichen geht. Die letzten Beispiele waren das Engagement von Gisela Oechelhaeuser im Kabarett „Die Kiebitzensteiner“ in Halle und auch die Veröffentlichung der Namen von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS im Internet.

Nach den letzten Kommunalwahlen haben verschiedene Stadt- und Gemeinderäte bereits ihre Überprüfung beantragt. In diesem Zusammenhang führte die „Volksstimme/Genthin“ eine Umfrage im November 1999 unter Lesern durch. Im Ergebnis forderten sich 73,1 % der Anrufer die Fortführung der Überprüfung von gewählten Volksvertretern und Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes (Volksstimme vom 16.11.1999). Die Tatsache, dass sich z. B. Gemeinderäte nicht überprüfen lassen, weil aus anderen Zusammenhängen bekannt ist, dass Mitglieder ehemalige inoffizielle Mitarbeiter des MfS waren (in einem Fall mehr als die Hälfte) stößt immer wieder auf Verärgerung der Bevölkerung. Hier sei auch noch einmal auf die besonders schwierige Situation bei der Überprüfung von Bürgermeistern in Sachsen-Anhalt hingewiesen. Wie bei allen gewählten Vertretern können sie nicht zur Rückgabe des Mandates gezwungen werden, auch wenn ihre Verstrickung mit dem MfS sehr schwerwiegend ist.

Aus Sicht der Landesbeauftragten ist es für eine Beendigung der Überprüfung noch zu früh. Der Termin 31.12.2006, den das Stasi-Unterlagengesetz als Schlusspunkt hinter die Überprüfungsmöglichkeit setzt, ist ausreichend.

2.1.3.1. Stand der Überprüfungen in den Ministerien, Regierungspräsidien und nachgeordneten Einrichtungen

Landtag, Staatskanzlei und Ministerien

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	davon nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Landtagsverwaltung	150	190	190	186	4	1	1	2	0	0	1 VG*	0
Staatskanzlei	223	274	256	248	8		8	0	0	0	0	0
Ministerium des Innern	16.265	17.373	17.305	14.584	2.721	900		1.812	2	7	13	2
Ministerium der Justiz	4.585	4.662	4.432	4.184	248	76	42	130	0	0	3	0
Ministerium der Finanzen	5.122	4.430	4.398	4.255	143	24	12	107	0	0	8	2
Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales	2.012	2.642	2.626	2.540	86	7	19	59	0	1	6 AG* 1 VG*	0

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	davon nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten	537	707	704	674	30	1	16	12	0	1	0	0
Ministerium für Raumordnung und Umwelt	1.384	1.619	1.611	1.548	63	9	22	31	0	1	5 AG* 1 VG*	2
Ministerium für Wohnungswesen Städtebau und Verkehr	1.863	2.305	2.166	2.095	71	8	14	49	0	0	4	3
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3.763	4.043	3.973	3.724	248 IM 1 HM	37	34	168	1	9	21	6
Kultusministerium	51.813	67.250	62.184	59.905	2.279	670		1.603	6	-	-	-
Gesamt:	87.717	105.495	99.845	93.943	5.902	1.901		3.973	9	19	62	15

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Kernverwaltung	420	464	464	442	22	17	4	1	0	0	3	0
nachgeordneter Polizeibereich	11.260	12.114	12.089	9.574	2.515	793**		1.722	0	**	**	**
RP Magdeburg	959	1.041	1.013	970	43	7	19	9	2	6	4	2
RP Halle	911	911	909	874	35	3	14	18	0	0	3	0
RP Dessau	625	622	621	601	20	3	7	10	0	0	0	0
Statistisches Landesamt	291	338	337	316	21	2	5	13	0	1	1	0
Landesarchive	77	98	98	90	8	2	5	1	0	0	2	0
Vermessungs- und Katasterverwaltung	1.529	1.529	1.518	1.484	34	5	0	29	0	0	0	0
LA für Landesvermessung und Datenverwaltung	29	30	30	29	1	1	0	0	0	0	0	0

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Brand- und Katastrophenschutzschule	118	180	180	161	19	0	11	8	0	0	0	0
Institut der Feuerwehr	22	25	25	22	3	0	2	1	0	0	0	0
Studieninstitut Sachsen-Anhalt	24	21	21	21	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt:	16.265	17.373	17.305	14.584	2.721	900		1.812	2	7	13	2

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

** unverhältnismäßig hoher Aufwand zur Ermittlung der Daten nötig

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Kernverwaltung	330	409	391	382	9	7		2	0	-	-	-
nachgeordnete Einrichtungen	51.483	66.841	61.793	59.523	2.270	663		1.601	6	-	-	-
Gesamt:	51.813	67.250	62.184	59.905	2.279	670		1.603	6	-	-	-

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Anzahl der Beschäftigten in den **Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen**
(Stand 31.12.1999)

87.717

Anzahl der Anträge (seit 1990) an den Bundesbeauftragten zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR
(Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die die Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.)

105.495

Anzahl der Auskünfte des Bundesbeauftragten

99.845

Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS

93.943

94 %

Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS

5.902

6 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse

1.901

32,2 %

Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung

3.973

67,3 %

Anzahl der ausstehenden Entscheidungen

9

0,2 %

Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter

19

0,3 %

2.1.3.2. Stand der Überprüfungen in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Sachsen-Anhalt

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beantragte Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Stadt Magdeburg	6.131	8.720	8.447	8.070	377	82	39	243	4	9	41	2
Stadt Halle/Saale	5.432	1.246	1.098	970	128	19	88	21	0	0	3 AG* 1 VG*	
Stadt Dessau	4.224	3.984	3.946	3.878	68	3	39	25	1	0	4	2
Altmarkkreis Salzwedel	679	1.214	1.035	968	67	23	17	27	0	0	0	0
Anhalt-Zerbst	479	574	574	537	37	13	8	16	0	0	5	0
Aschersleben-Staßfurt	554	1.248	911	870	41	13	3	25 (13 WG*)	0	0	3 AG*	3
Bernburg	391	497	495	470	25	20	4	1	0	0	3	1
Bitterfeld	587	712	722	697	25	2	23	0	0	0	2	1
Bördekreis	463	596	578	546	32	23	0	5	0	4	5	1
Burgenlandkreis	663	2.389	2.389	2.328	60 IM* 1 HM*	42		12	0	7	8 / 1	0
Halberstadt	1.225	1.746	1.716	1.660	56	12	18	23	0	3	7	4
Jerichower Land	1.050	567	517	485	32	3	12	9	0	8	1 AG*	0

	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beantragte Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Köthen / Anhalt	777	1.587	1.587	1.545	42 IM	15	8	13	0	6	9 AG*	3
Mansfelder Land	1.531	2.249	2.201	2.156	45	22	20	1	0	2	2	2
Merseburg-Querfurt	1.558	2.732	2.730	2.651	79	4	55	20	0	0	3	0
Ohrekreis	1.293	1.025	970	922	48	15	9	24	0	0	0	0
Quedlinburg	480	937	937	913	24	7	7	4	0	6	3	0
Saalkreis	385	463	455	432	21 IM* 2 HM*	6	6	11	0	0	0	0
Sangerhausen	342	652	472	453	19	9	4	6	0	0	2	0
Schönebeck	915	1.093	1.044	1.015	29	2	23	3	0	1	1	0
Stendal	825	1.148	1.136	1.064	72	38	6	28	0	0	21	2
Weißenfels	460	864	864	829	35	17		9	0	9	2	1
Wernigerode	623	843	843	798	45	dazu	werden keine Auskünfte	erteilt				
Wittenberg	799	948	941	900	41		24	8	0	9	0	0
Gesamt:	31.866	38034	36.608	35.157	1.451	803		534	5	64	127	22

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS
AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte, WG* = davon Wachregiment

Anzahl der Beschäftigten in den **Landkreisen und kreisfreien Städten** (Stand 31.12.1999) 31.866

Anzahl der Anträge (seit 1990) an den Bundesbeauftragten zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR 38.034
(Die Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.)

Anzahl der Auskünfte des Bundesbeauftragten 36.608
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 35.157 96 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS 1.451 4 %

Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse 803 55,3 %
Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung 534 36,8 %
Anzahl der ausstehenden Entscheidungen 5 0,4 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter 64 4,4 %

Anzahl der Mitarbeitern mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS zu denen keine Auskunft erteilt wurde 45 3,1 %

2.1.3.3. Stand der Überprüfungen der Mitarbeiter in den Verwaltungsgemeinschaften des Landes Sachsen-Anhalt

Landkreis: Altmarkkreis Salzwedel

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse	Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
Altmark-Mitte	20	20	20	19	1	1	0	0	0	1	0
Arendsee / Altmark und Umgebung											
Beetzendorf											
Diesdorf / Dähre											
Gardelegen - Land											
Jetze-Ohre-Drömling	70	3	3	3	0						
Kalbe (Milde)	22	24	19	19	0						
Mieste	21	21	21	21	0						
Salzwedel – Land	25	27	27	26	1	1					
Stadt Salzwedel	192	303	303	296	7	7	0	0	0	0	0
Stadt Gardelegen	158	37	37	37	0						
Stadt Klötze	79	84	84	78	6	1	5			4 AG*	4

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Anhalt-Zerbst

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ge- richten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einges- tellt
Coswig	161	203	203	199	4 IM	2	0	2	0	0	0	0
Loburg	43	43	43	41	2	0		2	0	0	0	0
Oranienbaum	75	75	75	74	1	0		1	0	0	0	0
Rosseltal	49	49	49	49	0							
Vorfläming												
Wörlitzer Winkel	24	24	24	24	0							
Zerbster Land	81	79	79	79	0							
Stadt Roßlau	142	350	350	343	7 IM		5	0	0	2	0	0
Stadt Zerbst	128	423	416	407	9	6	0	3	0	0	1	1

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Aschersleben-Staßfurt

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin be- endete Arbeits- verhältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ge- richten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einges- tellt
Aschersleben / Land	521	806	806	796	10	1	5	4	0	0	1	0
Börde – Havel	23	18	18	17	1	1	0	0	0	0	1	0
Bördeau	21	0										
Bördeblick												
Falkenstein / Harz												
Hoym / Nach- terstedt	31	32	32	32	0							
Stadt Staßfurt												
Wippertal	22	26	26	26	0							
Gatersleben	40	15	15	15	0							
Stadt Egeln	42	20	20	20	0							

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Bernburg

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Alsleben	57	53	53	53	0							
Bernburg	448	773	768	757	11	7		4	0	0	1	0
Bernburg – Land	41	41	41	41	0							
Könnern	44	50	50	48	2		2	0	0	0	0	0
Nienburg												
Wipperaue	31	31	31	31	0							

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Bitterfeld

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Am Strengbach	24	23	13	13	0							
Jeßnitz – Bobau	55	128	73	73	0							
Muldestausee	25	25	25	25	0							
Raguhn	24	20	20	20	0							
Sandersdorf	119	281	281	279	2	2						
Schmerzbach												
Wolfen	422	1.517	1.514	1.493	21	7	6	8	0	0	4	0
Zörbig	37	2	2	2	0							
Greppin												
Holzweißig	30	30	30	30	0							
Stadt Bitterfeld	203	435	431	426	5	5		0				

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sammenar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sammenar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ge- richten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einges- tellt
						Kündi- gungen	Auflö- sungs- verträge					
Allerquelle Eilsle- ben	31	6	6	6	0							
Bodeaue Had- mersleben	21	24	24	22	2	2	0	0	0	0	2	0
Börde Seehausen / Klein Wanzleben	26	7	7	7	0							
Gröningen	98	95	95	95	0							
Hamersleben	29	23	23	22	1	0		0	0	1	0	0
Hötensl. Winkel	13	15	15	15	0							
Oschersleben	194	339	338	329	9	3		6	0	0	0	0
Ost – Lappwald – Sommersdorf	21	22	22	22	0							
Sarretal – Wanzle- ben	75	75	75	73	2	1		1	0	0	1	1
Sülzetal Oster- weddingen	31	31	31	31	0							
Wefensleben	40	2	1	1	0							

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Burgenlandkreis

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sammenar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sammenar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ge- richten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einges- tellt
						Kündi- gungen	Auflö- sungs- verträge					
An der Finne	24	20	20	20	0							
Bad Kösen	87	98	98	97	1	1		0				
Dreiländereck	25	26	26	26	0	0		0	0	0	0	0
Droyßiger-Zeitzer- Forst	33	29	29	28	1	0		1	0	0	0	0
Elsteraue	20	20	19	19	0							
Finne	28	35	8	8	0							
Freyburger Land	99	124	124	120	4	1	0	3	0	0	1	1
Heidegrund	28	40	40	40	0							
Laucha / Unstrut	45	50	50	48	2 IM	0		1	0	1	0	0
Maibach – Nöd- litztal												
Mittlere Unstrut	30	11	11	11	0							
Schnaudertal	26	26	1	1	0							
Wethautal	28	25	25	25	0							
Stadt Naumburg	387	789	782	763	19	19		0				
Stadt Zeitz	520	764	745	734	11	6		4	0	1	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Halberstadt

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Aue – Fallstein	37	25	25	25	0							
Harzvorland Huy	20	20	20	18	2			2				
Huy	41	41	41	41	0							
Osterwieck	73	65	64	62	2 IM	0		2	0	0	0	0
Schwanebeck	1	1	1	1	0							
Untere Bode	64	68	68	67	1	1	0	0				
Stadt Halberstadt	728	829	813	800	13	0	6	7	0	0	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Jerichower Land

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Biederitz	36	24	24	24	0							
Burg	381	388	292	286	6		3	3	0	0	0	0
Elbe – Parey												
Fläming – Fiener												
Genthin	231	169	169	162	7	1	2	3	0	1	1	
Gommern	46	47	47	46	1	1	0	0				
Jerichow												
Möckern												
Möser												
Stremme – Nordfiener	20	23	23	23	0	0		0	0	0	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beantragte Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Anhalt - Süd												
Fuhneue	28	23	23	23	0							
Köthen / Anhalt												
Oberes Zietetal												
Osternienburg	25	16	16	16	0							
Zietetal	18	21	21	21	0							
Stadt Aken												

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Mansfelder Land

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beantragte Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Am Hornburger Sattel	38	32	28	28	0							
Einetal – Vorharz	22	23	23	22	1 IM	0	1	0	0	0	0	0
Eisleben / Volkstedt	377	505	505	499	6	3	0	3	0	0	0	0
Gerbstedt	26	43	43	42	1	0	1	0				
Klostermansfeld	27	26	26	24	2	2	0	0	0	0	2	0
Mansfeld	32	12	12	10	2	1	1	0				
Mansfelder Grund – Helbra	176	176	176	176	0							
Mansfelder Platte												
Seegebiet Mansfelder Land	39	39	39	38	1 IM	1	0	0	0	0	1 AG*	0
Stadt Hettstedt	257	127	127	126	1 IM	1	0	0	0	0	1 AG*	0
Stadt Sandersleben	16	12	12	12	0							
Wippra	20	21	21	21	0							

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ge- richten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einges- tellt
						Kündi- gungen	Auflö- sungs- verträge					
Bad Dürrenberg												
Forst Hermann- seck	44	3	3	3	0							
Kötzschau												
Laucha – Schwarzeiche	23	25	25	22	3	0		0	2	1	0	0
Merseburg – Stadt	563	996	996	990	6	3	2	1	0	0	0	0
Oberes Geiselstal	110	12	8	8	0	0		0	0	0	0	0
Saale-Elster-Aue	27	0										
Unteres Geiselstal	140	206	206	200	6	0	2	2	0	2	0	0
Wein-Weida-Land	57	5	5	5	0							
Weitzschker – Weidatal	46	49	49	49	0							
Stadt Bad Lauchstedt	62	81	81	81	0							
Stadt Leuna	121	120	120	120	0							
Stadt Querfurt												

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Ohrekreis

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ge- richten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einges- tellt
						Kündi- gungen	Auflö- sungs- verträge					
Berverspring												
Calvörde												
Elbe – Ohre	73	73	73	73	0	0		0	0	0	0	0
Flechtinger Hö- henzug												
Hohe Börde	40	35	35	34	1	0		1	0	0	0	0
Mittelland	102	107	104	102	2	2	0	0	0	0	2	2
Niedere Börde	96	96	96	96	0							
Nördliche Börde	18	18	18	18	0							
Oebisfelde	116	144	144	141	3	1	0	2	0	0	0	0
Südheide	88	90	90	90	0							
Südliche Altmark / Elbe	18	20	20	19	1	1	0	0				
Weferlingen												
Stadt Haldensle- ben	294	408	408	400	8	2	0	6	0	0	1	0
Stadt Wolmirstedt	170	288	288	278	10 IM		5	5	0	0	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Quedlinburg

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Ballenstedt												
Bode – Selke – Aue	23	26	26	25	1	0		1	0	0	0	0
Gernrode / Harz	78	13	13	13	0							
Stadt Quedlinburg-Westerhausen	391	703	700	685	15	11	0	4	0	0	0	0
Thale												
Unterharz	39	33	33	33	0							

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Saalkreis

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Götschetal – Petersberg	28	28	28	28	0							
Kabelske – Tal	29	27	27	26	1	0		1	0	0	0	0
Landsberg	20	20	20	20	0							
Nördlicher Saalkreis	19	19	19	19	0							
Saalkreis Ost												
Westliche Saaleaue	15	15	15	15	0							
Westlicher Saalkreis												
Wettin	23	24	24	24	0							
Würde / Salza												

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Allstedt												
Helme	20	18	18	17	1	0		1	0	0	0	0
Kaltenborn												
„Kyffhäuser“ Berga-Kelbra-Tilleda												
Roßla	29	59	59	57	2		1	1	0	0	0	0
Sangerhausen	409	919	794	780	14	5	1	3	0	5	0	0
Stolberg / Harz	23	24	24	24	0							
Südharz												

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Schönebeck

Verwaltungsgemeinschaft	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Auskünfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit	Hinweise auf eine Zusammenarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin beendete Arbeitsverhältnisse		Weiterbeschäftigung nach Einzelfallprüfung	Entscheidung steht noch aus	waren bereits ausgeschieden	Anzahl der Verfahren vor Gerichten (AG*/VG*)	nach Gerichtsentcheidung wieder eingestellt
						Kündigungen	Auflösungsverträge					
Bördeland	32	29	29	29	0							
Elbe – Saale – Winkel	121	121	121	121	0							
EL-SA-TA-L	22	19	19	19	0							
Östliche Börde	61	0										
Südliche Börde	51	74	74	72	2	1	0	0	0	1	0	0
Stadt Schönebeck	446	396	375	374	1 IM	0	1	0	0	0	0	0
Stadt Calbe	112	312	312	311	1	1	0	0	0	0	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Stendal

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ge- richten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einge- stellt
						Kündi- gungen	Auflö- sungs- verträge					
Altmärkische Höhe	24	27	27	25	2	0		2	0	0	0	0
Arneburg – Kru- semark												
Bismark	54	1	1	1	0							
Elb – Havel –Land	22	21	21	21	0							
Havelberg	224	219	219	215	4	0		4	0	0	0	0
Kläden	25	25	25	25	0							
Mittlere Uchte	19	0										
Osterburg	103	216	216	211	5	1	3	1	0	0	1	1
Schönhausen	25	24	24	23	1		1					
Seehausen	40	46	46	43	3	2	1	0				
Stadt Stendal	694	680	653	648	5	1	3	1	0	0	0	0
Tangerhütte Land	26	29	29	28	1	0	1	0	0	0	0	0
Tangermünde	107	267	267	266	1	0	1	0	0	0	0	0
Uchtetal	108	101	101	101	0							
Stadt Tangerhütte												

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Weißenfels

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ge- richten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einge- stellt
						Kündi- gungen	Auflö- sungs- verträge					
Großkorbetha	21	24	24	24	0							
Hohenmölsen Land												
Lützen	56	56	56	56	0							
Teuchern Land	28	31	31	30	1	0		1	0	0	0	0
Uichteritz	16	13	13	12	1	1	0	0	0	0	0	0
Vier Berge	20	24	24	24	0							
Wiesengrund												
Stadt Weißenfels	549	860	850	836	14	0	2	9	0	3	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Verwaltungs- gemeinschaft	Anzahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit (IM* oder HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ger- ichten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einges- tellt
Blankenburg												
Bodfeld												
Brocken	24	15	15	15	0							
Derenburg	69	69	69	68	1	0		1	0	0	0	0
Hochharz	31	31	31	30	1	0		0	0	1	0	0
Nordharz												
Stadt Ilsenburg	120	89	89	85	4	0		4	0	0	0	0
Stadt Wernigerode	959	212	199	193	6 IM	0		5	0	1	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Landkreis: Wittenberg

Verwaltungs- gemeinschaft	An- zahl der Mit- arbeiter	Anzahl der Anträge beim BStU (seit 1990)	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit	Hinwei- se auf eine Zu- sam- menar- beit (IM* od. HM*)	daraufhin been- dete Arbeitsver- hältnisse		Weiter- be- schäfti- gung nach Einzel- fallprü- fung	Ent- schei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden	Anzahl der Ver- fahren vor Ger- ichten (AG*/ VG*)	nach Gericht- sent- schei- dung wieder einges- tellt
Annaburg												
Bergwitzsee	29	104	104	102	2	1	0	1	0	0	1	0
Elbe-Heiderand- Gemeinden												
Elster-Seyda-Klößen	31	31	31	29	2	0		1	1	0	0	0
Heideck – Prettin	21	21	21	21	0							
Holzdorf												
Kemberg	27	34	34	32	2	0	1	1	0	0	0	0
Mühlengrund	19	19	19	18	1	0	1	0	0	0	0	0
Stadt Jessen	132	263	208	198	10	2	8	0	0	0	0	0
Südfläming	39	25	25	25	0							
Tor z. Dübener Heide												
Zahna	43	33	33	33	0	0		0	0	0	0	0
Zschornewitz – Möhlau	123	17	17	17	0							
Stadt Dessau												
Wittenberg, Lutherstadt	645	768	712	684	28	12		16	0	0	0	0

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

Anzahl der angeschriebenen Städte und Verwaltungsgemeinschaften	212	
Anzahl der Städte und Verwaltungsgemeinschaften, die geantwortet haben	163	76,8 %
Anzahl der Beschäftigten in den Stadtverwaltungen und Verwaltungsgemeinschaften (31.12.1999)	16.957	
Anzahl der Anträge (seit 1990) an den Bundesbeauftragten zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR (Diese Zahl beinhaltet auch Anträge zu Personen, die ihre Arbeitsstelle inzwischen aus anderen Gründen verlassen haben und Wiederholungsanträge, die in einzelnen Bereichen gestellt wurden.)	21.613	
Anzahl der Auskünfte des Bundesbeauftragten	21.009	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	20.648	98,3 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	361	1,7 %
Anzahl der beendeten Arbeitsverhältnisse	198	54,8 %
Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Einzelfallprüfung	140	38,8 %
Anzahl der ausstehenden Entscheidungen	3	0,8 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mitarbeiter	20	5,6 %
Anzahl der Gerichtsverfahren nach beendeten Arbeitsverhältnissen	27	14 %
Anzahl der Weiterbeschäftigungen nach Gerichtsverfahren	10	5 %

2.1.3.4. Stand der Überprüfungen in den kommunalen Vertretungskörperschaften des Landes Sachsen-Anhalt (Kreistage)

Stadtrat /Kreistag	Wahl- periode 1-90-94 2-94-99 3-99-04	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge beim BStU	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM* oder HM*)	daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden
Magdeburg	1 2 3	152 57 56	147 41 0	147 41	142 39	5 2	1 0	4 2	0 0	0 0
Halle/Saale	1 2 3	160 56 56	160 41 0	160 41	154 41	6 0	6	0	0	0
Dessau	1 2 3	70 50 50	70 16 0	60 1	59 1	1 0	1 0	0 0	0 0	0 0
Altmarkkreis Salzwedel	1 2 3	45/45/50 47 49	45/45/50 41 0	- 41	- 39	- 2	0	2	0	0
Anhalt-Zerbst	1 2 3	60/40 42 42	60/40 41 19	60/37 41 -	58/35 40	2/2 1	2/2 -	0 1	0 0	0 0
Aschersleben- Stäßfurt	1 2 3	36/65 48 48	- 50 0	50	47	3	0	3	0	0
Bernburg	1 2 3	61 42 42	61 19 18	60 19	59 19	1 0	1 0			

Stadttrat / Kreistag	Wahl- periode 1-90-94 2-94-99 3-99-04	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge beim BSTU	Anzahl der Aus- künfte des BSTU	davon: keine Hinweise auf eine Zusam- menarbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM* oder HM*)	Daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden
Bitterfeld	1	90	90	90	90	0				
	2	48	40	40	40	0				
	3	48	44	keine						
Bördekreis	1	41 / 45	41 / 45	41 / 45	39 / 45	2 / 0	2 / 0	0	0	0
	2	42	39	39	38	1	0	1	0	0
	3	42	in Vorber.							
Burgenlandkreis	1	51 / 40 /	52 / 40 /	52 / 40 /	45 / 36 /	7 / 4 / 2	1 / 4 / 0	6 / 0 / 2	0	0
	2	49	46	46	44	1	0	0	0	1
	3	55	46	46	45					
Halberstadt	1	75	75	75	-	-	-	-	-	-
	2	43	42	42	42					
	3	43	0	0						
Jerichower Land	1	60 / 45	62 / 42	62 / 42	54 / 40	8 / 2	3 / 1	5 / 1	0	0
	2	43	20	20	16	4	0	4	0	0
	3	49	31	0						
Köthen	1	72	87	87	81	6	3	3	0	0
	2	42	0	0						
	3	42	0	0						
Mansfelder Land	1	40 / 78	40 / 78	40 / 64	39 / 63	1 / 1	1 / 1	0	0	0
	2	51	51	51	51	0	0	0	0	0
	3	49	0	0						

Stadttrat / Kreistag	Wahl- periode 1-90-94 2-94-99 3-99-04	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge beim BSTU	Anzahl der Aus- künfte des BSTU	davon: keine Hinw. auf eine Zus.- arbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM*/HM*)	Daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden
Merseburg- Querfurt	1	72	72	72	65	7	3	4	0	0
	2	49	49	49	47	2	0	2	0	0
	3	49	0	0						
Ohrekreis	1	71 / 61	-	-	-	-	0	1	0	0
	2	48	12	12	11	1				
	3	48	0	0						
Quedlinburg	1	75	75	75	71	4	-	4	0	0
	2	43	26	26	25	1	-	1		
	3	43	0	0						
Saalkreis	1	64	64	64	62	2	0	2	0	0
	2	43	34	34	34	0				
	3	43	0	0						
Sangerhausen	1	69	69	69	64	5	0	5	0	0
	2	42	0	0						
	3	42	0	0						
Schönebeck	1	75	60	60	54	6	0	6	0	0
	2	42	0	0						
	3	42	0	0						
Stendal	1	90 / 40 / 51	86 / 40 / 51	81 / 7 / 43	80 / 6 / 43	1 / 1 / 0	1 / 1 / 0	0	0	0
	2	54								
	3	48								
Weißenfels	1	41 / 40	41 / 37	41 / 37	40 / 35	1 / 2	1 / 1	0	0	0 / 1
	2	42	27	27	27	0				
	3	42	0	0						

Stadtrat / Kreistag	Wahl- periode 1-90-94 2-94-99 3-99-04	Anzahl der Man- dats- träger	Anzahl der An- träge beim BStU	Anzahl der Aus- künfte des BStU	davon: keine Hinw. auf eine Zus.- arbeit	Hinweise auf eine Zusam- menarbeit (IM*/HM*)	Daraufhin nieder- gelegte Mandate	weiter- geführte Mandate	Entschei- dung steht noch aus	waren bereits ausge- schieden
Wernigerode	1	80	80	-	-	-	-	-	-	-
	2	42	0							
	3	42	0							
Wittenberg	1	60	41	-	-					
	2	48	-							
	3	48	0							
Gesamt	1	2.144	1.879	1.682	1.603	79	36	42	0	1
	2	1.119	635	620	602	18	0	17	0	1
	3	1.112	112	0	-	-	-	-	-	-

IM* = Inoffizieller Mitarbeiter des MfS, HM* = Hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS

AG* = Arbeitsgerichte, VG* = Verwaltungsgerichte

1. Wahlperiode (1990-1994)

Anzahl der Mandatsträger	2.144	
Anzahl der Anträge an den Bundesbeauftragten zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	1.879	88 %
Anzahl der Auskünfte des Bundesbeauftragten	1.682	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	1.603	95 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	79	5 %
Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten	36	46 %
Anzahl der weitergeführten Mandate	42	53 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger	1	1 %

2. Wahlperiode (1994-1999)

Anzahl der Mandatsträger	1.119	
Anzahl der Anträge an den Bundesbeauftragten zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	635	57 %
Anzahl der Auskünfte des Bundesbeauftragten	620	
Anzahl der Auskünfte ohne Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	602	97 %
Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS	18	3 %
Anzahl der Mandatsträger, die aus diesem Grund ihr Mandat niederlegten	0	
Anzahl der weitergeführten Mandate	17	95 %
Anzahl der bereits ausgeschiedenen Mandatsträger	1	5 %

3. Wahlperiode (1999-2004)

Anzahl der Mandatsträger	1.112	
Anzahl der Anträge an den Bundesbeauftragten zur Überprüfung auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	112	10 %
Anzahl der Auskünfte des Bundesbeauftragten	0	

2.1.3.5. Stand der Überprüfungen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt (Bürgermeister und Stadt- und Gemeinderäte)

Anzahl der angefragten kreisangehörigen Städte und über die Verwaltungsgemeinschaften angefragten Gemeinden	Anzahl der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die geantwortet haben	Von diesen Städten und Gemeinden, haben eine Anzahl von Städten und Gemeinden Anträge gestellt			Anzahl der Stadt- und Gemeinderäte (mit Bürgermeister) in den Städten und Gemeinden, die geantwortet haben			Anzahl der Einzelanträge, die für die Stadt- und Gemeinderäte (mit Bürgermeister) von den Städten und Gemeinden gestellt wurden			Anzahl der Auskünfte des Bundesbeauftragten mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS			Anzahl der aus diesem Grund erfolgten Mandatsniederlegungen		
		1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004	1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004	1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004	1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004	1. WP 1990-1994	2. WP 1994-1999	3. WP 1999-2004
1304	1010	302	242	57	10.791	9.631	9.859	4.597	2.563	450	147	57	1	70	22	0

Anzahl der angeschriebenen **Stadt- und Gemeinderäte** (über die Verwaltungsgemeinschaften) 1.304

Anzahl der Städte und Gemeinden (über die Verwaltungsgemeinschaften), die geantwortet haben 1.010 77 %

Anzahl der Gemeinden, die Anträge zur Überprüfung stellten	1. Wahlperiode	302	30 %
	2. Wahlperiode	242	24 %
	3. Wahlperiode	57	6 %

Anzahl der Mandatsträger (mit Bürgermeister)	1. Wahlperiode	10.791
	2. Wahlperiode	9.631
	3. Wahlperiode	9.859

Anzahl der Anträge an den Bundesbeauftragten	1. Wahlperiode	4.597	43 %
	2. Wahlperiode	2.563	27 %
	3. Wahlperiode	450	4,6 %

Anzahl der Auskünfte mit Hinweisen auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS der ehemaligen DDR	1. Wahlperiode	147	3 %
	2. Wahlperiode	57	2,2 %
	3. Wahlperiode	1	0,2 %

Anzahl der Mandatsniederlegungen aus diesem Grund	1. Wahlperiode	70	48 %
	2. Wahlperiode	22	39 %
	3. Wahlperiode	0	

2.1.4. Aktualisierung der Auskünfte des Bundesbeauftragten

Den Bürgerkomitees ist es zu verdanken, dass 1989 die Vernichtung von Unterlagen gestoppt wurde und somit überhaupt ein großer Bestand des MfS-Schriftgutes heute genutzt werden kann. Diese Unterlagen sind jedoch in Sachsen-Anhalt erst zu ca. 70 % erschlossen. Hinzu kommen ca. 2000 Säcke von teilweise zerrissenem Material, welches vorwiegend Vorgänge aus den letzten Jahren der DDR oder besonders sensiblen Bereichen betrifft. Der Bundesbeauftragte bemüht sich um eine baldmögliche Erschließung aller Bestände, diese geht allerdings nur sehr langsam vonstatten. Die Rekonstruktion der IM-Akten von Sascha Anderson 1999 zeigt, dass alle Bestände erschlossen werden müssen und eine Aktualisierung der Auskünfte des Bundesbeauftragten in Abständen durch die personalführenden Stellen vorgenommen werden sollte. (siehe „Horch und Guck“, Heft 28, 1999 (4), S. 1-39)

2.2. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen

In Sachsen-Anhalt sind folgende Vereine politisch Verfolgter und Aufarbeitungsinitiativen tätig:

- die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
- der Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.
- die Gemeinschaft politisch Verfolgter der SBZ/DDR e. V.
- die Vereinigung der Verfolgten des Kommunismus e. V.
- der Verband der Opfer des Stalinismus e. V. in Anhalt-Köthen
- die Föderative Vereinigung Zwangsausgesiedelter e. V.
- das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.
- der Verein Zeitgeschichte(n) e. V.
- der Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.

Mit den Vertretern dieser Vereine fanden wie auch in den vergangenen Jahren regelmäßige Treffen (ca. 6 mal jährlich) in den Räumen der Landesbeauftragten statt. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Koordination gemeinsamer Veranstaltungen und der Diskussion über die gesetzlichen Grenzen und Möglichkeiten der Wiedergutmachung geschehenen politischen Unrechts. Zu bestimmten Themen werden Referenten eingeladen (z. B. von den Außenstellen des Bundesbeauftragten oder den Rehabilitierungsbehörden).

Die Mitglieder und somit natürlich auch die Vorstände der Verfolgtenverbände befinden sich meist in einem sehr hohen Alter (ca. 75 Jahre). In den letzten Jahren haben sie sich für die Durchsetzung ihrer Rechte eingesetzt und häufig ihre Kräfte verausgabt. Es muss dringend nach Möglichkeiten gesucht werden, gerade die Arbeit der Verfolgtenverbände seitens des Landes und der Kommunen stärker zu unterstützen. Die Mitglieder der Vereine wohnen über das ganze Land verstreut. Ein regelmäßiger Besuchsdienst wäre notwendig, kann aber aus personellen und finanziellen Gründen nur eingeschränkt durchgeführt werden.

In Magdeburg stehen zum Beispiel dem BSV, der VOS und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt Räume im ehemaligen Vernehmertrakt (Vorderhaus) der MfS-Untersuchungshaftanstalt zur Verfügung. Sie werden von der Stadt Magdeburg und dem Land unterstützt. Dieser Zustand sollte unbedingt erhalten bleiben, denn diese Räume sind unter dem Namen „Zentrum für Menschenrechte“ zu einer Anlaufstelle für betroffene und interessierte Menschen geworden. Den Vereinen und ihren Mitgliedern sei an dieser Stelle ausdrücklich für ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit gedankt. Sie leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Aufarbeitung der Vergangenheit im regionalen Bereich und bei der Betreuung der Opfer politischen Unrechts.

Im Berichtszeitraum war ein Schwerpunkt wieder die gemeinsame **Gedenkveranstaltung** für die Opfer Kommunistischer Gewaltherrschaft von VOS und BSV:

Als Ausdruck ihrer gemeinsamen Geschichte führen die Vereinigung der Opfer des Stalinismus und der Bund der Stalinistisch Verfolgten jeweils im Herbst eines jeden Jahres eine Gedenkveranstaltung durch, welche durch die Behörde der Landesbeauftragten unterstützt wird. Von Jahr zu Jahr sind es mehr Teilnehmer

geworden. Die Veranstaltung bestand am 13.11.1999 aus einer Kranzniederlegung an der Gedenktafel im Hof der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Magdeburg und einer Informationsveranstaltung im Hansahotel.





Im Mittelpunkt stand hier die damals bevorstehende Novellierung der Unrechtsbereinigungsgesetze. Die Verbände forderten gemeinsam die Einführung einer Ehrenpension für Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

Neben den alljährlichen Gedenkveranstaltungen zum 17. Juni 1953 gab es eine

Reihe von Veranstaltungen, welche an die Demonstrationen des Herbstes 1989 erinnerten. Sie alle hier aufzuführen, würde zu weit führen. Exemplarisch werden hier nur jeweils eine Veranstaltungswoche „Herbst '89“ in Magdeburg (Dom, Bürgerkomitee, Stadt Magdeburg u. a.) und in Halle „Halle im Herbst 89/99“ (Verein Zeitgeschichten e. V., Mitwelt, Initiativkreis 89, Evang. Kirchenkreis) zu den Oktoberereignissen erwähnt. Im Rahmen dieser

Veranstaltungen wurde z. B. am 20.11.1999 mit einem Erinnerungsgang an die Demonstration vor 10 Jahren am gleichen Tag zur Kreisdienststelle des MfS in der W.-Rathenau-Straße/Magdeburg gedacht.

Am 5.12.1999 erinnerte das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt an seine Gründung vor 10 Jahren. Die Veranstaltung, an der sehr viele Personen teilnahmen, fand im Rathaus Magdeburg unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Dr. Polte statt.

Kerzen vor der Kreisdienststelle 1989

Die Veranstaltungen und dazu erschienene Bücher wurden teilweise durch die Landesbeauftragte gefördert.

Gemeinsam mit dem Verein „Zeitgeschichte(n)“ e. V. wurde ein Forschungsvorhaben zum **17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt** begonnen. Hierzu wurden mit Hilfe der „Kommunalnachrichten“ die Städte und Gemeinden angefragt. Leider gibt es bisher nur wenige Rückmeldungen. Ziel dieses Vorhabens ist es, eine Übersicht zu den Ereignissen zu erstellen und Zeitzeugenberichte zu sammeln.

2.3. Die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt

Folgende Gedenkstätten erinnern in Sachsen-Anhalt an die Folgen kommunistischer Gewaltherrschaft von 1945 bis 1989:

1. Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle (für die Zeit von 1933 bis 1989)
2. Gedenkstätte Magdeburg Moritzplatz für die Opfer kommunistischer Gewalt von 1945 bis 1989
3. Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn

Die Landesbeauftragte führt mit allen drei Gedenkstätten gemeinsame Veranstaltungen durch und steht mit ihnen in einem regen Erfahrungsaustausch (s. auch unter Punkt 4). Letzteres bezieht sich sowohl auf den Kontakt mit ehemaligen Häftlingen als auch die politische Bildungsarbeit. Immer wieder wird deutlich, wie wichtig die Gedenkstättenarbeit vor Ort und das Vertrauen zu dem dort tätigen Personal für die Betroffenen ist.

Neben diesen drei **Gedenkstätten befinden sich** die Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg und die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge **in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt**.

Das Ministerium des Innern teilte auf Befragen zur Gedenkstättenarbeit folgendes mit:

In diesen Gedenkstätten wird der Opfer der Diktaturen zwischen 1933 und 1989 gedacht, darüber hinaus wird auf unterschiedliche Weise versucht, der heutigen Generation Wissen über das Unrechtsgeschehen am jeweils authentischen Ort zu vermitteln. Grundlage dieser Bildungs- und Erinnerungsarbeit sind Forschungen zu den jeweiligen Menschenrechtsverletzungen und die Herausgabe entsprechender Publikationen.

Mit Inkrafttreten einer Strukturveränderung sind seit dem 1. Dezember 1999 die landeseigenen Gedenkstätten im neugeschaffenen Dezernat 37 des Regierungspräsidiums Magdeburg angebunden.

Für die kommunalen Gedenkstätten besteht die Möglichkeit, über das Dezernat 37 Förderanträge an das Land zur Unterstützung einzelner Veranstaltungen oder Projekte, zur Sanierung und zum Erhalt der Gedenkstätten etc. zu stellen.

Schwerpunkte der Arbeit des Gedenkstättenbeirates

Der Gedenkstättenbeirat im Land Sachsen-Anhalt, der das Land in allen Fragen der Gedenkstättenarbeit berät, hat im Jahr 1999 drei Sitzungen durchgeführt. Schwerpunkte seiner Beratungen waren insbesondere die Entwicklung

der Gedenkstätten Langenstein-Zwieberge, der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, die Strukturreform bei den landeseigenen Gedenkstätten sowie die Einsetzung eines wissenschaftlichen Beirates.

Publikationen

Im Rahmen der Schriftenreihe „Gedenkstätten und Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt“ erschienen im Jahr 1999 folgende Publikationen:

Heft 2: Landeseigene Gedenkstätten im Land Sachsen-Anhalt (2. Auflage)

Heft 6: Sascha Möbius „Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden.“ - Die MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt 1957-1970.

Faltblatt „Gedenkstätten für die Opfer von Gewaltherrschaft im Land Sachsen-Anhalt“ (Neuaufgabe)

Wichtige Veranstaltungen und Publikationen der Gedenkstätten im Berichtszeitraum sowie Besucherzahlen

a) Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

- Sonderausstellung „Von Deutschland nach Deutschland-Flucht und Ausreise aus SBZ und DDR 1945-1989“
- Sonderausstellung „Im Zeichen der Wende - Der 9. November 1989“
- Veranstaltung „Nacht auf dem Todesstreifen“
- Jugendbegegnung „Nice to meet you, Vol. II“.

Den Höhepunkt bildeten die Veranstaltungen anlässlich des 10. Jahrestages der Öffnung der Grenzen am 7. November 1999 mit einer Podiumsdiskussion, einer Ausstellungseröffnung, dem Auftritt von Stefan Krawczyk und der Rockgruppe „Karat“ sowie am 9. November 1999 (Anwesenheit Bundesverkehrsminister sowie der Ministerpräsidenten aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen) mit verschiedenen Veranstaltungen.

Zahl der Besucher: ca. 74340

Es wurden 557 Führungen durchgeführt.

b) Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

- Veranstaltung anlässlich des Tages des Gedenkens an die NS-Opfer
- Tagung: Lebensbedingungen, Lebensgestaltung und Lebenssinn von älteren Frauen in Deutschland
- Tagung: Gedenkstätten-situation in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
- Seminar: Die Einbindung von Zeitzeugen in den Unterricht

Zahl der Besucher: 3394 (in Gruppen betreut), Einzelbesucher wurden nicht gezählt.

c) Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale)

- Sonderausstellung „Der ‘Rote Ochse’ in der Zeit des Nationalsozialismus“
- Sonderausstellung „Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft“
- Sonderausstellung „Überwachen, unterdrücken, spionieren diesseits und jenseits der Mauer“
- Tagung: Zwischen „Republikflucht“ und Montagsdemo
- Tagung: Das Reichskriegsgericht und seine Richtstätten Torgau und Halle 1943-1945

Zahl der Besucher: ca. 9100 (davon ca. 4600 in Gruppen geführt)

d) Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

- Sonderausstellung „Der 17. Juni 1953 in Magdeburg“ (17.6.-30.7.1999 im Ministerium des Innern)
- Begleitveranstaltung zur Wanderausstellung „Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED“ am 10.5.1999 in Nürnberg
- Veranstaltung „Die Vergangenheit lässt uns nicht los ...“ am 7./8.10.1999 in Kottenheide (Sachsen)

Zahl der Besucher: ca. 6850 (überwiegend geführte Gruppen)

e) Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

- Ausstellung des polnischen Malers Marian Barcikowski (ehemaliger Häftling des KZ-Außenlagers)
- Gedenkveranstaltung am 27. Januar 1999
- Tage der Begegnung vom 8.-12. April 1999 (mit Teilnahme von Minister Dr. Püchel)

Zahl der Besucher: ca. 15400 (davon 343 Ausländer aus 22 Ländern, ca. 3000 Kinder und Jugendliche).

2.4. Die Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten der anderen neuen Bundesländer

Die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben jeweils eine Behörde des/der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eingerichtet und damit ihren Willen zur Aufarbeitung dieses Bereiches dokumentiert. Diese Behörden sind bundesweit zu Anlaufstellen für alle Probleme, die in Zusammenhang mit der Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, der Rehabilitie-

rung Betroffener, der Bewertung von IM-Tätigkeit und der Information der Öffentlichkeit stehen, geworden. Sie sind darüber hinaus wichtige Kooperationspartner der ehrenamtlichen Vereine, aber auch der mit dieser Thematik befassten Behörden des Bundes und der Länder.

Die Landesbeauftragten treffen sich in der Regel monatlich an wechselnden Orten. Diese Treffen dienen dem Erfahrungsaustausch, der Planung gemeinsamer Projekte (wie zum Beispiel die jährliche gemeinsame Veranstaltung mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen), der Verabschiedung von Presseerklärungen und der Diskussion im Zusammenhang mit der Verwendung von MfS-Unterlagen. Hinzu kommt das kennen lernen von ehrenamtlichen Initiativen und der Arbeit von Gedenkstätten vor Ort durch deren Besichtigung und das Gespräch mit den Mitarbeitern.

Der regelmäßige Erfahrungsaustausch über psycho-soziale Beratung mit MfS-Bezug und über die Gedenkarbeit in den ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS wird von den Landesbeauftragten durch die Veranstaltung von Tagungen in diesem Bereich gemeinsam unterstützt (unter Punkt 4.).

2.5. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten und den Außenstellen seiner Behörde in Magdeburg und Halle

Die Konferenz der Landesbeauftragten trifft sich regelmäßig mit dem Bundesbeauftragten, Herrn Dr. Gauck, oder mit dem Direktor seiner Behörde, Herrn Dr. Busse, um aktuelle Themen im Umgang mit den Unterlagen der Staatssicherheit zu beraten. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass sich das Stasi-Unterlagengesetz bewährt hat. Ohne eine Öffnung der Akten hätten Menschen nicht rehabilitiert, Straftatbestände nicht geklärt und Informationsdefizite der Betroffenen nicht beseitigt werden können. Die Möglichkeit zur Akteneinsicht muss auch in Zukunft gegeben sein.

Die Wartezeiten für Antragsteller, besonders für die Anträge von Privatpersonen (gegenwärtig in Sachsen-Anhalt immer noch 4-5 Jahre), sind immer noch zu lang. Diskussionen um die Schließung von Außenstellen sorgten 1999 für eine Beunruhigung in der Öffentlichkeit. Auch Magdeburg wurde in diesem Zusammenhang genannt. Von Vielen wurde sehr schnell in diesen Überlegungen die Vorbereitung eines „Schlussstriches“ vermutet. Die hohe Anzahl der Anträge machte das große Interesse an der Einsicht in die Unterlagen des MfS auch im vergangenen Jahr wieder deutlich. Auf jeden Fall sollten die Außenstellen aus Sicht der Landesbeauftragten in **Halle und Magdeburg** so lange erhalten bleiben, bis die Unterlagen restlos erschlossen

und alle Anträge auf Akteneinsicht abgearbeitet sind. Dem Bundesbeauftragten sollten die hierfür notwendigen Mittel schnell zur Verfügung gestellt werden, denn viele der Antragsteller befinden sich in einem weit fortgeschrittenen Alter.

Zum Stand der Aktenerschließung und der Antragsbearbeitung wurde folgendes mitgeteilt (Stand: 31.12.1999):

	Außenstelle Halle	Außenstelle Magdeburg
Erschließungsstand Operative Hauptablage	100 %	100 %
Unterlagen der Dienstseinheiten	69,83 % (inklusive zerissenes Material)	70,1 % (zuzügl. ca. 2000 Säcke zerriss. Material)
Grobsichtung	abgeschlossen	abgeschlossen
Gesamtzahl der Anträge auf Akteneinsicht, Auskunft und Herausgabe seit 1992	92029	117162
Anzahl der Abarbeitungen	83977	93377
Abarbeitungsstand bei den Anträgen	Anträge aus 1993 bis 1995 sind abgearbeitet, zur Zeit werden die Anträge aus 1996 bearbeitet.	Anträge aus 1993 und 1994 sind abgearbeitet, zur Zeit werden die Anträge aus 1995/96 bearbeitet.
Anträge 1999 pro Monat (durchschnittlich)	695	940
Anzahl der Anträge pro Jahr:		
1992	37.496	42.955
1993	4.981	5.262
1994	7.554	7.832
1995	10.807	12.489
1996	8.225	11.051
1997	7.853	13.755
1998	6.775	12.536
1999	8341	11.282

An den **Tagen der offenen Tür** der Außenstellen vom 18. bis 20.09. in Magdeburg und am 02.10.1999 in Halle beteiligte sich die Landesbeauftragte mit Informationsmaterial und einem Beratungsangebot.

2.6. Zur Arbeit des Beirates des Bundesbeauftragten

Der Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes berät dessen Behörde bei der Durchsetzung des Stasi-Unterlagengesetzes. Das Land Sachsen-Anhalt wird durch zwei Vertreter im Beirat repräsentiert. Die Landesbeauftragte führt mit den Beiratsmitgliedern und den Leitern der Außenstellen des Bundesbeauftragten regelmäßige Besprechungen durch.

2.7. Zusammenarbeit mit Einrichtungen der politischen Bildung

Der Arbeitskreis „Aufarbeitung“ bemüht sich um die Akzeptanz von Gedenkstätten und Dokumentationszentren unter der Bevölkerung Sachsen-Anhalts. Er traf sich im Berichtszeitraum sechsmal an wechselnden Orten, nämlich viermal in Wendgräben, einmal in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und einmal in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle, um die Gedenkstättenarbeit vor Ort kennen zu lernen. Als Ergebnis dieser Tagungen wurde die gemeinsame Herausgabe einer Broschüre in der Reihe „Richtlinien, Grundsätze und Anregungen für die Schulpraxis“ des Kultusministeriums zur Arbeit mit Schülern in Gedenkstätten und Dokumentationszentren vorbereitet. Diese Broschüre soll im Jahr 2000 erscheinen.

3. Forschung

Im Berichtszeitraum haben die Anfragen von Schülern und Studenten mit der Bitte um Unterstützung bei Forschungsanträgen zugenommen. Sie kamen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland. Themen waren sowohl die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner Partner sowie deren Folgen, als auch der Umgang mit diesem Erbe nach 1989. Hier konnte die Behörde der Landesbeauftragten Hilfen bei der Antragstellung bei den verschiedensten Behörden geben und Material aus der Bibliothek zur Verfügung stellen.

Die folgende Übersicht zeigt die Antragszahlen bei den Landesarchiven in Magdeburg und Merseburg, welche die Unterlagen der ehemaligen Bezirke und des Landes Sachsen-Anhalt umfassen. Sie sind im Gegensatz zum Jahr 1998 stark angestiegen. Den Mitarbeitern ist für ihre Arbeit zu danken.

Anzahl der 1999 gestellten Anträge einschließlich der unbearbeiteten Vorgänge aus den Vorjahren:

Grund der Akteneinsicht	Landeshauptarchiv Magdeburg	Landesarchiv Merseburg
Bürger - Rehabilitation	160	44
Bürger - Forschung	105	48
Öffentliche Einrichtungen - Rehabilitation	1387	220
Öffentliche Einrichtungen - Forschung	97	63

Davon im Berichtszeitraum erfolgte Erledigungen:

Grund der Akteneinsicht	Landeshauptarchiv Magdeburg	Landesarchiv Merseburg
Bürger - Rehabilitation	121	44
Bürger - Forschung	88	48
Öffentliche Einrichtungen - Rehabilitation	713	191
Öffentliche Einrichtungen - Forschung	90	63

Anm.:

Unter dem Begriff „Rehabilitation“ wurden Rehabilitierungs-, Beschäftigungs-, Eigentums- und Verwaltungsangelegenheiten, sowie Ermittlungsverfahren zusammengefasst.

Für Anfragen von und über ehemalige Häftlinge steht darüber hinaus die Zentrale Auskunftsstelle der Justiz in Sachsen-Anhalt zur Verfügung, welche sich in der Justizvollzugsanstalt Halle befindet.

Die Behörde bearbeitete im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Berichtszeitraum folgende Themen:

- Die Versorgungslage im Bezirk Halle Ende der achtziger Jahre anhand von MfS-Berichten
- Die Studentengemeinden der Kirchenprovinz Sachsen aus der Sicht des MfS

4. Öffentlichkeitsarbeit

Die zahlreichen Veranstaltungen anlässlich des 10. Jahrestages des Mauerfalls und der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit gingen einher mit dem verstärkten Wunsch nach Informationen über die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner Partner. Die Behörde der Landesbeauftragten kann sich im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages in diesem Bereich nur ausgewählten Schwerpunkten widmen, in der Hoffnung, dass Universitäten und andere Bildungseinrichtungen an den Themen weiterarbeiten.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Behörde besteht in der Herausgabe von Informationsmaterialien, der Durchführung von Veranstaltungen, der Bereitstellung einer Schwerpunktbibliothek und der Bekanntgabe von Veranstaltungsterminen.

4.1. Broschüren

Die Aufteilung der Informationsmaterialien in die Reihen „Betroffene erinnern sich“, „Sachbeiträge“ und „Informationen der Behörde“ hat sich bewährt und wurde aus diesem Grund beibehalten. Das Interesse ist nach wie vor groß. Die Broschüre „... mal gibt es kein Brot am Nachmittag, mal kein Schnittkäse, mal kein Quark ...“ (Auflage: 1000) war nach einer Woche vergriffen. Ein Nachdruck musste trotz der knappen finanziellen Möglichkeiten der Behörde veranlasst werden. Viele Interessenten wiesen bei der Bestellung daraufhin, dass die Versorgungsengpässe in der DDR nicht in Vergessenheit geraten dürften. Einige wollten die Informationen an Kinder und Enkelkinder weitergeben. Lehrer forderten die Broschüre zur Verwendung im Unterricht an.

Zunächst werden die Broschüren dem Landtag, der Landesregierung, den Bundestagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt und den mit der Thematik befassten Bereichen des Landes, wie z. B. Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen, Rehabilitierungssenaten und Häftlingsverbänden zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden zahlreiche interessierte Einzelpersonen, Multiplikatoren und Bibliotheken in den Verteiler für die Neuerscheinungen aufgenommen. Das betrifft insbesondere bundesweit Bibliotheken aus dem ministeriellen, wissenschaftlichen und kommunalen Bereich. Im Berichtszeitraum hat sich der Kreis dieser regelmäßigen Bezieher von 247 (zum Vergleich: 152 im März 1998) auf 301 erhöht.

Die Broschüren der Behörde haben damit einen festen Platz in der politischen Bildung. Vergriffene Broschüren werden nach wie vor in das Internet eingestellt oder in Einzelfällen auch kopiert.

Die Auflagenhöhe bewegt sich zwischen 1000 und 1500 Exemplare. Die Möglichkeit einer kostenpflichtigen Abgabe wurde geprüft und aus haushaltstechnischen Gründen verworfen. Sowohl der Aufwand, als auch die soziale Situation der Opfer und die Tatsache, dass viele Bezieher öffentliche Einrichtungen des Landes sind, rechtfertigen die kostenlose Abgabe. Der Bezug von Informationsmaterial unter Bezahlung einer Schutzgebühr gestaltet sich sehr schwierig, wie die Erfahrungen aus anderen Bereichen zeigen. Magdeburger wurden gebeten, sich die Broschüre in der Behörde abzuholen.

Sämtliche Informationsmaterialien der Behörde werden aus haushaltstechnischen Gründen (sparsamer Umgang mit Haushaltsmitteln) in der Druckerei der Justizvollzugsanstalt Naumburg gedruckt. Den Mitarbeitern und den Gefangenen wird an dieser Stelle gedankt. Der Satz der Broschüren wird aus Kostengründen in der Behörde erstellt.

Im Berichtszeitraum erschienene Broschüren:

Reihe „Betroffene erinnern sich“

Hier schildern Menschen ihre persönlichen Schicksale und vor allen Dingen ihre Sichtweise. Diese Möglichkeit trägt zum Verständnis der Opfer des SED-Regimes durch die Öffentlichkeit bei. Den Verfassern helfen das Aufschreiben und vor allen Dingen auch die ausführlichen Gespräche bei der Zusammenstellung der Materialien häufig, mit dem Erlebten fertig zu werden.

Neuerscheinungen:

Nr. 10 Warme Brüder gegen kalte Krieger. Schwulenbewegung in der DDR im Visier der Staatssicherheit

(Autor: Eduard Stapel; Auflage: 1400)

Diktaturen ist es eigen, daß sie sich ihre eigene Vorstellung vom Menschen schaffen und versuchen, diese mit allen Mitteln zu erzwingen. Eine funktionierende Bevölkerung dient dem Machterhalt. Eine Vielfalt von Lebensentwürfen hat in diesen Systemen keinen Platz.

Auch in dem von der SED festgeschriebenen Bild vom „sozialistischen Menschen“ der DDR kamen anders Lebende und Denkende nicht vor. Die Partei- und Staatsführung und in ihrer Folge auch das Ministerium für Staatssicherheit begegneten ihnen mit tiefem Mißtrauen. In ihrem eigenen Denken be- und gefangen, konnten sie hier nur den Einfluß des „Klassenfeindes“ (der Bundesrepublik) wittern.

Nachauflagen:

Nr. 9 Als katholischer Seelsorger in der DDR

(Autor: Dr. Claus Herold, Auflage: 500)

Reihe „Sachbeiträge“

Die Reihe „Sachbeiträge“ informiert über die Arbeit der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und vor allen Dingen auch über ihre Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen, wie der Polizei oder den Räten der Bezirke, Kreise und Städte.

Neuerscheinungen:

Nr. 9 Der Aktionskreis Halle. Geschichte, Strukturen und Aktionen einer katholischen Basisgruppe

(Autor: Dr. Claus Herold; Auflage: 1200)

Der „Aktionskreis Halle“ (AKH) war in der DDR und in der katholischen Kirche ein Unikat. Nirgendwo im ostdeutschen Staat gab es eine vergleichbare kirchliche Basisgruppe. Im Vergleich zu westdeutschen Pendanten war er von Anfang an offen auch für Nicht-Priester und Nicht-Katholiken - er war eine echte ökumenische Basisgruppe in der DDR mit fluktuierender „Mitgliedschaft“ und einem harten Kern. Vor allem bildete er sich bereits 1969 zu einem Zeitpunkt, als die späteren Gruppen in den evangelischen Kirchen der DDR noch nicht in Sicht waren. Im Gegensatz zu letztgenannten existiert er auch heute noch, dreißig Jahre nach seiner Entstehung, nunmehr gesamtdeutsch vernetzt mit anderen reformorientierten Gruppen und Einrichtungen der katholischen Kirche.

Nr. 10 Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS

(Autor: Michael Feige; Auflage: 1450)

In der DDR waren viele Arbeiter aus anderen sozialistischen Ländern, u. a. aus der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) tätig. Auch Studenten kamen von dort. Ihr alltägliches Leben blieb den meisten DDR-Bürgern unbekannt. Sie wurden oft mit Schmuggel oder Schwarzmarkt in Verbindung gebracht. So beschäftigte sich auch das MfS mit ihnen, teilweise in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium der SRV. Der Autor zeigt an Beispielfällen die Auswirkungen dieser Tätigkeit des MfS auf das private Zusammenleben auf.

Nr. 11 Widerstand junger Liberaler an der Oberschule Genthin 1947-1949

(Autorinnen: Schülerinnen der 12. Klasse des Bismarck-Gymnasiums Genthin; Auflage: 1450)

Fünf Schülerinnen einer 12. Klasse des Bismarck-Gymnasiums in Genthin machten sich auf die Suche nach den Schicksalen ehemali-

ger Schüler, welche sich in der Zeit von 1947 bis 1949 für eine unabhängige Schülervertretung an ihrer Schule eingesetzt hatten. Die Arbeit erhielt 1999 als Beitrag zum Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten zum Thema „Aufbegehren, Handeln, Verändern. Protest in der Geschichte“, ausgerichtet von der Körber-Stiftung Hamburg, den ersten Preis.

Nr. 12 „... mal gibt es kein Brot am Nachmittag, mal kein Schnittkäse, mal kein Quark ...“ Die Versorgung der Bevölkerung 1989 im Bezirk Halle mit Waren täglichen Bedarfs

(Autoren: Hans-Joachim Plötze, Edda Ahrberg; Auflage: 1000)

Anliegen der vorliegenden Dokumentensammlung ist es nicht, eine systematische Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk Halle bis 1989 vorzulegen. Hierzu sind inzwischen einige Bücher erschienen. Anhand von Berichten, Briefen und „Eingaben“ soll vielmehr in Erinnerung gerufen werden, wie Menschen in diesem Landstrich die Schwierigkeiten bei der Beschaffung lebensnotwendiger Dinge wahrgenommen haben. Die mangelnde Versorgung mit „Waren täglichen Bedarfs“ (die häufig eben oft nicht täglich zu haben waren), deren Verbesserung die SED jahrzehntelang versprach, belastete besonders die Frauen. Sie hatten neben ihrem Beruf noch die Familien mit Lebensmitteln zu „versorgen“ und mussten dafür nach Feierabend (oder während der Arbeitszeit) etliche Stunden in der Woche anstehen oder von Geschäft zu Geschäft laufen. Mehrfachbelastung, Stress und Aggressivität waren häufig die Folge.

Nachauflagen:

Nr. 6 Das Ministerium für Staatssicherheit, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee

(Autor: Uwe Koch; 3. Auflage: 500)

Nr. 12 „... mal gibt es kein Brot am Nachmittag, mal kein Schnittkäse, mal kein Quark ...“ Die Versorgung der Bevölkerung 1989 im Bezirk Halle mit Waren täglichen Bedarfs

(Autoren: Hans-Joachim Plötze, Edda Ahrberg; Auflage: 1500)

Informationen der Behörde

Neuerscheinung:

5. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten (Auflage: 1500)

4.2. Veranstaltungen

4.2.1. „Von der Überwindung kommunistischer Diktaturen zum vereinten Europa. Erinnerung als Chance für die Zukunft“

Unter diesem Thema fand vom 18. bis 20. Juni 1999 in Gera die dritte gemeinsame bundesweite Veranstaltung aller Landesbeauftragten mit Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand anlässlich des 10. Jahrestages des Mauerfalls die Aufarbeitung im Bereich Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen.

Die 30 Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt reisten gemeinsam mit einem Bus an. Der Tagungsort war von Dresden nach Gera verlagert worden, nachdem der Sächsische Landesbeauftragte von seinem Dienst beurlaubt worden war. Neben den Vorträgen und Informationsangeboten der Vereine war ein Schwerpunkt die Gedenkveranstaltung vor der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit. Das Gebäude stand damals kurz vor dem Abriss. Für viele Betroffene, welche dort inhaftiert waren, war diese Tatsache nicht zu akzeptieren. Ein weiterer Gesichtspunkt für den Erhalt war der bis heute ungeklärte Tod von Matthias Domaschk in diesem Haus. Die Untersuchungshaftanstalt wurde 1999 noch abgerissen. Der Verein „Amthor-durchgang“ e. V. bemüht sich um die Nutzung des Torhauses mit dem Ziel, die Geschichte dieses Ortes aufzuarbeiten. Am Ende der Veranstaltung stand der einhellige Wille nach Fortführung dieser gemeinsamen Veranstaltung aller Landesbeauftragten. Gerade auch die Teilnehmer aus den alten Ländern begrüßten den Erfahrungsaustausch.

Der Tagungsband erscheint im Jahr 2000.



Ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS in Gera (wurde inzwischen abgerissen)



Gedenkveranstaltung

Gera, 19. Juni 1999

Aus Anlaß der gemeinsamen Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR und der Bundeszentrale für politische Bildung mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 18. - 20. Juni 1999 in Gera verabschiedeten die Teilnehmer folgende Resolution:

Gleiches Renten-Recht für politisch Verfolgte

Wir fordern für die politisch Verfolgten beider deutscher Diktaturen eine Rentenausgleichszahlung von 1400 DM.

Die Täter beider Diktaturen wurden nach 1945 und werden 1989 materiell besser gestellt als ihre Opfer. Ehemalige Nazi-Würdenträger und deren Nachkommen genießen ungekürzte Renten und Pensionen. Auch das jüngst ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat zur Folge, daß die Renten der Staats- und Parteifunktionäre der DDR sich nunmehr fast verdoppelt haben. Offensichtlich mißt der Rechtsstaat hier zum Nachteil der Opfer mit zweierlei Maß.

Das ist ungerecht!

Deshalb werden die Opferverbände beim Bundesverfassungsgericht Klage auf Gleichstellung erheben.

Die Resolution unterzeichneten Vertreter der nachfolgenden Verbände, Vereine und Initiativen und die Teilnehmer der Konferenz: BSV / Bundesvorstandsmitglied, Rolf Wiese; VOS / Bundesvorsitzender, Klaus Schmitt; FVZ e.V. / Vorsitzender Helmut Ebel; Bund der Z E e.V.; Initiativegruppe Buchenwald, Wolfgang Batke; Vereinigung der Verfolgten des Kommunismus Sachsen-Anhalt, Cherry-Norbert Mahner, Arbeitsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V., Manfred Kittlaus; Bund Freiheit der Wissenschaft, Hans-Eberhard Zahn; Bürgerkomitee des Landes Thüringen, Manfred May; OdS Thüringen, Manfred Wettstein; AG Lager Sachsenhausen, Gisela Gneist; HELP e.V. Berlin / Vorstand, Wolfgang Kockrow; Bellevue-Demo i.V., Claudia May; VOS / Landesvorstand Thüringen, Gerhard Nordhausen; Verband politischer Häftlinge des Stalinismus e.V., Wolfgang Becker; Bürgerbüro e.V., Angelika Barbe; BSV Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt, Johannes Rink; BSV / Landesverband Berlin-Brandenburg Vorstand, Hans Schwenke; ASTAK Berlin, Josef Budek; BSV Landesverband Thüringen, Lothar Hellmann, Bautzen-Komitee e.V. / Vorsitzender, Horst Schirmer; OFB Bautzen II, Ehrhard Göhl; VOS Arnstadt-Gotha, Werner Nöckel; Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit und ihrer Folgen, E.-M. Storbeck; VOS Oberes Voigtland, Fritz Klitzner; VOS Dresden, Vorsitzender; Beirat der SPD im BSV Gera, Friedrich Patzelt; VOS Gera, Rodolf Koschek; Forum 91 Freiberg, Barbara Michael;

4.2.2. „Das Jahr 1989. Aufbrüche, Abbrüche, Umbrüche“

Zum vierten Mal führte die Landesbeauftragte gemeinsam mit dem Kultusministerium und dem Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung des Landes Sachsen-Anhalt (LISA) vom 23. bis 24. Oktober 1999 eine Tagung zur Lehrerfortbildung unter oben genanntem Thema diesmal in Thale durch. An dieser Veranstaltung nahmen ca. 40 vorwiegend Geschichts-, Sozialkunde- und Deutschlehrer teil. Im Mittelpunkt standen auch hier die Veränderungen im Jahr 1989. Die Fortbildungsveranstaltung wurde in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle begonnen und endete in Thale. Da sich das Lehrerfortbildungsheim im Umbau befand, stellte dankenswerterweise die Stadt Thale Räumlichkeiten im Rathaus zur Verfügung und übernahm die Organisation der Versorgung. Das Konzert mit Bettina Wegner fand in der (vollen) Kirche statt. Somit hatten auch interessierte Einwohner der Stadt Thale die Möglichkeit des Konzertbesuches. Weitere Höhepunkte der Veranstaltung waren die Vorträge von Dr. Werkentin über die politische Strafjustiz in der DDR, von Dr. Hertle über das Ende des SED-Zentralkomitees und von Herrn Marianek über die „Wende“ in der Slowakei. Die Auswertung ergab den Willen zur Fortführung und eine ganze Reihe von gewünschten Themen, an denen weitergearbeitet werden sollte. (siehe Faltblatt auf nebenstehender Seite)

Exkurs zur Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt:

Auf Anfrage teilte das Landesinstitut für Lehrerfortbildung mit, dass neben der gemeinsamen Tagung mit der Landesbeauftragten in weiteren Veranstaltungen die DDR-Vergangenheit thematisiert wurde:

Regionale Fortbildung

„Ein Land in seinen Liedern“

(Die Liedermacher der DDR-Etappen, Strukturen, Entwicklungstendenzen)

Landesweite Fortbildung

„Neue Zugänge zur Geschichte-Methoden im Geschichtsunterricht der Sekundarschule“

(historische Filme analysieren: anhand von Beispielen aus der DEFA-Produktion; historische Lieder untersuchen: anhand von Beispielen aus der DDR-Liedermacherbewegung; literarische Quellen interpretieren: anhand von Beispielen aus der DDR-Literatur)

Weiterbildung

„Rechtskunde an Sekundarschulen“

(Rechtsangleichung im Prozess der Wiedervereinigung)

Programm	
Freitag, 22.10.1999	
bis 09.30 Uhr	Anreise zur Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle
09.30 Uhr	Führung durch die Gedenkstätte
11.00 Uhr	Pause
11.30 Uhr	Politische Strafjustiz in der DDR (Dr. Falco Werkentin, Berlin)
13.00 Uhr	Imbiß
13.45 Uhr	kostenloser Bustransfer zum LISA-Fortbildungsheim Thale
15.30 Uhr	Kaffeepause
16.00 Uhr	Das Ende des ZK und der Mauerfall (Dr. Hans-Hermann Hertle, Berlin)
18.00 Uhr	Abendessen
20.00 Uhr	Liederabend und Gespräch mit Bettina Wegner
Samstag, 23.10.1999	
08.00 Uhr	Frühstück
09.00 Uhr	Von der DDR zur neuen Bundesrepublik als Thema im Unterricht (Uwe Lagatz, Wernigerode)
10.00 Uhr	Kaffeepause
10.30 Uhr	Information und Diskussion in Arbeitsgruppen
Gruppe 1 Die Literatur der „Wende“ / Die Wende der Literatur? (Dr. Peter Geist, Berlin)	
Gruppe 2 Widerstand und Opposition in der DDR (Frank Eigenfeldt, Halle/S.)	
Gruppe 3 Der Herbst 1989 in Magdeburg (Giselher Quast, Magdeburg)	
Gruppe 4 „Wende“ / „Nachwende“ im Spiegel soziologischer Untersuchungen (Dr. Michael Chrapa, Halle)	
12.00 Uhr	Mittagspause
13.00 Uhr	Die „Wende“ in der Slowakei und die Auswirkungen des deutschen Aufarbeitungsprozesses auf das Ausland (Peter Marianek, Bratislava)
14.30 Uhr	Kaffeepause
15.00 Uhr	Abschluß der Fortbildungsveranstaltung und Ausblick auf künftige Vorhaben
16.00 Uhr	Abreise

Darüber hinaus führen die Landeszentrale für politische Bildung und die verschiedenen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung u. a.) Veranstaltungen zur Lehrerfortbildung durch. Immer wieder wird festgestellt, dass wissenschaftliche Ergebnisse, besonders aus dem Bereich der historischen Forschung, nur sehr langsam zum Allgemeinwissen der Bevölkerung werden. Hier muss nach Möglichkeiten gesucht werden, diesen Zustand zu verändern.

Die sehr intensive Diskussion über die Volksbildung in der DDR und mögliche Gründe für die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in Ostdeutschland, welche von der Zeitung „Volksstimme“ initiiert und begleitet wurde, zeigte den großen Bedarf an Gesprächen in diesem Bereich, aber auch die Schwierigkeiten, die dabei auftreten.

4.2.3. Weitere Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- 21.04.1999 Gemeinsame Veranstaltung mit der Sekundarschule Gernrode in der Gedenkstätte Marienborn, am Grenzdenkmal Höstensleben, in der Gedenkstätte Magdeburg und im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees (ca. 100 Schüler)
- 06.05.1999 Gemeinsame Veranstaltung mit dem A.-Niemann-Gymnasium Erxleben in der Gedenkstätte Marienborn (Projekttag)
- 27./28.05.1999 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten in Berlin zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug
- 17.06.1999 Gemeinsame Veranstaltung mit der Bundeszentrale für politische Bildung in Bitterfeld zum 17. Juni 1953 in Bitterfeld
- 07.07.1999 Gemeinsame Veranstaltung mit dem Verein „Zeitgeschichte(n)“ e. V. zu Zeitzeugeninterviews in Halle
- 16.07.1999 Gemeinsame Veranstaltung mit dem Humboldt-Gymnasium Magdeburg in der Gedenkstätte Marienborn und am Grenzdenkmal Höstensleben
- 29.07.1999 Gemeinsame Veranstaltung mit dem Verein „Zeitgeschichte(n)“ e. V. - Folgeseminar zu Interviews mit Zeitzeugen in Halle
- 10./11.09.1999 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten und des Bürgerkomitees in Magdeburg zur Arbeit in ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS
- 18.09.1999 Gemeinsame Veranstaltung mit der Außenstelle Magdeburg des Bundesbeauftragten anlässlich des Tages der offenen Tür (Lesung mit M. Storck und Lieder mit A. Schmidt)
- 19.09.1999 Gemeinsame Veranstaltung mit dem Bürgerkomitee zum Tag der offenen Tür der Außenstelle des Bundesbeauftragten in Magdeburg (Jugendkabarett W.I.R.)
- 23/24.09.1999 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten in Berlin zu psycho-somatischen Haftfolgeschäden
- 15./16.10.1999 „Zwischen ‚Republikflucht‘ und Montagsdemo“
Gemeinsame Veranstaltung in Halle mit der Landeszentrale und der Gedenkstätte „Roter Ochse“

- 13.11.1999 „Der Aktionskreis Halle aus der Sicht des MfS“
Broschürenvorstellung in Halle (gemeinsam mit dem Aktionskreis Halle)

- 25./26.11.1999 Gemeinsame Veranstaltung aller Landesbeauftragten in Berlin zur psycho-sozialen Beratung mit MfS-Bezug

- 10.12.1999
„Warme Brüder gegen
Kalte Krieger“
Broschürenvorstellung in
Magdeburg (gemeinsam
mit dem Bürgerkomitee)



- 15.12.1999 „Vietnamesische Studenten und Arbeiter in der DDR und ihre Beobachtung durch das MfS“
Broschürenvorstellung (gemeinsam mit der Evang. Erwachsenenbildung und der Gedenkstätte „Roter Ochse“)

- 24.03.2000 „Widerstand junger Liberaler in Genthin 1947-1949“
Broschürenvorstellung in Genthin

Zusätzlich wurden Vorträge der Landesbeauftragten zur Arbeit der Behörde und zu einzelnen Fragen der Aufarbeitung oder Grußworte in Sachsen-Anhalt auf verschiedenen Podiums- und Vortragsveranstaltungen gehalten: am 4.5.1999 in der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten, am 16.06.1999 in der Sekundarschule Gernrode (drei 10. Klassen), am 30.09.1999 in Halle (DAG), am 01.10.1999 in Neinstedt, am 06.10.1999 in Aschersleben, am 12.10.1999 in Magdeburg (Tagung der KAS), am 21.10.1999 in Staßfurt (Kath. Erwachsenenbildung), am 28.10.1999 in Salzwedel (Kath. Erwachsenenbildung), am 30.10.1999 in Schmielau (Verband der Zwangsausgesiedelten), am 08.11.1999 in Genthin (Stadtrat) (siehe Abbildung auf folgender Seite), am 10.11.1999 in Oschersleben (Ausstellungseröffnung), am 13.11.1999 Gedenkveranstaltung in Magdeburg, am 18.11.1999 in Emsdetten, am 01.12.1999 in Wittenberge (VOS).

Die Teilnahme an Veranstaltungen zur Aufarbeitung des SED-Unrechtes und an öffentlichen Diskussionen kam hinzu.

Genthiner Stasi-Sonderausschuss wird die Akten nicht schließen

In einer Volkstimmungs-Umfrage zum Thema Schließung der Staatssicherheitsakten hatten sich im vergangenen Jahr zirka 75 Prozent der Genthiner Bürger gegen eine Schließung ausgesprochen. Das nahm der Sonderausschuss zur Untersuchung und Überprüfung auf. Mitarbeiter bei der Stasi des Stadttrates Genthin zum Anlass, über seine bisherigen, aber auch zukünftige Arbeit nachzudenken. Darüber sprach Volkstimmungs-Redakteurin Simone Pöschke mit dem Ausschussvorsitzenden Lutz Nitz (Bildnis 10/Die Grünen).



Volkstimmungs: Kam das Umfrageergebnis überraschend für den Ausschuss?

Lutz Nitz: Nein. Der Ausschuss hat durch viele persönliche Gespräche mit Bürgern der Stadt Genthin feststellen können, dass durchaus ein großes öffentliches Interesse an der Geschichtsaufarbeitung im Zusammenhang mit der Stasi besteht. Das Ergebnis der Umfrage bestätigt dies nun.

Welche Konsequenzen hat dies für die Arbeit des Ausschusses?

Der Ausschuss hat deshalb einstimmig beschlossen, nicht nur die Stadtträte auf Mitarbeit prüfen zu lassen und Akten zu sichten, sondern aktiv und öffentlich den Teil der Geschichte in der Stadt Genthin aufarbeiten, der politisch mit der Stasi zusammenhängt.

Begeht der Ausschuss damit nicht den Fehler, die Stasi-Akten als absolute Wahrheit zu konstruieren und damit diese Akten nur als einzig reales Geschichtsbild zu verorten?

Nein, auf gar keinen Fall. Aber Stasi-Akten, wie auch andere Akten, zum Beispiel Polizei-, SED-, Amweckakten usw., wurden schon penibel genau geführt und stellen die DDR in ein typisches Bild. Selbstverständlich sind die Stasi-Akten nur ein Bruchteil der DDR-Geschichte, und es

Ida Ahnberg, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, stellt sich im November auch den Fragen und Problemen der Genthiner Zuhörer. Rechts im Bild Ausschuss-Chef Lutz Nitz. Foto: Archiv

wäre natürlich zu einfach, die Geschichtsbewältigung darauf zu reduzieren. Das ist unserem Ausschuss durchaus bewusst. Ebenso, dass es nicht um Heilsansprüche gegenüber der Geschichte geht, sondern um aktive und ehrliche Aufarbeitung. Legenden helfen dabei nicht. Wie zum Beispiel „Du warst bei der Stasi, also bist Du schlecht!“ bzw. „Du hast eine Akte, also bist Du gut“.

Aktive und ehrliche Aufarbeitung... Bedürfen Sie nicht, dass diese Forderung zu einem Schlagwort verkommt?

Natürlich besteht diese Gefahr. Aber man muss ja nicht Tag für Tag in der Vergangenheit wühlen. Aber wer aufrecht in die Zukunft sehen will, muss schon wissen, was er mit sich herumträgt.

Ein politisch Verfolgter, der in das Visier der Staatsmacht DDR gekommen ist, muss die Möglichkeit haben, aus seiner Akte zu lesen, was man ihm zur Last gelegt hat, und er muss die Möglichkeit haben, Fragen an die Stasi zu stellen. Und vor allen Dingen: Er muss Antworten bekommen.

Findet sich in Genthin überhaupt noch jemand, der bereit ist, Antworten zu geben, ohne in eine Nische gedrückt zu werden?

Genau das ist die schwierige Aufgabe des Ausschusses. Wir müssen Leute finden, die bereit sind, mit uns ehrlich in einen Dialog zu treten, auch wenn zwei grundverschiedene Positionen aufeinandertreffen. Gerade hier ist auch unser Ausschuss gefordert, durch seine Tätigkeit zu beweisen, dass er eine möglichst objektive Geschichtsaufarbeitung der Stasi-Tätigkeit in Genthin will. Eine Vorverurteilung, egal von welcher Seite, bringt keinen weiter und führt dann in der Tat zur Legendenbildung.

Der Ausschuss also als eine Art moralische Instanz, soll das funktionieren?

Wenn wir uns als Moralapostel fühlen, sind wir fehl am Platz. Wir müssen erreichen, dass die Diskussionen öffentlich geführt werden. Ich denke da an Foren, Presse, von mir aus auch in den Familie oder wieder auch Veranstaltungen in der Kirche. Es geht nicht um ein Tribunal mit Klagen und

Angeklagten und schuldig sprechen können wir sowieso niemanden.

Es geht darum, sich der eigenen Geschichte zu stellen. Gerade weil die meisten DDR-Bürger ihren Nischen hatten mit all ihren Widersprüchen und Verbiegungen. Wenn wir diesen Mut nicht aufbringen, mit allen über unsere Biografien zu reden, werden wir die Lebensläufe mitschleppen und weitergeben. Das wäre eine schwere Hypothek für unsere Demokratie. Wir Älteren sind Geschichtsaufarbeitung den Jüngeren schuldig.

Der Ausschuss besucht Öffentlichkeit. Wie wird er sie organisieren?

Genau diese Problematik wurde auf unserer letzten Ausschusssitzung durch Stadtrat Joachim Fabian (Pro Genthin) angesprochen. Wir haben uns dazu bekannt, eine Möglichkeit zu finden, dass sich Bürger entweder im persönlichen Gespräch oder über Schriftverkehr an den Ausschuss wenden können.

(Volkstimmungs bedankt sich für das Gespräch)

4.3. Faltblätter

Die Faltblätter müssen auf Grund sich ändernder Anschriften und Sachverhalte ständig aktualisiert werden. Um zu vermeiden, dass ungültig gewordene Exemplare weggeworfen werden müssen, werden sie in der Behörde als Kopie erstellt. Erhältlich sind folgende Faltblätter:

- Gedenkstätten, Vereine und Behörden zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in Sachsen-Anhalt
- Aufgaben und Angebote der Behörde
- Bibliothek in der Behörde der Landesbeauftragten
- Publikationsverzeichnis

4.4. Rundbrief

Der Rundbrief wird monatlich erstellt und in Kopie an Interessenten versandt. Er enthält Hinweise auf Veranstaltungen, welche sich mit der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit beschäftigen, und auf Neuerscheinungen der Behörde. Er ist das einzige Informationsblatt dieser Art in Sachsen-Anhalt. Die Anzahl der Empfänger ist im Berichtszeitraum von 322 (März 1999) auf 364 interessierte Bürger, Multiplikatoren und Behörden gestiegen. An einigen Orten wird der Rundbrief ausgelegt, so dass monatlich 630 Exemplare verschickt werden.

4.5. Wanderausstellungen

Folgende vom Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. erstellten und von der Landesbeauftragten und dem Ministerium des Innern im Rahmen der Zuwendung geförderten Ausstellungen waren im Berichtszeitraum in Zusammenarbeit mit der Behörde der Landesbeauftragten unterwegs in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus:

East-Side-Gallery

(Fotos der bemalten „Mauer“ in Ostberlin sowie Texte, welche sich mit der Wiedervereinigung 1990 beschäftigen)

05.07.-20.08.1999	Landkreis Ohrekreis
23.08.-10.09.1999	Burgenlandkreis
13.09.-10.10.1999	Städtisches Heimatmuseum Ballenstedt
01.11.-15.11.1999	Gedenkstätte „Roter Ochse“ in Halle/Saale
16.11.-07.12.1999	RCDS der Technischen Universität Braunschweig

„Alles im Griff“

(Die Internierungs- und Isolierungslager des MfS)

23.08.-22.09.1999	Landkreis Weißenfels
23.09.-05.11.1999	Stadtmuseum Halle
08.11.-14.01.2000	Landkreis Bördekreis
17.01.-31.03.2000	Landkreis Bitterfeld



„Die Grenzöffnung und ihre Folgen“

(Fotos von B. Akinro vorwiegend zur Geschichte von Gebäuden)

01.09.-30.09.1999	Landkreis Aschersleben-Staßfurt
01.10.-31.10.1999	Landkreis Ohrekreis
01.11.-30.11.1999	Altmarkkreis Salzwedel
03.12.-14.01.2000	Landkreis Weißenfels
15.01.-11.02.2000	Landkreis Bördekreis
14.02.-10.03.2000	Geschichtswerkstatt Köthen

Diese und weitere Ausstellungen, wie z. B. die Ausstellung „Steine im Fluß“ über die Arbeit oppositioneller Gruppen in Magdeburg vor 1989 oder eine Ausstellung zu den Herbstereignissen 1989 können auch zukünftig beim Bürgerkomitee ausgeliehen werden.

4.6. Bibliothek

Zusätzlich zum Gebrauch durch die Mitarbeiter der Behörde wurde die Bibliothek im Berichtszeitraum (01. Januar - 31. Dezember 1999) von 41 Nutzern in Anspruch genommen. Dabei kam es zu 87 Entleihungen.

In 12 Fällen wurden auf Anfrage Literatur-Recherchen zu Büchern und Zeitschriftenartikeln zu verschiedenen Themen ausgeführt.

Die Bibliothek enthält Literatur zum Thema Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Um die wichtigsten Neuerscheinungen beim Ankauf berücksichtigen zu können, werden regelmäßig die Presse sowie Verlagsinformationen ausgewertet.

Der Bestand an Büchern umfaßte Februar 2000 1.367 Titel. Davon sind 505 Titel in mehreren Exemplaren vorhanden.

Der Bestand ist in folgende Rubriken unterteilt:

DDR allg. - MfS - Politische Justiz/Haft in der SBZ/DDR - Kultur - Kirche - Bundesrepublik Deutschland (bis 1990) - Deutsche Teilung - "Wende" - Vereinigtes Deutschland - Osteuropa - Nationalsozialismus - Veröffentlichungen der Landesbeauftragten und des Bundesbeauftragten - Untersuchungsausschüsse - Gesetze - Sonstiges - DDR-Original-Literatur (u. a. Gesetzessammlungen sowie Zeitschrift „Neue Justiz“).

Dazu kommen 15 durch Kauf erworbene Videos, CDs, Audiocassetten und Multimedia-CD-ROMs, sowie mehrere Cassetten mit selbstaufgezeichneten Fernseh- bzw. Hörfunkbeiträgen.

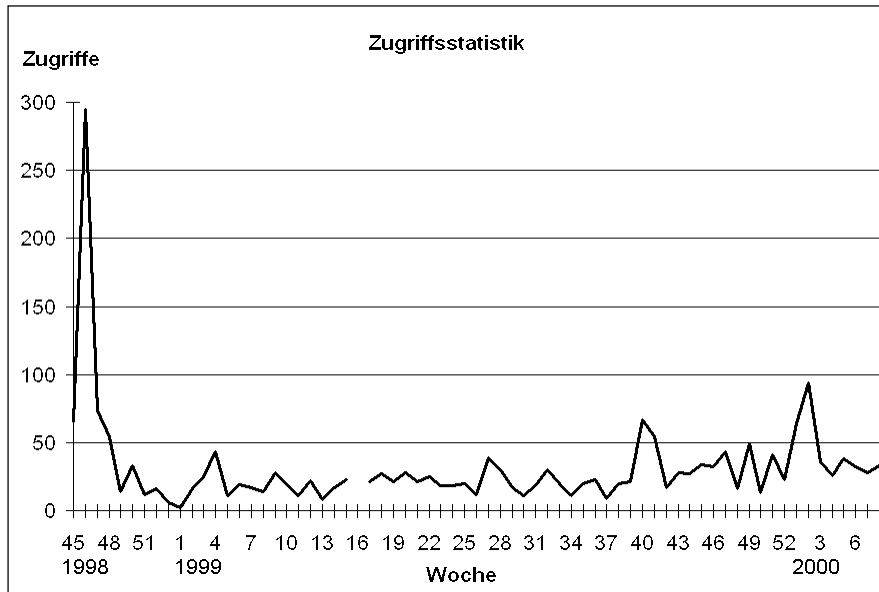
Von 45 verschiedenen Zeitschriften befinden sich Exemplare im Bestand. 17 Zeitschriften werden regelmäßig bezogen (u. a. „Deutschland-Archiv“ (Bestand fast vollständig ab 1978), „Freiheitsglocke“, „Gerbergasse 18“, „Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte“, „Horch und Guck“, „Justizministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt“, „Neue Justiz“, „Der Stacheldraht“, „Politische Zeitschrift“, „Rundbrief der Deutschen Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie“, „Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat“). Datenbanken mit den Inhaltsverzeichnissen einiger der genannten Periodika gestatten eine schnelle Recherche

Der BStU-Pressespiegel wird seit September 1994 archiviert. Mit Hilfe einer Datenbank ist hier ebenfalls eine schnelle Recherche über die Inhaltsverzeichnisse möglich.

Öffnungszeiten der Bibliothek:	Mo	11.00 -15.30 Uhr
	Di	9.00 -18.00 Uhr
	Mi, Do	9.00 -15.30 Uhr
	Fr	9.00 -13.00 Uhr

4.7. Internet

Das seit Ende 1998 bestehende Internetangebot der Landesbeauftragten erfährt zunehmendes Interesse.



Unter der Internet-Adresse <http://landesbeauftragte.germancom.de> können 10 Seiten abgerufen werden. Die Seiten haben folgende Struktur:

Startseite:	Begrüßung
News:	Informationen zu wichtigen Vorgängen, z. B. zur Rehabilitation
Tätigkeit:	Informationen zu Aufgaben und Angeboten der Landesbeauftragten
Presse-Info:	Pressemitteilungen
Verbände:	Adressen, Telefon-/Fax-Nummern von Gedenkstätten und Vereinen zur Aufarbeitung (z. B. Erklärungen der Konferenz der Landesbeauftragten, Veranstaltungen der Behörde)
Kontakt:	Adresse, Telefon-Nummer und Sprechzeiten der Landesbeauftragten

Termine:	Veranstaltungen und Ausstellungen (wird laufend aktualisiert)
Dokumente:	Link zum Stasi-Unterlagengesetz, Downloadmöglichkeit für die inzwischen vergriffenen Tätigkeitsberichte (wird schrittweise vervollständigt)
Broschüren:	Downloadmöglichkeit für die inzwischen vergriffenen Broschüren (wird schrittweise vervollständigt)
Link-Seite:	Links zu anderen Landesbeauftragten, Vereinen und Institutionen zur Aufarbeitung
Über e-mail ist die Behörde unter der Adresse landesbeauftragte@gmx.de zu erreichen.	

5. Zuwendungen der Behörde der Landesbeauftragten

Die Verfolgtenverbände sowie die Aufarbeitungsinitiativen leisten durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit einen wichtigen Beitrag bei der Aufarbeitung politisch motivierten Unrechts in der DDR. Diese Aufgaben können durch staatliche Institutionen nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Allerdings kann die Arbeit der Vereine nicht allein durch die Mitgliedsbeiträge finanziert werden. Sie sind auf die Unterstützung des Bundes, der Länder und der Kommunen angewiesen. In diesem Bereich muss künftig eine größere Sicherheit geschaffen werden, damit gut angelaufenen Projekte nicht wegbrechen.

Darüber hinaus gibt es Aufgaben, welche durch ehrenamtliche Arbeit nicht abgedeckt werden können. Hierzu gehören zum Beispiel die zahlreichen Führungen (1999: 7443 Personen / darunter 299 Gruppen) mit Schulklassen im Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees im Rahmen der politischen Bildung, sowie die Archivarbeit des Vereins „Zeitgeschichte(n)“ e. V. in Halle. Der Verein „Zeitgeschichte(n) e. V. und das Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt kümmern sich um die Sicherung von Materialien oppositioneller Gruppen und Einzelpersonen in der Region Sachsen-Anhalt. Beide Vereine wurden im Berichtszeitraum auch von der **Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** unterstützt. Diese Stiftung fördert in der Regel länderübergreifende Projekte, die auch einen Förderanteil des jeweiligen Landes in angemessener Höhe aufweisen können. Das heißt, das Land Sachsen-Anhalt darf sich nicht aus der Förderung der Vereinsarbeit in diesem Bereich zurückziehen. Anderenfalls bestände die Gefahr, dass nicht nur die Arbeit der Vereine grundlegend gefährdet ist, sondern dem Land auch Bundesmittel verloren gehen. Länderbezogene Projekte müssen darüber hinaus nach wie vor durch das

Land gefördert werden. Hierzu gehören insbesondere die Projekte im Rahmen der Opferberatung und -betreuung. Angesichts der fehlenden Möglichkeiten zur Wiedergutmachung an Opfern des SED-Regimes sollte den Vereinen, welche sich diesen Menschen widmen und damit die Demokratie in Sachsen-Anhalt befördern, durch Kürzung der finanziellen Mittel nicht der Boden für ihre Arbeit entzogen werden. Darüber hinaus wird angeregt, dass sich das Land Sachsen-Anhalt mit seinen Möglichkeiten für eine Erhöhung der Zuwendungsmittel für die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Bundeshaushalt einsetzt, da die bisherige Erfahrung gezeigt hat, dass die dort bereitgestellten Mittel längst nicht ausreichen.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich im Berichtszeitraum an der finanziellen Unterstützung der Arbeit von Vereinen politischer Häftlinge und Aufarbeitungsinitiativen durch Zuwendungen wie folgt beteiligt:

Titel: 685 11 Zuschüsse zu Maßnahmen der Erwachsenenbildung

Haushaltsansatz 1999: 50.000 DM davon 5 % Einsparung = 2.500 DM
damit effektiv verfügbar: 47.500 DM

Vereinigung	Projekt	bewilligte Mittel
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.	Weitere Recherchen zum Wirken des MfS in der Medizinischen Akademie Magdeburg	3.100,00 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.	Errichtung einer Bibliothek aus DDR-Altbeständen (Regalwände)	7.110,00 DM
Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle	Erstellung einer Broschüre über die inoffiziellen Mitarbeiter in der ökologischen Arbeitsgruppe Halle "von einem der auszog, die Umwelt zu retten", Gespräche mit IM Gerhard alias Walter alias Rolf Hansen alias Henry Schramm eine Dokumentation	2.408,00 DM
Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle	Gedenkveranstaltung, Ausstellung und Broschüre mit Zeitzeugenberichten zum Geschehen im Herbst 89 in Halle	17.600,00 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.	Internationales Jugend-Work-Camp zur Sanierung des Grenzdenkmals	6.900,00 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.	Nachbewilligung zum intern. Jugend-Work-Camp	2.000,00 DM
Ökologische Arbeitsgruppe Halle e.V.	Erstellung der Broschüre „Das Phantom“ über das Wirken des MfS gegen die ökologische Arbeitsgruppe Halle	7.597,00 DM
Summe		46.715,00 DM

Rest: 785,00 DM

Die Mittel wurden fristgemäß abgerufen und angeordnet.

Titel: 685 51 Sonstige Zuschüsse

Haushaltsansatz 1999: 50.000 DM davon 5 % Einsparung = 2.500 DM
damit effektiv verfügbar: 47.500 DM

Vereinigung	Projekt	bewilligte Mittel
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. Landesgruppe Sachsen-Anhalt (VOS)	Gedenkveranstaltung mit dem Bund der stalinistisch Verfolgten "Die Opfer dürfen nicht vergessen werden"	9.450,00 DM
VOS	Bustagesfahrt mit dem Bund der stalinistisch Verfolgten und Gespräche mit Personen des öffentlichen Lebens	7.650,00 DM
VOS	Archivierung von Unterlagen aus 8 jähriger Beratungstätigkeit	3.000,00 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Erstellung einer Broschüre "10 Jahre Jugendkabarett WIR"	3.573,90 DM
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Druck eines Faltblattes zur Arbeit des Historischen Dokumentationszentrums	1.800,00 DM
Gemeinschaft der politisch Verfolgten der SBZ/DDR e. V.	Beratung und Betreuung von Opfern der SED-Diktatur	2.000,00 DM
BSV	Beratung und Betreuung von Opfern der SED-Diktatur	8.000,00 DM
Ökologische Arbeitsgruppe Halle e. V.	SED-Bezirksleitung in Halle im Wendejahr 1989	300,00 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.	Druck einer 2. Auflage des Faltblattes über das Grenzdenkmal (französisch und englisch)	2.250,00 DM
Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V.	Erstellung einer Informationsbroschüre zum Grenzdenkmal Hötensleben	2.907,00 DM
Verein Zeitgeschichte(n) e. V. Halle	Interview mit einem Zeitzeugen (ehemaliger Häftling im Roten Ochsen in Halle)	724,73 DM
Ökologische Arbeitsgruppe Halle e. V.	Erstellung einer Broschüre "Wasser auf die Mühlen" über die Saaleaktionen der ökologischen Arbeitsgruppe und dem Einwirken des MfS auf diese Aktionen	4.580,00 DM
Summe		46.235,63 DM

Rest: 1.264,37 DM (durch Rückgabe eines Projektes)

Die Mittel wurden fristgemäß abgefordert und angeordnet.

Im Haushalt 1999 wurde ein neuer Titel 685 52 eingestellt und mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 DM für die Jahre 2000-2004 vorgesehen.

Die Zusage dieser Summe ermöglichte eine Rahmenvereinbarung mit der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, mit der die gemeinsame Förde-

Für den Haushalt 2000 war es damit möglich, Zuwendungsbescheide über anteilige Fördersummen für zwei vorliegende Anträge schon im Jahre 1999 auszustellen. Damit konnte eine Förderung durch die Stiftung im Jahre 2000 gesichert werden.

Titel: 685 52 Zuschüsse an die Stiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur in Berlin

Vereinigung	Projekt	Bewilligte Mittel
Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.	Weiterführung des Historischen Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. in Magdeburg	68.531,25 DM
Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle	Zeitzeugenbüro und Bibliothek in Halle	31.468,75 DM
Summe		100.000,00 DM

In beiden Fällen handelt es sich um eine anteilmäßige Förderung der jeweils durch die Stiftung geförderten Gesamtsumme. Der Anteil der Landesbeauftragten beträgt beim Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. 20,5 % und bei dem Verein Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle 28,5 %.

Bericht über das internationale Workcamp am Grenzdenkmal Hötensleben
und in der Gedenkstätte Marienborn vom 25.07.-15.08.1999:

Die Behörde der Landesbeauftragten unterstützte im Rahmen der Zuwendung den Grenzdenkmalverein Hötensleben e. V. bei der Durchführung des Workcamps. Der Vereinsvorsitzende Herr Walther schrieb im Anschluss an die sehr intensiven Tage in Hötensleben:

Übrigens hat ein ganz toller Abschlussabend - von den Jugendlichen organisiert - stattgefunden, zu dem mehr kamen, als eingeladen waren. Sie hatten typische Gerichte ihrer Länder mit viel Liebe zubereitet und garniert. Ich weiß nicht, ob Sie das nachfühlen können, aber mir kam das Wasser in die Augen, als ich das sah: Alles so nett und unverklemt und hier an diesem Ort, im ehemaligen Sperrgebiet und einem Schulgebäude, wo „kommunistische Erziehung“ die Maxime war, wo eine intolerante Ideologie und die Liebe zur

[illegible]

Kolonialmacht gepredigt wurden. Welches Verbrechen haben die an unseren Kindern verübt, was haben sie ihnen vorenthalten! Da ist man mal wieder dankbar für jeden Tag, der uns seitdem geschenkt wurde.

IBG - Workcamp 1999 in Hötensleben



Caroline Haarmann USA, Igor Pankovskiy Slowakei, Claudia Moritz-Ramms Ungarn, Raymond John Imre Great Britain, Horowitz Patrick Portugal, Irma Blumfeld Deutschland, Anja Schmitt Österreich, Pablo Montesinos Souto Spanien, Rocio Andres Toral Chile, Lisa Mikulova Ukraine, David Spicard Türkei, Marina Zelenchuk Slowakei, Laura Krumholz USA, Karel Krasa Japan

Als Teilnehmer am internationalen Workcamp des IBG e. V. vom 25. Juli - 15. August 1999 in Hötensleben haben Sie, liebe

Claudia

dazu beigetragen, das GRENZDENKMAL HÖTENSLEBEN zu erhalten, damit es späteren Generationen als Zeugnis für die Teilung Deutschlands, für die Epoche des Kalten Krieges und als Mahnmal gegen Diktatur und Menschenfeindlichkeit dienen kann.

Ihre gemeinschaftliche Arbeit ist ein schöner Beitrag zur internationalen Verständigung, zum Abbau von Vorurteilen und zur Überwindung von Grenzen gewesen. Er zeigt uns, daß das friedliche Zusammenleben der Völker in einer immer globaler werdenden Welt gelingen kann.

Im Leben unseres Dorfes, das so lange im Sperrgebiet isoliert war, ist das Hiersein so vieler junger Menschen aus drei Kontinenten ein Farbtupfer gewesen, an den wir uns gerne erinnern werden, und wir hoffen, daß auch Sie mit guten Erinnerungen an Ihre Zeit in Hötensleben nach Hause zurückkehren werden.

Mit herzlichem Dank und allen guten Wünschen für ihre persönliche Zukunft

[Signature]
(Dieter Buchwald)
Bürgermeister der Gemeinde Hötensleben

[Signature]
(Achim Walther)
Vorsitzender des Grenzdankmahneins Hötensleben e. V.

Hötensleben (D), 12. August 1999

6. Informationen zum Stand der Rechtsprechung

6.1. Rechtsprechung zur Überprüfung des Öffentlichen Dienstes, zur Rehabilitation und zu vermögensrechtlichen Fragen

6.1.1. Stand der Rechtsprechung im Bereich der Überprüfung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt

Durch Anfragen bei den Arbeits- und Verwaltungsgerichten in Sachsen-Anhalt informiert sich die Landesbeauftragte über den Stand der Rechtsprechung bei Verfahren mit MfS-Bezug. Ausgewählte, anonymisierte Urteile werden der Behörde auf Anfrage zugesandt und dienen der Beratung.

Verfahren mit MfS-Bezug bei den Arbeitsgerichten in Sachsen-Anhalt:

Arbeitsgericht	anhängige Klagen	Erledigungen	Beendigung des AV	Fortbestand des AV
Magdeburg	2	0	0	0
Halle	3	2	1	1
Naumburg	0	0	0	0
Halberstadt	0	0	0	0
Dessau	2	0	0	0
Stendal	0	0	0	0

Berufungen mit MfS-Bezug beim Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt:

	anhängige Klagen	Erledigungen	Beendigung des AV	Fortbestand des AV
LandesarbeitsG	22	15	8	3

Auf die Anfrage bei den Verwaltungsgerichten des Landes Sachsen-Anhalt teilte das Obergericht in Magdeburg 4 Fälle mit, das VG Halle meldete 6 Fälle, die VGe Magdeburg und Dessau bearbeiteten keine Fälle mehr.

6.1.2. Stand der Rechtsprechung zur Rente, zum Persönlichkeitsrecht, zur Rehabilitation und zum Vermögensrecht

Rente:

Zusammenfassung der vier Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (I. 1 BvL 11/94, 1 BvL 33/95, 1 BvR 1560/97, speziell zu MfS-Rentnern;

II. 1 BvL 32/95, 1 BvR 2105/95; III. 1 BvL 22/95, 1 BvL 34/95; IV. 1 BvR 1926/96, 1 BvR 485/97): Dort wurde das Verhältnis von DDR-Gesetzgebung 1990, Einigungsvertrag und gesamtdeutscher Gesetzgebung nach der Vereinigung klargestellt. Nur die 1991 ergangenen Gesetze RÜG und AAÜG waren in einigen §§ verfassungswidrig. Dagegen hat das BVerfG folgende Pauschalierungen gebilligt und somit eine Einzelfallprüfung für unnötig erklärt:

- die Begrenzung aller MfS-Mitarbeiterrenten auf 990 DM maximal unter der Prämisse, dass dieser Betrag dynamisiert werden sollte, durch das Gesetz der Volkskammer vom 29. Juni 1990,
- die Nichtberücksichtigung aller MfS-Mitarbeiterrenten bei den beiden pauschalen Rentenerhöhungen vor Erlass des RÜG,
- die Begrenzung der während der MfS-Mitarbeit erwerbenden Entgeltpunkte auf 1,0 pro Jahr, was dem Durchschnittseinkommen entspricht,
- die Einführung einer Beitragsbemessungsgrenze, wonach pro Jahr maximal 1,8 Entgeltpunkte erworben werden konnten,
- die Nichtberücksichtigung der Beitragsjahre bis 1970 (eine Ungleichheit gegenüber den Westdeutschen, die dadurch relativ weniger Rente bekommen) wegen der fehlenden maschinell lesbaren Daten.

Dagegen sind folgende Pauschalierungen unzulässig; zum Teil gilt eine (zu- vor verdrängte) allgemeine Regelung, zum Teil muss bis zum 30. Juni 2001 eine verfassungskonforme Regelung gefunden werden:

- die Begrenzung aller MfS-Mitarbeiterrenten auf 802 DM maximal unter der Prämisse, dass dieser Betrag bis zur Neuberechnung NICHT dynamisiert werden sollte, durch das RÜG (es gelten die zu dynamisierenden 990 DM),
- die Begrenzung der während der MfS-Mitarbeit erwerbenden Entgeltpunkte auf 0,7 pro Jahr, was unter dem Mindesteinkommen liegt (es gelten die 1,0 Entgeltpunkte),
- die ausnahmsweise Berücksichtigung der Beitragsjahre bis 1970 bei Zusatz- und Sonderversorgung, womit eine Ungleichbehandlung zu den „normalen“ Rentnern entsteht (es gilt die Regelung wie bei „normalen“ Rentnern),
- die Einordnung schon der Renten, die einem Wert ab 1,4 Entgeltpunkten entsprechen, als überhöht und deshalb zusätzlich zu kürzen (stattdessen gilt die Bemessungsgrenze von 1,8).

Die Entscheidungen des Bundessozialgerichts (03.08.1999, B 4 RA 33/99 R und 04.08.1999, B 4 RA 1/99 R) bezogen sich auf Renten systemnaher Funktionsträger. Danach werden OibE ohne Abstriche den hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS gleichgesetzt (einschließlich Kappung der Rente); der

im letzten Verfahren angesprochene Dozent o. ä. der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften wird trotz seiner offenkundigen Verbindungen zum Kern des Staatsapparates (Angehöriger der AVSt) nicht von der Rentenkappung betroffen.

Persönlichkeitsrecht:

Die Entscheidung des LG Frankfurt, Oder (14.07.1999, 11 O 296/99) ist für Veröffentlichungen von Interesse: danach sind ehrenrührige Werturteile zu vermeiden („rote Socke“). Tatsachenbehauptungen sollte man, wenn möglich, vor Gericht verteidigen (und beweisen können), zumindest aber so formulieren, dass sie beweisbar werden (z. B. durch Hinweis auf den Urheber einer Behauptung).

Der Fall vor dem BVerfG (17.12.1999, 1 BvR 1611/99) handelte von der Verteidigungsschrift Gysis für Havemann; diese darf wegen des hohen öffentlichen Interesses in einem Buch über das Havemann-Verfahren abgedruckt werden.

Rehabilitierung:

Die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung (07.12.1999, 2 BvR 1533/94) erlegt allen Rehabilitierungsgerichten auf, die Tatbestandsfeststellungen der DDR-Gerichte zumindest bei entsprechenden Angaben des Antragstellers kritisch zu überprüfen und nicht einfach als gegeben hinzunehmen. Damit müsste man nunmehr allen Rehabilitierungsantragsstellern raten, den Gerichten gegebenenfalls Hinweise auf eine abweichende Sicht der Tatsachendarstellung zu geben.

Rückübertragung und Entschädigung:

Zur Entscheidung des **Bundesverwaltungsgerichts** vom 19. November 1998 (7 C 40.97) zur Entschädigung verlorengegangener, eingezogener beweglicher Sachen, die bei Vorhandensein zurückzugeben wären: zwar keine Erlösauskehr, wenn kein Erlös erzielt (§ 10 Abs. 1 VermG), aber Anspruch auf Feststellung, dass Entschädigungsanspruch für eingezogene Fotoausrüstung gegeben - Rechtsgrundlage: §§ 1, 3 und 8 Abs. 1 VermG; § 10 ist ein Ausnahmetatbestand für nachfolgende Veräußerung (Übereignung) und redlichen Erwerb (Verwertung i.S.d. Abs. 1, aber ohne Erlös), nicht aber auf Untergang oder Verlust der Sache übertragbar. Damit ist nach § 9 Abs. 3 VermG (in der Fassung bis 27. 9. 1994) eine gesetzliche Regelung über die Entschädigung zu treffen, die der Gesetzgeber bis dahin nicht getroffen hat (siehe hierzu jetzt den Gesetzentwurf zum Vermögensrechtsergänzungsgesetz, BT-Drs. 14/1932). Die Regelung der Entschädigungshöhe bleibt dem Gesetzgeber vorbehalten.

Zusammenfassung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zu den „verfolgten Schülern“ (21.01.1999, 3 C 5.98 und 21.01.1999, 3 C 6.98), die die magere Regelung des BerRehaG bestätigen: Die Entscheidungen gehen verhältnismäßig ausführlich auf den Unterschied zwischen NS- und SED-Unrecht ein, weil die Kläger eine ungerechtfertigte Ungleichbehandlung gegenüber NS-Opfern kritisiert hatten. Besonders hinzuweisen ist auf die Passage, nach der die Entschädigung für SED-Unrecht unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt werden darf, weil das staatliche Unrecht außerhalb des damaligen Staatsgebietes (der Bundesrepublik Deutschland) begangen worden sei.

Die Entscheidung des BVerwG (28.01.1999, 7 C 10/98) stellt insofern einen Sonderfall dar, als hier in Abweichung von der Entscheidung des LaRoV und des VG MD eine besatzungshoheitliche Grundlage der Enteignung verneint wurde. Ob die mit der besonderen Konstellation (Vermietung des Grundstücks an den Betrieb) zu tun hatte, blieb in der Entscheidung offen.

Die Entscheidung des BGH (15.12.1998, VI ZR 386/97) klärt, dass nach dem Untergang der DDR keine Verantwortlichkeit mehr für deren staatliches Handeln besteht. Nach den Grundsätzen der Staatshaftung seien weder die Amtsträger (außer im Fall des vorsätzlichen Überschreitens der staatlichen Normen) noch die formal von der DDR verschiedene SED (oder deren Nachfolgerin) zum Schadensersatz heranzuziehen.

Das Urteil des BGH (17.12.1998, V ZR 200/97) befasste sich mit den Rechten an Bodenreformgrundstücken. Auffällig ist, dass die Regelung des sog. Modrow-Gesetzes nicht etwa zugunsten der Alteigentümer, sondern zugunsten des von den Ländern übernommenen Bodenfonds in ihrer Wirkung beschnitten wird.

Die Entscheidung des BVerfG (28.10.1998, 1 BvR 2349/96) stellte zugunsten von enteigneten Unternehmern fest, dass zum Unternehmen gehörige Erbbaurechte als grundstücksgleiche Rechte durch Wiederbegründung zurückzugeben sind. Damit wird die Auslegung des Vermögensgesetzes, das an dieser Stelle unklar formuliert ist, in dieser Hinsicht festgelegt.

In den zwei Entscheidungen des BVerwG (25.02.1999, 7 C 8.98 und 25.02.1999, 7 C 9.98) wurde das Verhältnis von russischer und deutscher Rehabilitierung angesprochen. Insgesamt stellt sich die rechtliche Lage folgendermaßen dar: wer im fraglichen Zeitraum enteignet worden ist, muss sich ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Vorgänge zunächst um eine russische Rehabilitierung bemühen. Diese wird in der großen Zahl der Fälle, in denen sich die DWK oder sonstige deutsche Stellen nur auf die SMAD-Befehle gestützt haben und die Enteignungen von sowjetischer Seite nur „geduldet“ wurden, wahrscheinlich nicht durchgeführt werden, weil aus Sicht der

russischen Behörden hierfür eine deutsche Zuständigkeit besteht. Die deutsche Rehabilitierung (und die darauf beruhende Restitution) werden aber ohne russische Rehabilitierung nicht durchgeführt, um „die Sowjetunion hinsichtlich der von ihr als Besatzungsmacht zu verantwortenden Enteignungen von dem mit der Restitution verbundenen Unrechtsvorwurf freizustellen“. Damit bleiben die betroffenen Grundstücke im Eigentum des Fiskus, der sich hier das frühere „Volkseigentum“ einverleibt.

Die Entscheidung des BVerfG (03.08.1999, 1 BvR 1892/96, 1092/97, 1286/97, 1334/97) erging zur Frage der Mauergrundstücke: deren Schicksal ist noch offen und nur durch eine Herausgabeklage vor dem ordentlichen Gericht in Zivilsachen zu klären (mit dem Argument: die Enteignung war **nichtig**). Zu den Erfolgsaussichten einer solchen Klage äußerte sich das Gericht aber nicht.

Die Entscheidung des BVerwG (29.09.1999, 8 C 8.99) stärkt die Vermutung (die nur durch einen Gegenbeweis widerlegt werden kann), dass bei Grundstücksveräußerungen im Zusammenhang mit Ausreisen unlautere Machenschaften vorliegen, und stellt dies auch für die Zeit vor Erlass der diesbezüglichen Verordnung fest.

Die Entscheidung des BVerwG (29.04.1999, 7 C 24.98) befasst sich mit der Ausnahmeregelung, nach der ein gutgläubiger Erwerb von Grundstücken auch nach dem 19. Oktober 1989 möglich war, wenn der Vertrag schon vorher angebahnt war. Diese Regelung gilt demnach nicht für von Privatleuten nach dem 19. Oktober 1989 erworbene Grundstücke, so dass diese (hier: damaligen Ausreisewilligen) ihre Rechte behalten.

Die beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (03.07.1998, 1 BvR 13/98 und 23.11.1999, 1 BvR 1/94) befassen sich mit Grundstücksrecht; zum einen kann der Eigentumsverlust auch durch fehlerhafte Überführung in Volkseigentum in Verbindung mit Art. 237 EGBGB eingetreten sein, zum anderen wird der Stichtag 18. Oktober 1989 für den Schutz des Erwerbers als verfassungskonform erklärt. In beiden Fällen durfte der Gesetzgeber eine Abwägung zwischen den Interessen der Alteigentümer und denen der Erwerber vornehmen, und er hat dies auch in Übereinstimmung mit dem GG getan.

Verlust der Entschädigung wegen IM-Tätigkeit:

Entscheidungen zum Ausschluss der Rehabilitierung/der auf der Rehabilitierung beruhenden Leistungen:

In allen drei Fällen (OLG Rostock, 08.10.1997, I WsRH 29/97, OLG Rostock, 05.03.1997, II Ws RH 40/96, OLG Rostock, 23.07.1996, II Ws RH 4/96) gelang es der Justiz der DDR, die zuvor in den Westen Geflohenen, die zu-

gleich als Mitarbeiter des MfS verpflichtet waren, in Anwesenheit zu verurteilen. Dabei sind die Umstände der Rückkehr in die DDR unklar. In allen drei Fällen scheiterte die Bewilligung der Kapitalentschädigung (der Widerspruch gegen die Rückforderung) an der vor der Flucht aufgenommenen und nach der Rückkehr (in zwei Fällen) trotz mehrjähriger Haft fortgesetzten Mitarbeit beim MfS.

Vermögen der Politbüromitglieder:

Die Entscheidung des VG Berlin (Fall Honecker, 14.06.1999, VG 25 A 116/91, ergänzt die Entscheidungen zu Axen und Mittag) listet Gegenstände und sonstige Vermögensvorteile auf, wegen deren Erwerb das Konto E. H.'s schon Ende 1989 beschlagnahmt wurde (u. a. 10 Autos, nicht bezahlte Heizkosten und Bauleistungen in Wandlitz).

6.1.3. Stand der Rechtsprechung im Bereich des Öffentlichen Dienstes und der freien Berufe im übrigen Bundesgebiet

Weiterbeschäftigung ehemaliger MfS-Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst:

Die Entscheidungen des BVerwG (29.07.98, 2 B 63.98 und 03.12.98, 2 C 26.97) befassten sich mit den Folgen einer MfS-Tätigkeit für eine Beamtenernennung (also mit der Rücknahme). Dabei war mit letzterem ein Fall aus Sachsen-Anhalt zu verzeichnen, in dem auch das Landesbeamtengesetz LSA am Bundesrecht gemessen und für in Ordnung befunden worden ist.

Die beiden Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (27.04.1999, 2 C 34.98 und 27.04.1999, 2 C 26.98) erläutern umfassend die Rechtslage bei der Entlassung/Rücknahme der Beamtenernennung bei früherer MfS-Tätigkeit. Anlass war die sächsische Regelung im Landesbeamtengesetz, die, anders als bei den entsprechenden Normen in Berlin, M-V, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sowohl in den Voraussetzungen als auch den Folgen von der Vorgabe im Einigungsvertrag (EV) abwich. Die sechs neuen Länder (einschließlich Berlins), die nach dem EV die dortige Sonderregelung übernehmen konnten, mussten sich an dessen Vorgaben orientieren, weil sich der EV in diesem Falle als Rahmenrecht präsentiert (d. h., dass die Länder nur entscheiden dürfen, ob sie die Regelung des Bundes übernehmen wollen oder nicht, sie aber nicht modifizieren dürfen). Die im EV geregelte Entlassung eines *Probebeamten* in dem Fall, in dem bei einem Arbeitnehmer die Kündigung des Arbeitsverhältnisses möglich wäre (etwa wegen MfS-Tätigkeit und Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung) konnte demnach nicht, wie in Sachsen geschehen, durch eine Rücknahme der Ernennung ersetzt werden.

Unabhängig davon ist aber (hier nicht zur Sprache gekommen) die Rücknahme der Ernennung wegen arglistiger Täuschung in Anlehnung an die entsprechende, ohnehin im Beamtenrechtsrahmengesetz enthaltene Regelung (LSA: § 12 LBG) bei Verschweigen der MfS-Mitarbeit trotz Nachfrage nicht ausgeschlossen.

Ein Hinweis: auffällig ist, dass in Brandenburg nicht einmal **versucht** wurde, diese Regelung des EV zu übernehmen.

Die Entscheidung des OVG Berlin (27.04.1999, OVG 8 A 2.98) befasste sich mit dem Umfang der Auskunftspflicht des BStU: nach dieser Entscheidung darf nicht nur der Abgeordnete als Arbeitgeber, sondern auch das Präsidium der gesetzgebenden Körperschaft, der er angehört, Auskunft über eine MfS-Mitarbeit verlangen. Nur das sächsische Abgeordnetengesetz sieht eine mögliche Maßnahme des Landtagspräsidiums vor: die Verweigerung der Übernahme der Personalkosten, die somit im entsprechenden Fall der Abgeordnete persönlich tragen muss.

Die Entscheidung des BVerfG (21.07.1999, 1 BvR 1584/98) befasst sich mit den Konsequenzen aus MfS-Mitarbeit. Danach darf auch eine Tätigkeit für das MfS, die 1972 „wegen Perspektivlosigkeit“ beendet wurde, für die Anfechtung eines Arbeitsvertrages wegen arglistiger Täuschung herangezogen werden, wenn Zeitablauf und Schwere der Verstrickung ordnungsgemäß abgewägt werden.

Die zwei Entscheidungen des BAG (29.04.1999, 2 AZR 470/98) und des BVerfG (26.11.1998, 1 BvR 2069/98) befassten sich mit der aktuellen beruflichen Tätigkeit von früheren Mitarbeitern des MfS (IM) bzw. der Staatsanwaltschaft der DDR. Im ersten Fall reichten die nur im Zusammenhang mit der viel umfassenderen Tätigkeit des Ehefrau als IM zu sehenden kurzen Berichte nicht aus, eine verhaltensbedingte Kündigung zu begründen. Hervorzuheben ist für diesen Fall, dass die Anstellung im neuen Arbeitsverhältnis erst im November 1990 erfolgte, also die Übergangsvorschriften des Einigungsvertrages keine Anwendung fanden. Im zweiten Fall (einstweilige Anordnung) wurde - zumindest vom Bundesverfassungsgericht - noch nicht zur Sache entschieden. Da aus Sicht des BVerfG noch zwischen der Vergangenheit der Anwältin und ihrem Interesse an der Fortführung ihrer Berufstätigkeit abzuwägen ist, darf sie zumindest bis zum Abschluss dieses Abwägungsprozesses noch als Anwältin tätig bleiben.

Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (20.05.1999, 6 AZR 610/97) erging zur Frage, ob die Fachschule für Staatswissenschaft „Edwin Hoernle“ in Weimar die Systemnähe ihrer Studenten vermuten lasse, so dass deren Beschäftigungszeiten in staatsnahen Positionen von der Anerkennung ausgeschlossen werden können (im Ergebnis: ja).

Freiberufler:

Die Entscheidung des BGH (22.03.1999, NotZ 33/98) stellt eine Folgeentscheidung zum 1995 erfolgten Widerruf der Bestellung zum Notar dar. Der ehemalige Leiter Staatlicher Notariate hatte auf die entsprechende Nachfrage seine Tätigkeit für das MfS gezeugnet und war nach zweieinhalb Jahren immer noch ungeeignet, wiederum eine Notariatsstelle zu besetzen (für die es übrigens keinen anderen Bewerber gab).

Des weiteren wurde in der (nicht rechtskräftigen) Entscheidung des VG Münster - Berufsgericht für Heilberufe (29.09.1999, 14 K 812/98.T) erstmals eine Maßnahme einer (West-)Ärztelkammer wegen eines ärztlichen Pflichtenverstoßes außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs (nämlich in der DDR bis 1989) gerichtlich gebilligt.

6.2. Strafverfolgung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität

6.2.1. Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung politisch motivierter und unter Missbrauch politischer Macht begangener Straftaten in der ehemaligen DDR

Zur Ermittlungstätigkeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Magdeburg 1999 wurde der Landesbeauftragten folgende Zusammenstellung übermittelt:

1. Zu den Geschäftszahlen:

	1999	seit 1991 insg.
Eingänge:	78	6.527
Erledigungen:	125	
davon Anklagen:	15	
Strafbefehlsanträge:	5	
Bestand: 31.12.1999	68	

Aufgliederung der Eingänge und des Bestandes:

	1999	seit 1991 insgesamt	Bestand 31.12.1999
Rechtsbeugung	12	4.722	28
Freiheitsberaubung	3	503	6
Tötungsdelikte, vers. Totschlag	15	86	6
Körperverletzung	19	366	13
politische Verdächtigung	2	236	—
Kindesentziehung	0	33	—
Sonstige	27	581	15
SUMME	78	6.527	68

2. Die im Jahre 1999 erhobenen 15 Anklagen sind durchweg wegen des Vorwurfs des Totschlags bzw. des versuchten Totschlags im Zusammenhang mit Vorkommnissen an der früheren innerdeutschen Grenze zu Schwurgerichtskammern erhoben worden. Sie richten sich gegen Offiziere der früheren Grenztruppen, die für die Erstellung und Aufrechterhaltung der Grenzsicherung durch Minen und Selbstschussanlagen verantwortlich gewesen sein sollen.

Die Strafbefehlsanträge aus dem Jahre 1999 richten sich in 2 Fällen gegen Bedienstete von Justizvollzugsanstalten wegen des Vorwurfs der Körperverletzung im Amt.

Die weiteren 3 Strafbefehlsanträge richten sich gegen frühere Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit wegen des Vorwurfs der gemeinschaftlichen versuchten Freiheitsberaubung und falscher Verdächtigung.

Im Jahre 1999 ist 1 Angeklagter wegen des Vorwurfs des Totschlags an der innerdeutschen Grenze zu einer Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt worden. Dieses Urteil ist rechtskräftig.

Ein weiterer Angeklagter ist wegen Mordes zu einer Freiheitsstrafe von 4 Jahren verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte kein Rechtsmittel eingelegt. Inwieweit die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision durchgeführt werden soll, wird nach Eingang der schriftlichen Urteilsgründe entschieden werden.

Seit Oktober 1999 wird von der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Stendal gegen 7 frühere Stabsoffiziere des Grenzkommandos Nord wegen Totschlags bzw. versuchten Totschlags verhandelt. Gegenstand der Anklage ist der Vorwurf, für den Tod von Flüchtlingen durch den Erlass von Grenzsicherungsbefehlen verantwortlich gewesen zu sein. Die Hauptverhandlung wird voraussichtlich noch bis über den Februar 2000 hinaus andauern.

Weiterhin wird derzeit von einer großen Strafkammer des Landgerichts Halle gegen 7 frühere Richter und Staatsanwälte wegen des Vorwurfs der Rechtsbeugung verhandelt. Die Hauptverhandlung wird bis in den Februar 2000 hinein andauern.

3. Bei den Landgerichten Stendal und Magdeburg sind derzeit 26 Anklagen wegen des Vorwurfs des Totschlags bzw. versuchten Totschlags an der innerdeutschen Grenze anhängig. Auch im Jahre 1999 sind von den Landgerichten nur sehr schleppend Hauptverhandlungstermine anberaumt worden.

4. Der Schwerpunkt der Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft im Jahre 2000 wird darin liegen, die bei der Schwerpunktabteilung noch anhängigen 13 Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Körperverletzung im Zusammenhang mit der Verabreichung von Dopingmitteln an Sportler rechtzeitig vor dem Verjährungseintritt am 03.10.2000 zum Abschluss zu bringen.

Diese Ermittlungsverfahren richten sich gegen insgesamt noch 112 beschuldigte Trainer und Ärzte der Sportvereine SC Magdeburg und Chemie Halle. In diesen Ermittlungsverfahren werden die Ermittlungen durch die Schwerpunktabteilung mit äußerstem Nachdruck geführt, damit ein Abschluss der Ermittlungen vor Verjährungseintritt erfolgen kann. Es lässt sich jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt absehen, dass es in diesen Ermittlungsverfahren nicht zu Anklageerhebungen kommen wird.

6.2.2. Verfahren an den Landgerichten in Sachsen-Anhalt (im Einzelnen)

6.2.2.1. Hauptverhandlung vor der 1. Strafkammer des LG MD (21 Ks 9/95)

Der Angeklagte erschoss am 30. September 1965 um 5:20 Uhr bei Dunkelheit und Regen als (nicht bestätigter) Postenführer an der (Zonen-)Grenze bei Osterode einen unter Führung eines Leutnants als (unangekündigte) Kontrollstreife unterwegs befindlichen Soldaten. Beide waren zu diesem Zeitpunkt Wehrpflichtige und erst drei Tage zuvor aus der Ausbildungseinheit an die (Zonen-)Grenze versetzt worden. Der Angeklagte gab im genannten Verfahren an, nur einen Warnschuss abgegeben haben zu wollen; der ungezielte Schuss habe den Soldaten nur zufällig getroffen.

Das Gericht stellte zur inneren Tatseite des Angeklagten fest, dass dieser wußte, dass die Lichtquelle von einem Menschen gehalten wurde, und mit dem Schuss aus der MP dessen Tod vorhersah und billigend in Kauf nahm. Zu dem Fragen der Anwendung der Strafnormen, der Rechtfertigung durch Befehle und der Verjährung bezog sich das Gericht auf die Urteile des BVerfG und des BGH und verurteilte zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung.

6.2.2.2. Hauptverhandlung wegen Totschlags im Kontrollstreifen vor der 2. Strafkammer (Schwurgericht) des LG Stendal (502 Ks 21/95)

Der Angeklagte und der später Getötete waren am Abend des 18. August 1966 mit mehreren Soldaten ausgegangen. Auf Frage sagte der Angeklagte zu, beim Verlassen der DDR mitzukommen. Der später Getötete besorgte nach Rückkehr in die Kaserne als Waffenunteroffizier zwei „Makarov“-Pistolen mit Munition. Dann verließen beide - schon nach Mitternacht - die Kaserne erneut und bewegten sich Richtung Grenze. Als der später Getötete auf dem 6-Meter-Kontrollstreifen angelangt war, schossen sowohl er als auch der Angeklagte, wobei die Reihenfolge der Schüsse noch aufzuklären ist. Dabei fiel der tödliche Schuss. Der Angeklagte wurde vorläufig festgenommen und nach der Verbringung nach Berlin am 20. August ab 0.30 Uhr durch einen Hauptmann des MfS verhört. Beide an dem Vorfall Beteiligten waren,

ohne dies voneinander zu wissen, für die „Abwehr“ tätig. Nach dem Vorfall wurde der Angeklagte u. a. hauptamtlicher Ermittler für das MfS im Grenzgebiet. Er wurde nun zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

6.2.2.3. Hauptverhandlung gegen die ehemaligen Oberste der Grenztruppen Kaltoven, Hamberger, Gäbler, Heinig, Schumacher, Boraschke und Banisch vor dem LG Stendal (502 Ks 16/95) ab 28. September 1999

Die einzelnen Anklagepunkte werden in den folgenden Tabellen zusammengefasst. Der Antrag des Angeklagten Hamberger, das Verfahren gegen ihn wegen Verhandlungsunfähigkeit einzustellen, wurde zunächst abgelehnt, ihm wurde aber am 19. Januar 2000 schließlich entsprochen.

Name	Funktion	Geburtsdatum	angeklagt: Fälle
Kaltoven	Chef des Stabes	25.08.28	8-10 (2 Taten)
Hamberger	Ausbildung	20.01.29	1, 2 (2 Taten)
Gäbler	Politische Abt.	25.09.28	2-4 (3 Taten)
Heinig	Ausbildung	13.05.33	5-8 (3 Taten)
Schumacher	tech. Ausrüstung	09.10.39	5-10 (4 Taten)
Boraschke	Politische Abt.	20.02.46	8-10 (2 Taten)
Banisch	Ausbildung	10.07.47	9, 10 (1 Tat)

Fall	Befehl	Datum	Vorfall (v. a. versuchter Totschlag)	Anmerkungen
1	40/71	07.04.72	Schüsse, 1 Flucht (+), 1 (-)	1 Vollendung sofort
2	40/72	Dez. 72	Selbstschußanlage	Vollendung, 17.01.73
3	40/73	14.07.74	Splittermine	Vollendung, 15.07.74
4	40/75	15.09.76	Splitterminen, zwei 15jährige	eine Tat
5	40/79	07.04.80	Splittermine	Vollendung, 11.05.80
6	40/81	Jan. 82	2 Splitterminen	vom Gericht als eine
7	40/81	(?) 82	Splittermine	Tat zusammengefaßt
8	40/82	10.10.83	4 Splitterminen	
9	40/83	16.12.83	Splittermine	vom Gericht als eine
10	40/83	26.06.84	5 Splitterminen	Tat zusammengefaßt

Dabei lautet die Anklage versuchten (wo in der Tabelle markiert, zum vollendeten) Totschlag und vollendete gefährliche Körperverletzung. Als Strafnormen anzuwenden sind die Regelungen des DDR-StGB, wobei nach einem Vergleich mit dem gegenwärtig geltenden StGB das mildere Recht an-

zuwenden ist. Im Rahmen des Verfahrens wurden mehrere an der (Zonen-) Grenze Verletzte als Zeugen gehört. Kaltofen, Gäbler und Boraschke wurden zu Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt, Heinig, Schumacher und Banisch mangels Verantwortung für die Minenanlagen freigesprochen.

6.2.2.4. Verfahren in Halle am 8. Februar 2000 (23 KIs 7/2000, alt: 14/99)

Am 14. Juni 1988 wurde Frau K. aus Halle-Neustadt verhaftet. Die ex-Richterin Hunger, der ex-Staatsanwalt Hornickel und die ex-Staatsanwältin Manneck, deren Verfahren von dem des ex-Vorsitzenden Richters Neugebauer (u. a.) abgetrennt worden war, wurden zu Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt. Das Gericht traf folgende Feststellungen: Herr Hornickel stellte nach Anbringung des „A“ im Fenster den Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen Frau K., Frau Hunger stellte den Haftbefehl als Haftrichterin aus und Frau Manneck erarbeitete die Anklageschrift gegen Frau K., ohne sie allerdings zu unterschreiben. Aufgrund dieser Handlungen wurde Frau K. eingesperrt; da dies unter Überdehnung des einschlägigen DDR-Straftatbestandes geschah, wertete das Gericht dies als Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung (im Fall Manneke nur als Beihilfe). Jedem der Verurteilten wurde als Bewährungsaufgabe eine Zahlung von 500 DM an amnesty international aufgegeben. Die mit angeklagten Richter, die an der Verurteilung und der Ablehnung der Haftbeschwerde beteiligt waren, wurden freigesprochen, weil nur jeweils zwei (von drei) in der Urteilsberatung für die Verurteilung stimmen mussten und nicht festgestellt werden konnte, ob nicht doch einer von ihnen dagegen gestimmt hatte. Ein Zusammenwirken bei der Verurteilung wurde verneint.

6.2.3. Verfahren im übrigen Bundesgebiet

Mauerschützen:

Bei der Entscheidung (BGH, 28.10.1998, 5 StR 176/98) handelt es sich um die Straffreiheit der für den Schießbefehl Verantwortlichen wegen Rücktritts (freiwillige Aufgabe eines noch möglichen Tötungsunternehmens). Nach dieser Entscheidung sind nur Strafen wegen vollendeten Totschlags zu verhängen, für die Jahre, in denen „nur“ Verletzte aufgetreten sind, kommt nur eine Strafbarkeit wegen gefährlicher Körperverletzung in Betracht.

Entscheidung im Politbüro-Prozess (BGH, 08.11.1999, 5 StR 632/98) gegen Krenz, Kleiber, Schabowski in der Revisionsinstanz vor dem BGH: Das Landgericht durfte die von den Angeklagten als Zeugen geforderten Personen nicht hören, indem es ihre Aussage als wahr unterstellte: „Die DDR war in Bezug auf ihr Grenzregime nicht souverän“; trotzdem verblieben nach der Feststellung des LG genug Spielräume, die die Angeklagten nicht nutzten,

um das Leben der Grenzverletzte zu schützen. Damit hatten sie ausreichende Tatherrschaft. Zudem wollten sie selbst das Grenzregime, um ihre Herrschaft zu sichern. Nach DDR-Recht wären sie als Anstifter zum Mord zu bestrafen, nach dem StGB nur als Anstifter zum Totschlag. Die Strafzumessung des LG sieht der BGH als ausreichend begründet an; zusätzlich (ohne Änderung des Strafmaßes) nimmt er auf eine mögliche völkerrechtliche Beispielwirkung Bezug.

Im Verfahren vor dem LG Flensburg (23.12.1999, I KIs 24/99 - 104 Js 4011/98) ging es um ein Maueropfer, das nicht verletzt, sondern nach Erreichen westdeutschen Gebiets wieder in die DDR zurückgeschleppt wurde.

Rechtsbeugung:

Die beiden Entscheidungen des LG Berlin (31.05.1999, (534) 30 Js 85.98 KIs (20.98)) und des BGH (03.06.1999, 5 StR 190/99 (alt: 5 StR 203/98)) befassten sich mit dem Vorwurf der Rechtsbeugung gegenüber Richtern/Staatsanwälten der ehem. DDR wegen Haftstrafen, die gegen Ausreisewillige verhängt wurden. Soweit die Ausreisewilligen nicht „demonstrativ-provokatorisch“ aufgetreten waren, wurde eine Strafbarkeit bejaht (die Verurteilung hätte auch nach dem StGB der DDR zur strafrechtlichen Verantwortung der Richter/Staatsanwälte führen müssen).

Die Gerichtsentscheidung des BGH (10.12.1998, 5 StR 322/98) befasst sich mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Amtsträgern der DDR für den Verstoß gegen die Rechtsordnung der DDR selbst bzw. der allgemeinen Menschenrechte bei der Amtsausübung. In diesem Fall wurde mit dem Drehbuch des MfS und mit persönlicher Billigung Honeckers ein politischer Gegner in zwei „Scheinjustiz“-verfahren (so der BGH) seiner Bewegungsfreiheit und seines Vermögens (Devisen) beraubt.

Von den Entscheidungen des LG Cottbus (03.08.1999, 22 KIs 60/98 und 14.05.1997, 22 KIs 16/96) befasste sich die erste mit der strafrechtlichen Verantwortung für die Misshandlung von Häftlingen im Strafvollzug. Der Verurteilte musste seine Strafe aber nicht einmal antreten. Im zweitgenannten Fall wurden mit Billigung der für die Aufsicht in den Haftanstalten zuständigen Staatsanwaltschaft und - zumindest durch die Einlieferung der politischen Gefangenen - vom Staatssicherheitsdienst geförderte Häftlinge misshandelt, obwohl dies in den einschlägigen Normen untersagt war.

6.2.4. Die Arbeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft und der ZERV

Zur Aufgabenstellung der *Zentralstelle zur Unterstützung der historischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts*, die von Generalstaatsanwalt Christoph

Schaefgen, ehemals Leiter der Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin, geleitet wird:

Anschrift der Behörde: Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin (im Haus der Senatsverwaltung für Justiz), Telefonnummer (030) 90 13-31 27.

Ihre Aufgabe soll sein, die mehreren tausend Ermittlungsverfahren zur Regierungs- und Vereinigungskriminalität, die nur zu einem geringen Teil in Strafverfahren zu Anklage oder gar Verurteilung geführt haben, für die wissenschaftliche Forschung und Aufarbeitung zur Verfügung zu stellen und zu erläutern. Hierzu steht er als Strafrechtler zur Verfügung. Somit ist er für Anfragen, die sich auf die strafrechtliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts beziehen, die richtige Adresse.

Betreffend die Ermittlungen zur Gesundheitsbeschädigung von MfS-Inhaftierten durch Röntgenstrahlen: Es sind schon 6 Strafanzeigen bei der ZERV in Sachsen-Anhalt eingegangen; zusätzlich hat die Gedenkstätte Moritzplatz schon alle (dort bekannten) in Betracht kommenden ehemaligen Häftlinge im Bereich Sachsen-Anhalt angeschrieben. Zudem wird nunmehr in den Akten des BStU nach Hinweisen geforscht, die für das Ermittlungsverfahren mindestens ebenso wichtig wären, wie Aussagen von möglicherweise Geschädigten. Die ZERV ermittelt weiterhin mit der Einschränkung, dass sie keine Forschungstätigkeit vornimmt, sondern nur auf konkrete Strafanzeigen hin ermittelt und zudem eine Körperverletzung unter Umständen schon verjährt sein kann.

6.3. Zum abschließenden Bericht über die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission

Die aus dem Internet unter <http://www.truth.org.za/final/execsum.htm> zu ladenden Dateien sind geordnet nach Kapitel bzw. Unterkapiteln und umfassen je bis zu rund 170 Seiten; insgesamt kann der Umfang der Dokumente auf 2.000 bis 3.000 Seiten geschätzt werden.

Seitens der Republik Südafrika ist weder eine Übersetzung ins Deutsche geplant noch das Vorliegen einer deutschen Übersetzung bekannt. Möglicherweise wird aber der Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission als Vorlage für vergleichbare Institutionen für die Zukunft als EU-Dokument in alle Amtssprachen übersetzt.

Zur Entschädigung für die Opfer wurde eine weitere (Unter-)Kommission eingesetzt, deren Finanzierung aber noch nicht gesichert ist. Die Kriterien für die Entschädigungsleistungen sind derzeit in Südafrika in der Diskussion.

ANHANG 1

Auszug aus der Broschüre „Sachbeiträge“ Nr. 12

Juni 1989: ... daß 40 Fahrzeuge zur Zeit nicht einsatzbereit sind. 10 Fahrzeuge davon schon über Wochen. Grund dafür sind fehlende Ersatzteile

Rat des Bezirkes Halle

Halle d. 7. 6. 89

Abtlg. Handel u. Versorgung

Leiter der Inspektion

Einschätzung der gegenwärtigen Versorgungslage

1. Entwicklungstendenz

Die in den vergangenen Tagen und Wochen hohen Temperaturen zeigten deutlich, wie instabil unsere Getränkeversorgung im Bezirk ist. Es muß eingeschätzt werden, daß die Lage nicht mehr beherrscht wurde. Grund dafür sind mangelnde Organisation, kein Schichtbetrieb, durch fehlende Arbeitskräfte in einigen Getränkebetrieben, sowie Ausfall der Anlagen. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Gen. Kolodniak führte aus diesem Grund mit einer Arbeitsgruppe am 5. 6. 89 eine Arbeitsberatung und eine Besichtigung der Getränkebetriebe Ha. Neu und Halle im Getränkekombinat durch. Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Fahrzeugproblematik im Backwarenkombinat. Zur Bezirksversorgungskommission am 31. 05. 89 berichtete Gen. Rattey amt. KD, daß 40 Fahrzeuge zur Zeit nicht einsatzbereit sind. 10 Fahrzeuge davon schon über Wochen. Grund dafür sind fehlende Ersatzteile. Dadurch kommt es in einigen Kreisen wie z. B. in Hettstedt zu verspäteten Lieferungen von Brot u. Brötchen. Zur Zeit wird mit dem KIW-Halle beraten, um die Fahrzeuge wieder zur Verfügung zu bekommen.

2. Frischwarenversorgung

- *Im Sortiment Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren gibt es zur Zeit keine größeren Probleme. Nicht 100 %ig kann mit Kamm und Schnitzel versorgt werden (Grillsaison). Dafür stehen aber ausreichend Grillwürstchen zur Verfügung.*
- *Im Sortiment Geflügel kann bedarfsgerecht mit Kaninchen, Enten und Gänsen versorgt werden. Alle übrigen Sortimente wie Broiler oder portionierte Waren, reichen für eine durchgängige Versorgung nicht aus.*
- *Mit Frischbackwaren, Milch und Molkereierzeugnissen wird kontinuierlich versorgt. Aufgrund des überalterten Fuhrparks und der unzureichenden*

Bereitstellung von Ersatzteilen treten immer häufiger Ausfälle auf, die Versorgungsstörungen zur Folge haben.

- Die Versorgung mit Bier und alkoholfreien Getränken wird täglich durch den Getränkestab des Rates des Bezirkes geleitet. Der Bedarf an Getränken ist sehr hoch und kann von der Getränkeindustrie bei Bier mit 90-93 % und bei alkoholfreien Getränken nur mit 88-90 % abgesichert werden. Täglich trat in Halle ein Fehl von 10-15 T Kästen AFG auf. Im operativen Getränkestab wurde festgelegt:
- In allen Betrieben, wo zur Zeit noch 1-schichtig produziert wird, sind sofort die Voraussetzungen für eine 2-schichtige Produktion zu schaffen.
- Zur schnelleren Rückführung des Leergutes am Sonnabend und Sonntag ist durch den Handelstransport soz. Hilfe zu leisten.
- Durch Vertreter des Operativstabes sind mit allen Vorsitzenden der Räte der Kreise, in denen der Anteil loser Ware noch unter 2 % liegt, vor Ort Gespräche zu führen und die entsprechenden Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils Faßware festzulegen.
- Im März und April wurde der Vorsitzende des Ministerrates über die unzureichende Bereitstellung mit Speiseeiskrem informiert. Mit Ministerratsbeschuß vom 27. 4. 1989 wurde festgelegt, daß die Zuführungen aus anderen Bezirken auf der Grundlage der Verträge von 1987 zu realisieren sind. Auf dieser Grundlage hat der Kühlbetrieb Halle die Lieferpartner der Bezirke Suhl, Leipzig und Magdeburg zum Vertragsabschluß aufgefordert. In der Bezirksversorgungskommission am 24. 5. 1989 teilte der Direktor des VEB Kühlbetriebe Halle dazu mit, daß alle 3 Lieferpartner Absagen erteilt haben. Die Vorsitzenden der genannten Bezirke wurden mit Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle aufgefordert, die Realisierung des MR-Beschlusses im vollem Umfang durchzusetzen.
- Bei Obst und Gemüse erweitert sich jetzt täglich das Angebot. Vom Kombinatdirektor Gen. Wessel wurde eingeschätzt, daß im Juni die doppelte Menge an Frischgemüse zur Verfügung steht, als im Vorjahr. Schwerpunkt bildet hier der Schnellumschlag, um der Bevölkerung das Gemüse so frisch wie möglich anzubieten.

3. Industriewaren

- Die Einkaufshandlungen zur Versorgung der Bevölkerung im 2. H. J. 1989 mit Konfektion und Meterware ist abgeschlossen. Es machen sich jedoch noch weitere Nachkaufshandlungen notwendig.

- So konnten im Fachhandel Herrenoberbekleidung keine kontinuierlichen Lieferanteile pro Monat gesichert werden. In der HOB sind im 2. H. J. 1989 keine sichtbaren Fortschritte bzw. Neuentwicklungen erkennbar.
- In der Damenoberbekleidung wird eingeschätzt, daß die disponierte Ware verkaufsfähig ist, jedoch auch hier keine erkennbaren Höhepunkte in Gestaltung und Materialeinsatz sichtbar werden. Attraktive Modelle werden aufgrund zu geringer, zentral gesteuerter Losgrößen, nicht sichtbar. Auch hier sichern die Liefertermine keine durchgängige Versorgung. Bei Kinderoberbekleidung wird eine gute Versorgung gewährleistet.
- Große Probleme gab es beim Einkauf der Jugendmodesortimente. Es wird eingeschätzt, daß in der Kollektion keine Fortschritte zu erkennen sind. Durch die Reduzierung der Importe, ist ein Niveaurückgang zu verzeichnen.
- Wegen schlechter Gestaltung, Farbgebung und Materialprobleme wurden eine Reihe von Sortimenten von den Einkaufskollektiven nicht abgekauft. Es gibt aber bis jetzt auch noch keinen Ersatz dafür. Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß sich das Versorgungsniveau gegenüber dem Vorjahr und dem 1. H. J. 1989 nicht verbessert.

Es ist zu verzeichnen, daß der Anteil der DDR Bekleidungsindustrie zur Versorgung der Bevölkerung von Jahr zu Jahr geringer wird. Hier gilt es zentrale Maßnahmen zu veranlassen. Die 30 Mill. Lieferrückstände bei Konfektion/Meterware aus dem Monat April konnten auch im Mai nicht reduziert werden.

4. Stimmungen und Meinungen Besonders negative Stimmungen gab es zur Getränkeversorgung. Die stellv. Vorsitzende für Handel u. Versorgung Ha. Neu Genossin Helga Gries, berichtete darüber in der BVK am 31. 5. 1989. Die Leute hätten die Verkäuferinnen beschimpft und Schläge angedroht, weil sie in den KH keine leeren Flaschen mehr annehmen konnten. Es wurden die leere Flaschen in die KH geworfen usw.. Sie persönlich hat man wegen der Getränkesituation telefonisch zu Hause angerufen und beschimpft bis an die Grenze des erträglichen.
5. Persönliche Schlußfolgerungen Die Situation bei Getränken im Bezirk ist seit Jahren bekannt. Die Versorgung ist ja nicht mal bei kühlerer Jahreszeit stabil. Hier müßten meiner Meinung nach doch endlich einmal entscheidende Maßnahmen eingeleidet werden. Ich meine, politisch kann dies keiner mehr verantworten. Es müssen nun endlich Entscheidungen getroffen werden wie:
 - Welche Kapazitäten haben wir im Bezirk

- *in welchem Zustand sind die einzelnen Betrieben und deren Anlagen*
- *welcher Transportraum steht zur Verfügung und in welchem Zustand befinden sich die Fahrzeuge*
- *Wie sieht die Qualität der Leitungskader im Getränkekombinat aus. Daraus müssen Schlußfolgerungen gezogen werden z. B. was können wir im Bezirk schnell verändern und welche Probleme an die Regierung herangetragen werden, damit zentrale Entscheidungen herbeigeführt werden können. Die vorgenannten Notwendigkeiten sind den verantwortlichen Genossen bekannt. Jedoch Entscheidungen zur Erweiterung der Produktion (Neuinvestition) und zur Vergrößerung der Transportkapazität sind noch nicht getroffen. Es wird versucht, operativ aus den gegenwärtig Vorhandenen das Maximale herauszuholen.*



Quelle: BStU, ASt Halle, BV Hle, Abt. XVIII, VIII 2115/80 (GMS „Bär“), Band 3, Bl. 6-10

ANHANG 2

Die Auflösung des MfS in Magdeburg und Halle

(Mitschnitte von Referaten einer Veranstaltung im Historischen Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V. 1997)

Bürgerkomitee Magdeburg

(Harald Wernowsky:)

Zur Gründung des Bürgerkomitees und den ersten Aktionen

Am 5.12.1989 nachmittags fand ein „Rathausgespräch“ statt, bei dem es u. a. um die Gründung des Runden Tisches ging. Das war so eine Art Krisensitzung, nur mit den Oppositionsgruppen. Anwesend waren Gerd Ruden von der Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM), Dr. Polte und Herr Schindel von der Sozialdemokratischen Partei (SDP), Norbert Bischoff für den Katholischen Koordinierungsausschuß, Pfarrer Dr. Loettel für den Demokratischen Aufbruch und Pastorin Zachuber und Pfarrer Quast für die Domgemeinde, von der die Montagsdemonstrationen ausgingen. Vom Rat der Stadt waren es Dr. Ullrich, amtierender Oberbürgermeister (sein Vorgänger Herzig war nach der Demonstration am 8.11. zurückgetreten), Dr. Nothe, Stellvertreter des OB für Inneres (wie sich später herausstellte Offizier im

besonderen Einsatz (OibE) des MfS) und Herr Zürcher, Verantwortlicher für Kirchenfragen.

Es standen verschiedene Fragen im Mittelpunkt: Wie geht es weiter bis zur Neuwahl? Was wird bis zur Wahl und danach? Wie soll die Verwaltung weiterarbeiten? Wie weit gehen die Forderungen nach Veränderung? Wie können die Oppositionsgruppen arbeitsfähig werden? Forderungen nach gesetzlichen Freistellungen von der Arbeit für diese Tätigkeit (Dr. Polte). Forderung nach einem Rücktritt des Rates der Stadt, nach einer Interimslösung, Teilnahme als „Gruppe der 20“ am Rat (Pastorin Zachuber). Forderung nach Vertrauenspersonen, nach einem Bürgerkomitee (Norbert Bischoff). Forderung nach dem, was sofort zu tun ist: Die Stasi, die Aktenräume versiegeln, die SED-Financen offenlegen. Staatskrise! Sicherung der Stasi-Objekte - das war der Tenor dieser Sitzung. Aus diesem Kreis haben sich Norbert Bischoff, Gerd Ruden und Pastorin Zachuber sofort bereit erklärt, im Bürgerkomitee mitzuarbeiten. Es wurde von den anwesenden Vertretern der Oppositionsgruppen sofort eine Liste mit 15 Kandidatenvorschlägen für das Bürgerkomitee zusammengestellt, die folgende Zusammensetzung ergab: sechsmal IFM, viermal Demokratischer Aufbruch, zweimal Katholische Kirche, zweimal aus der Domgemeinde und einmal aus der SDP. Die 15 Leute wurden umgehend über ihre Gruppen benachrichtigt.

Es ist bis heute nicht geklärt, wieso keine Vertreter des Neuen Forums (NF) bei dem Gespräch anwesend waren. Entweder hat sie die Einladung zum Treffen nicht rechtzeitig erreicht oder jemand hat sie bewußt draußen gelassen. Vertreter des NF waren ja schon am Vortag in Magdeburger Stasi-Objekten unterwegs. Sie wollten den Gerüchten über Aktenvernichtungen nachgehen und diese Vorgänge unterbinden. Das Neue Forum hat dann am 6.12. sechs Kandidaten für das Bürgerkomitee nachgemeldet.

Von meiner Nominierung für das Bürgerkomitee habe ich am Abend des 5.12. in der Stadthalle durch Birgit Engel (IFM) erfahren. Dort war die Vollversammlung des Neuen Forums (NF), in welcher dessen Satzung beschlossen werden sollte. Während der Satzungsdiskussion wurde mehrfach in Aufrufen über das Mikrofon mitgeteilt, daß die Stasi Unterlagen vernichtet, daß wir doch diese Sitzung beenden sollten und die Stasi-Objekte umstellen sollten. Wir haben zuerst gedacht, geschickter Schachzug der Stasi, die wollen also nicht, daß wir die Satzung des Neuen Forums heute abend verabschieden. Nach der Verabschiedung der Satzung gingen Gruppen zu einzelnen Stasi-Objekten und haben diese von außen gesichert. Es standen oft schon Leute davor. Soviel über diesen Tag.

Wir haben uns dann am nächsten Tag (6.12.) um 13 Uhr im Rathaus getroffen, haben eine Legitimierung bekommen, auf der unsere volle Adresse stand, (damit jeder, dem wir sie vorzeigen, auch schön sehen konnte, wo wir wohnen,) und daß wir das Recht haben, alle staatlichen Dienststellen zu kontrollieren und beim Verdacht auf Aktenvernichtung die Staatsanwaltschaft hinzuzuziehen. Also sehr gut alles vom OibE Dr. Nothe vorbereitet. Wir meinen, daß aufgrund der Zusammenstellung dieser Liste die Stasi ca. 18 Stunden Vorlauf hatte, um in den Archiven abzuchecken, wer wir sind. Wir haben nach kurzer Besprechung vier Gruppen gebildet und als erstes folgende Objekte kontrolliert: Bezirksdienststelle, Kreisdienststelle, die MfS-Untersuchungshaftanstalt (das Gefängnis hier am Moritzplatz), dann an der Autobahn ein Objekt der Abt. VI. So ging es eigentlich los. Dann folgte im Prinzip zwei Tage hineinarbeiten in die Problematik, nach der Kontrolle von Einzelobjekten sind alle Bürgerkomiteemitglieder immer wieder zur Kontrollgruppe in der Bezirksverwaltung gestoßen. Am 7.12. um 17 Uhr fand die erste Sitzung aller Bürgerkomiteemitglieder in der Bischöflichen Propstei statt. Es wurden die ersten 24 Stunden der Arbeit ausgewertet. Zu dieser Beratung stieß der Regierungsbeauftragte Dr. Stranz hinzu, der den Ministerratsbeschuß vom gleichen Tag mitbrachte.

Am 8.12. erfolgte die Räumung des Inventars der vom Neuen Forum besetzten MfS-Kreisdienststelle Klötze unter Aufsicht von zwei Bürgerkomiteemitgliedern. Nach drei Tagen kamen die Kontrollgruppe in der Bezirksverwaltung gegen 17 Uhr zu der Erkenntnis: Es ist nichts zu bewegen! Eine Bezirksdienststelle von ca. 1 qkm ist nicht zu überwachen, wenn etwa acht Räume von 800 versiegelt sind. Die Verhandlungen drehten sich seit Stunden im Kreise. Nachdem dann einigen Leuten von uns der Kragen geplatzt war, haben wir dann an den Regierungsbevollmächtigten Dr. Stranz ultimativ die Forderung gestellt, das Objekt innerhalb von 24 Stunden zu schließen. Er soll Modrow anrufen, soll das klar machen. Wir haben gesagt: Wir warten bis um 19 Uhr in der Propstei auf eure Nachricht, wenn ihr das nicht macht, werden wir uns als Bürgerkomitee auflösen. Dann sollen die Bürger vor dem Objekt, die ja stündlich von uns über den Stand der Verhandlungen informiert wurden, hiermit machen, was sie wollen. 5 Minuten vor 19 Uhr klingelte das Telefon, Dr. Stranz teilte mit, Modrow hätte der Schließung der Bezirksverwaltung zugestimmt. Wir sollen hinkommen, um die Übergabeverhandlungen zu machen. Als wir dort waren, wollte man uns einen Auflösestab von über 200 Mann dalassen, wir haben die in der ersten Runde auf 120 Mann heruntergehandelt. Davon durften maximal 70 gleichzeitig im Objekt sein.

Das war so der Beginn. Ich meine, die Arbeit, die dann kam, war, überhaupt erst die Kenntnisse zu erlangen, was ist in den Objekten los und was machen die da? Wer hat die Akten versiegelt? Was gibt es noch für Möglichkeiten, diese zu sichern? Welche Objekte gibt es noch? Wie ist die Personalstruktur? Was beinhalten die Akten? Und und und ...?

Dieses Häuflein der ersten 15, zu denen dann noch ein paar dazu kamen, drei vom Neuen Forum, noch einer von der SDP, hat dann irgendwie versucht, da durchzusteigen. Die ersten sind zum 31.12. mit den Worten ausgestiegen: „In diese Scheiße wollen wir nicht tiefer reinfassen!“ Auf unserem Hilferuf im Dom vor der Montagsdemo kamen ein paar neue Helfer. Aber mehr als zwanzig wurden wir nie.

Wir haben bis zum Sommer 1990 keinen Leiter des Bürgerkomitees benannt, haben das bewußt nicht gemacht, um niemand besonders zu gefährden. So fuhren dann immer zwei Leute zu den Koordinierungstreffen und ansonsten wurde kollektiv geleitet.

Das Jahr 1990

Wie ging das dann weiter, wie sah die praktische Arbeit aus? Wir hatten am 19.12.89 eine Arbeitsgruppe „Akten“ gebildet, bestehend aus einem Vertreter der Regierungskommission, zwei Mitarbeitern der VP, zwei Staatsanwälten, einem Rechtsanwalt, zwei Mitgliedern des Bürgerkomitees, Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche und des Neuen Forums. Später kamen noch zwei Mitarbeiter des Staatsarchivs Magdeburg hinzu. Es ging erstmal darum, einen tieferen Einblick zu bekommen, wie sind die Akten aufgebaut, was steht da drin. Um darauf aufbauend den Entscheidungsvorschlag zu erarbeiten, wie gehen wir mit dem Schriftgut um. Außerdem übernahmen Mitglieder der Kommission die Kontrolle bei der Umlagerung des Schriftgutes aus den Arbeitsräumen in die neu gebildeten Archivbereiche. Durch die evangelische Kirche wurde uns u. a. der Kirchenjurist Dr. Hammer für die Kommission vorgeschlagen, der uns beraten sollte. Wie sich später herausstellte war der 1991 verstorbene Dr. Detlef Hammer seit 1977 OibE. Es ist bis heute nicht identifizierbar, was Anfang 1990 ggf. noch durch ihn hinter den Kulissen gelaufen ist. Wir hatten die Archive äußerlich relativ gut gesichert und denken nicht, daß da irgendeiner einbrechen konnte. Falls da noch irgend etwas gelaufen ist, kann das unseres Erachtens nur gedeckt passiert sein.

Die Arbeitsgruppe „Akten“ hat in dieser Zusammensetzung bis zum Februar gearbeitet. Wir haben in 7 Vorschlägen den Beschluß zum Umgang mit dem

Schriftgut des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit erarbeitet und in der Volksstimme veröffentlicht. Die wesentlichste Aussage dieser vierseitigen Vereinbarung war, es wird kein Blatt Papier vernichtet, bis eine neu gewählte Regierung zum Umgang mit den Unterlagen etwas beschließt. Das einzige, was wir in gewissem Umfang zugelassen haben war, daß Material, das bereits durch den Reißwolf gegangen war, abtransportiert werden durfte, ebenso die Westillustrierten, die aus den Paketen genommen wurden, einfach um Platz zu schaffen. Das eigentliche Problem war die Kontrolle solcher Transporte, daß sie nicht mißbraucht wurden, um Schriftgut rauszuschmuggeln. Ein weiteres Problem war für uns, auch später, die differenzierte Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Staatsarchivs. Wir erhielten Hinweise, daß der Leiter des Staatsarchivs IM sei, konnten es aber zu diesem Zeitpunkt nicht nachweisen. Die Zusammenarbeit mit der Regierungskommission, insbesondere seinem Leiter, Dr. Stranz, war teilweise konstruktiv, er war ein recht umgänglicher Mensch. Er hatte in Magdeburg Maschinenbau studiert und da gab es Anknüpfungspunkte. Er hat uns auch einige Tips gegeben, die er vielleicht hätte nicht geben brauchen. Und er hat dann auch den Vorschlag gemacht, ob denn nicht einer vom Bürgerkomitee die Leitung des staatlichen Komitee für den Bezirk Magdeburg übernehmen will. Andererseits müssen wir annehmen, daß er wie die anderen Leiter der Regierungskommissionen ebenfalls OibE war. Den Vorschlag zur Übernahme des Staatlichen Komitees haben wir wahrgenommen. Ich wurde Leiter und hab verlangt, daß mein Stellvertreter aus dem Bürgerkomitees kommt (erst Wolfgang Thalheim, dann Bernhard Notheis) und ansonsten nur ein Berater aus dem Rat des Bezirkes dazu kommt. Das hat dann auch so geklappt. Ursprünglich war jemand ganz anderes vorgesehen. Das Protokoll vom 19.2.90 habe ich, das war ein Siegfried Gebhardt aus der Bilanzinspektion der ehemaligen Staatlichen Plankommission. Den hatte man also dafür vorgesehen. Die MfS-Leute, die im Protokoll vorgeschlagen wurden, die sind dann also auch erstmal so übernommen worden: Leiter Finanzen, Stellvertreter Kaderleitung und dann noch je eine Mitarbeiterin für diese Bereiche sowie für die Bereiche Kfz und Liegenschaften. Daneben gab es anfangs noch bis zu 60 ehemalige MfS-Mitarbeiter zur Unterstützung bei der Objektauflösung.

Durch die Übernahme der Leitung des Bezirksarbeitsstabes konnten wir hier in Magdeburg in Kooperation mit dem Bürgerkomitee eine ganz gute Tandemlösung praktizieren. So konnten wir uns gewisse knifflige Dinge gegenseitig zuschieben, z. B. das Bürgerkomitee fordert, der Arbeitsstab setzt durch oder umgekehrt. Das war eine gute Möglichkeit für die Arbeit.

Die generellen Freistellungen für die Bürgerkomiteemitglieder liefen in der Regel im Sommer 1990 nach Beendigung der Umlagerung des Archivs aus. Wir hatten dann zwei Mitarbeiter im staatlichen Bezirksarbeitsstab, eine Stelle für unser Bürgerbüro im Rathaus und noch 2 Stellen, die die Bezirksverwaltungsbehörde für Arbeiten im Archiv zur Verfügung gestellt hatte. Das waren Edda Ahrberg, die spätere Landesbeauftragte, und Winfried Overmann. Auch die spätere Leiterin der Außenstelle der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Walburga Edel, war Mitglied des Bürgerkomitees und schon seit Sommer 1990 Mitarbeiterin im Volkskammersonderausschuß zur Kontrolle der Auflösung des MfS tätig.

Bürgerkomitee Halle

(Dietmar Webel:)

Ich erzähle noch einmal, wie das Bürgerkomitee in Halle entstanden ist. Das war ein komplizierter Weg. Wir saßen zur Sitzung des Neuen Forums am Montagabend zusammen. Herr Schlademann kam später und sagte, daß in der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit in Eisleben Akten vernichtet würden. Bürger würden vor der Kreisdienststelle stehen und hätten beim Neuen Forum angerufen. Wir wußten nicht, was wir machen können und wollten diese Situation wenigstens fotografisch festhalten und den Menschen in Eisleben beistehen. Andre Boltze und ich fuhren nach Eisleben. Dort standen Menschen mit Kerzen und ein Polizeiauto war auch da. Alle waren ratlos, keiner kam in das Gebäude, auch die Polizei nicht. So entstanden die ersten Bilder. Uns kam der Gedanke, die Sicherung der MfS-Gebäude im ganzen Bezirk herzustellen. Deshalb riefen wir den Bezirksstaatsanwalt in der Nacht an und forderten ihn auf, die MfS-Gebäude und den Rat des Bezirkes in Halle durch Polizei sichern zu lassen. Wir stellten Strafanzeige gegen das MfS wegen Vernichtung von Beweisen. Zu anderen Komitees oder zu den Leipzigern hatten wir keinen Kontakt. Wir wollten die Eislebener Verhältnisse einfach nur auf den Bezirk übertragen wissen.

Der Bezirksstaatsanwalt wollte uns erst abwimmeln, wir haben ihm dann aber gesagt: Wenn sie diese Sicherung nicht veranlassen, dann gibt es einen Zeitungsartikel. Er versprach uns, noch in dieser Nacht für die Sicherung von Beweisen zu sorgen und wollte die Polizei auffordern, für die äußere Absicherung zu sorgen. Am Morgen, als wir diese Maßnahmen kontrollierten, stellten wir fest, daß es gelungen war, in der Bezirksverwaltung des MfS eine äußere Sicherung zu veranlassen. Weder der Rat des Bezirkes, noch die Kreisdienststellen waren von den polizeilichen Maßnahmen mitbedacht worden.

Bei einem Besuch in der Bezirksstaatsanwaltschaft versuchten wir dies zu klären. Für uns war wichtig, in die Gebäude hineinzukommen, denn dort wurden ja die Akten vernichtet. Wir drängten auf Einlaß. Erst am Nachmittag war es in Halle gelungen, in das Gebäude der Bezirksverwaltung, in den Strafvollzug und in die Kreisdienststelle hineinzukommen und dort die Archive zu sichern. Dies geschah nur mäßig und nur auf Drängen der Bürger. Das sogenannte operative Material der Mitarbeiter wurde nicht versiegelt.

Danach geschah in Halle nichts weiter. Erst im Januar sprach mich Frank Eigenfeld vom Neuen Forum an, ob ich an einer Tagung in Leipzig teilnehmen würde. Da würden sich Menschen aus den Bezirken treffen und ihre Erfahrungen austauschen. Da ich doch bisher mit dieser Geschichte intensiv zu tun gehabt hätte und die Vorgänge kenne, wäre es gut, wenn ich dorthin fahren würde.

Diese Zusammenkunft in Leipzig war die Geburtsstunde des DDR-Bürgerkomitees. Es war ein Informations- und Erfahrungsaustausch. Für mich war es eine Hilfe, zu sehen und zu hören, was in den anderen Bezirken gelaufen war und was möglich ist für Halle.

Gleich unmittelbar danach habe ich dann die SED-Archive versiegeln lassen und die Bezirkseinsatzleitungsprotokolle im Wehrkreiskommando, welche schon in Koffer verstaut auf den Abtransport nach Straußberg warteten, zurückgehalten und gesichert. Die Richtfunkanlage der SED habe ich unbrauchbar machen lassen, damit es kein internes Informationsnetz mehr gibt.

Mit Hilfe der Polizei wurde die Entwaffnung vorgenommen. Die MfS-Mitarbeiter mußten ihre Waffen abgeben, sie wurden dann auf Vollständigkeit überprüft und von der Polizei übernommen. Bis zu dieser Zeit bestand das Bürgerkomitee aus drei Leuten. Erst anschließend hatte der Runde Tisch des Bezirkes Halle eine autorisierte Gruppe gebildet, welche dann für die Entlassung der Mitarbeiter und die Beräumung der Gebäude sorgen sollte.

Die autorisierte Gruppe des Bezirkes bestand aus Mitgliedern von allen dort sitzenden Parteien und Massenorganisationen, also auch von Mitgliedern der SED und der FDJ.

Die Freiräumung der Gebäude fand unter Termindruck statt, wie ich fand. Die Akten wurden gebündelt und zimmerweise verstaut.

Wir haben auch Arbeitsgruppen gebildet:

- Technik - Überprüfung aller Telefonsachen
- Gebäude - Überprüfung der Hinweise von Bürgern

Räumung - Überprüfung und Hilfestellung bei der praktischen Beräumung der Gebäude

Mit der Gründung des staatlichen Komitees waren drei Mitarbeiter beauftragt, wir stellten paritätisch drei Mitglieder aus dem Bürgerkomitee diesen zur Seite. Diese drei zugestellten Menschen wollten die Arbeit des staatlichen Komitees überprüfen und stellten auch die Öffentlichkeit her. Die ersten Rehabilitationsverfahren wurden durch die Staatsanwaltschaft bearbeitet und das MfS-Archiv wurde wieder gebraucht. Dafür übernahmen wir auch die Kontrolle.

Die Mitglieder vom Schweriner Bürgerkomitee brachten ein Papier in das DDR-Komitee ein, welches Aktenvernichtung vorschlug. Diese Vernichtung sollte eine Aktenverdünnung zum Ziel haben und nur das mehrfach vorhandene Material betreffen.

In Halle haben wir daraufhin eine Arbeitsgruppe Akten gebildet. Diese Gruppe hat das Schweriner Papier bearbeitet und einen eigenen Vorschlag für eine Aktenverdünnung gemacht.

Diese Gruppe ist an das Aktenmaterial herangekommen und hatte verschiedenste Akten gesichtet.

Trotzdem ist durch diese Arbeitsweise Schaden entstanden, denn die Gruppe hat mit der Verdünnung und Vernichtung begonnen. Zerrissene Akten fanden sich in Säcken vor den Türen der entsprechenden Abteilungen. Es sollen auch Papiere verkollert worden sein, den Umfang des Schadens kann ich nicht ermessen. Diese Vernichtung haben wir gestoppt, es gab dafür keine Legitimation vom Runde Tisch des Bezirkes.

Es kamen bald dann auch die Menschen, die ihre Akten sehen wollten und sprachen bei uns oder im staatlichen Komitee vor. Die Anfragen haben wir alle erfaßt und auf die unklare rechtliche Situation hingewiesen.

Diese Arbeit habe ich bis zum August 1990 betrieben, bin auch zu den Treffen des DDR-Bürgerkomitees gefahren. Als Herr Gauck uns ansprach, wir könnten in seiner Behörde mitarbeiten, bin ich ausgestiegen. Diese Mitarbeit hätte eine Anstellung mit Schweigeverpflichtung bedeutet. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte in Berlin stattfinden.

Diese Arbeit habe ich dann an Herrn Schlademann weitergegeben, der sie weiterführte.

Als die Stasiakten vom Bundesarchiv in Koblenz übernommen werden sollten, da haben wir in Halle auch eine Mahnwache eingerichtet. Auf dem Markt-

platz haben wir rund um die Uhr 10 000 Unterschriften dafür gesammelt, daß die Akten in den Bezirken auf dem Boden der ehemaligen DDR verbleiben müssen. Diese Unterschriften habe ich Bärbel Bohley übergeben. Mir wurde der Zutritt zum Archiv verwehrt. Ich war durch die Behörde des Bundesbeauftragten ausgesperrt worden.

Während der Kirchensynode in Halle habe ich den Synodalen Informationspapiere zur Verfügung gestellt. Auch Auszüge aus der Akte vom Jugenddiakon Lothar Rochau waren dabei, damit die Entscheidung für eine Regelüberprüfung getroffen wird. Dies war aber nicht der Fall, erst Jahre später wurde sie für die Pfarrer Pflicht und für die Mitarbeiter war sie dringend angeraten.

Später besuchte ich Schulen und bot im Sachkundeunterricht dieses Thema für Schüler an.

Es war inzwischen auch eine kleine Wanderausstellung fertig, die für diese Arbeit ihren Einsatz fand. Diese Ausstellung bot ich über das Neue Forum auch anderen Gruppen an, sie wurde aber kaum von anderen Menschen genutzt.

Das sogenannte „Böhme-Archiv“ bei der PDS habe ich noch gesichtet. Böhme war unser 1. Sekretär der SED. Dort fand ich die Brüsewitz-Papiere.

Während dieser Zeit habe ich zwei Ordner erstellt für die Sitzungen in Berlin und unsere Arbeit in Halle. Bei uns ist eine Broschüre veröffentlicht, die heißt „Keine Überraschungen zulassen“. Diese haben Herr Schlademann und Herr Cyranka geschrieben. Auch hat Herr Berg ein Heft erstellt mit dem Titel: „Bevor wir unsere Akten sehen“. Damals ging es um die Frage, was eigentlich eine Akte ist. Von dem Historiker der Behörde des Bundesbeauftragten, Herrn Dr. Löhn, wurde eine Dokumentation der ersten Tage erstellt.

Es gibt in Halle kein Bürgerkomitee mehr. Anfangs habe ich versucht, im Magdeburger Komitee mitzuarbeiten. Es entstanden lose Kontakte. Mit der Arbeit von Herrn Vogel, dem damaligen Vorsitzenden, war ich nicht einverstanden und brach dann die Kontakte ab.

Quelle: Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. (Hrsg.): Die Auflösung des MfS - Die Arbeit der Bürgerkomitees in den Bezirken 1989/1990. Veranstaltung am 26. und 27. September 1997 in Magdeburg; Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1998

ANHANG 3

Ablaß-Handel der Gesellschaft

Rehabilitierung, Entschädigung, Beratung, Betreuung - die politisch Verantwortlichen, staatliche Stellen und Institutionen benutzen diese Begriffe gern, um ihr Engagement für die Opfer beider deutscher Diktaturen anzuzeigen. Dieses Engagement war jedoch zu keiner Zeit eine freiwillige Selbstverpflichtung der Zivilgesellschaften nach dem Ende beider Diktaturen. Die Opfergruppen, deren Verbände und Fürsprecher stritten jahrzehntelang mit den politisch Verantwortlichen nach 1945 und ebenso nach 1989, um gesetzliche Grundlagen für die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft durchzusetzen. Die Täter beider Diktaturen waren und sind auch heute besser gestellt als ihre Opfer. Das jüngst ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat die Renten der Staats- und Parteifunktionäre der DDR fast verdoppelt. Das ist nur die Spitze des neuen Unrechts, das ehemalige politisch Verfolgte verhöhnt.

Trotz solcher Fehlentwicklungen sind zehn Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer kommunistischer Verfolgung weitgehend durch Gesetze geregelt; dies jedoch längst nicht in einem Maße, das dem erlittenen Unrecht angemessen wäre. Einzelne Themen blieben bisher völlig unberücksichtigt, wie beispielsweise die Entschädigung der kommunistisch Repressierten für geleistete Zwangsarbeit, die Entschädigung für Enteignungen durch DDR-Staatsorgane und eine Rentenausgleichszahlung, die ein menschenwürdiges Altern sichern hilft. Außerdem ist der Personenkreis, der als politisch verfolgt anerkannt wird, zu eng gefaßt.

Darüber hinaus stellt sich die Frage nach den Grenzen der bisherigen Rehabilitierungs- und Entschädigungspolitik. Der wiedervereinigte Staat erkannte zwar die dringende Notwendigkeit, erlittenes Unrecht auch als Unrecht zu bezeichnen und hob die politischen Urteile auf. Jedoch die gezahlten Haftentschädigungen sind lediglich eine symbolische Anerkennung der Entbehrungen und Leiden während politischer Haft. **Viele** der ehemals politisch Inhaftierten müssen mit Mindestrenten oder Sozialhilfe ihren Lebensunterhalt bestreiten und erleben oftmals, daß ihre gesundheitlichen Haftfolgeschäden nicht anerkannt werden. Sie „versäumten“, von den Tätern die heute notwendigen Atteste zu erbitten. Dieser Verfahrensunsinn, bei dem die Beweislast für psychische und physische Gesundheitsschäden auf der Seite der Verfolgten liegt, verkennt völlig das Wesen des wiedergutzumachenden

Unrechts. Fachleute forderten Änderungen dieser Regel, Betroffene klagten, es gab Wahlversprechen, und dennoch fehlen bis heute die entscheidenden Taten. Ganz im Sinne eines mittelalterlichen Ablaßhandels versucht die schuldbeladene Gesellschaft, mit den kleinstmöglichen Beträgen ihre Seele zurückzukaufen.

Wo ist der ursprüngliche Anspruch geblieben? Der Anspruch, die Wahrheit über die Verbrechen aufzudecken. Denn was ist eine Rehabilitierung ohne die Bestrafung der Täter und Verantwortlichen wert? Einerseits werden ehemalige politisch Verfolgte rehabilitiert und bundesweit an Gedenktagen gefeiert. Andererseits können beispielsweise ehemalige Ärzte-IMs und solche mit Dienstgraden weiterhin ungestört Arztpraxen betreiben. Den Tätern wird ein Platz unter der Decke der gut-bürgerlichen Gesellschaft geboten. Und neben den Tätern sucht die übergroße Mehrheit der Gesellschaft Entlastung durch Vergessen. „War doch nicht so schlimm“, ist ihre Losung, um der Konfrontation mit der eigenen Verstrickung zu entgehen.

Die Opfer politischer Verfolgung jedoch können nicht vergessen, denn die erlittenen Traumen kennen keine Zeit. Das Erlebte ist tief in die Seelen gebrannt. Das Vergangene ist immer gegenwärtig, und selbst die Zukunft wird davon geprägt. Die Zusendung der Rehabilitierungsurkunde und die Auszahlung der Haftentschädigung - so wichtig beide sind - beenden die körperlichen und seelischen Leiden ehemaliger politisch Verfolgter nicht.

Physische Folter und die „Zersetzung der Seele“ erschütterten und zerstörten die Persönlichkeit, die Selbstwertgefühle und das Vertrauen der Inhaftierten und Bespitzelten nachhaltig. Es fällt schwer, das Fazit zu ziehen: Die Methoden des NKWD und des MfS haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Das während Verfolgung und Haft Erfahrene unterscheidet sich so sehr von den „normalen“ menschlichen Erfahrungen, daß es kaum Worte gibt, darüber zu reden. Wo Sprechen unmöglich ist, bleibt nur Schweigen - Schweigen über die nicht mehr weichende Angst, die wahnsinnig machende Einsamkeit, die Scham angesichts erpreßter Geständnisse, die Schuldgefühle gegenüber den Toten und Verratenen und die gegenüber der Familie. Wenn mit großer Anstrengung der Abgrund übersprungen und versucht wird, über das Erlebte zu berichten, müssen die Betroffenen häufig die Erfahrung machen, daß niemand zuhört, sie miß- oder gar nicht verstanden werden. Dann schnappt die Falle der Isolation abermals zu. Die unüberbrückbar scheinende Distanz kann oftmals nicht mehr aus eigener Kraft überwunden werden. Zunehmend wird das öffentliche Leben gemieden, der Rückzug aus dem Freundeskreis erfolgt, und häufig gelingt das Leben mit der Familie und den Lebenspartnern nicht mehr.

In dieser oder einer ähnlichen Lebenssituation bedarf es einer besonderen Art der Beratung und Betreuung. Weder bessere gesetzliche Regelungen noch kompetentere staatliche Stellen und Institutionen können diesen Umständen gerecht werden. Diese besonderen Beratungsgegebenheiten werden von den Verbänden, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen engagiert geschaffen.

Eine der ersten Aufgaben der Beratungsstellen der Opferverbände und -vereine besteht darin, die Position des einzelnen gegenüber dem Staat zu stärken; der, so will es scheinen, denkt mehr ans Sparen, als an den Anspruch, wenigstens etwas Gerechtigkeit herzustellen. Die von einstiger staatlicher Verfolgung und Allmacht in ihrem menschlichen Grundvertrauen Erschütterten brauchen Mittler und Verbündete, die mit ihnen gemeinsam den staatlichen Instanzen gegenüberreten. Vor dem Gang zum Amt für Soziale Aufgaben oder dem Einlegen eines Widerspruchs suchen nicht wenige der Antragsberechtigten Ermutigung und praktischen Rat. Häufig ist der Antrag auf Rehabilitierung ein erster Anlaß nach langer Zeit, sich der schwierigen und schmerzlichen Erinnerung und der eigenen Geschichte zu stellen. Es ist von großem Wert, dabei nicht allein zu sein. Und außerdem, wo läßt sich sonst kostenloser juristischer Rat für ehemalige politisch Verfolgte finden, die im Regelfall nicht zu den finanziell Bessergestellten zählen? (Der Bedarf ist weit größer als das Angebot.) Diese besondere Unterstützung beim Wahrnehmen ihrer Rechte und Erstreiten ihrer Ansprüche, auch über den Rahmen der Rehabilitierung und Entschädigung hinaus, wird weiterhin notwendig sein. Auf diese Beratungsstellen kann deshalb auch zukünftig nicht verzichtet werden.

Der gebräuchliche Begriff „Betreuung“ sollte allerdings nicht als vormundschaftliche Aufgabe fehlinterpretiert werden. Ehemalige politisch Verfolgte bedürfen der Vormundschaft nicht. Sie erwarten und brauchen die Anerkennung der Verfolgungen und Leiden, die Akzeptanz der Biographien sowie Angebote und Möglichkeiten zur Integration in den heutigen Alltag, auch unter schwierigen Bedingungen. Das Ende der Ausgrenzung setzt allerdings voraus, daß der Wille dazu nicht nur verbal bekundet wird. Wo eine Mehrheit mit Kopfschütteln und Abwinken reagiert und sich in ihrer Lebensart gestört fühlt, sobald sich die ehemaligen Verfolgten zu Wort melden, beginnt bereits die Ausgrenzung. Die Mißachtung ihrer Erfahrungen führt häufig zu übererregten, hitzigen Protesten oder zu abermaliger Resignation und Rückzug. Wen wundert das? Die alten, tiefen, nicht heilenden Wunden machen ehemals politisch Verfolgte in einer Demokratie, die sich ihnen nicht anerkennend zuwendet, heute um so verletzlicher.

Unter „Betreuung“ sollten alle die Aktivitäten verstanden werden, die der Kommunikation und dem sozialen Miteinander in den Verbänden und Vereinen

sowie der Begegnung mit anderen Gruppen der Gesellschaft dienen. Dazu gehören Treffen von Häftlingsgemeinschaften, Gedenkveranstaltungen, aber auch der Krankenbesuch, das einzelne Gespräch mit denjenigen, die weit außerhalb wohnen, allein leben, und nicht zuletzt auch die Geburtstagskarte. Diese Begegnungs- und Gesprächsmöglichkeiten geben ehemaligen politisch Verfolgten sozialen Halt und sind Bindeglieder zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Und eben darin besteht der Unterschied zwischen einer Senioren-Busreise und der Fahrt ehemaliger Häftlinge zu ihrem Haftort. Sie gedenken dort der Toten, und im Gespräch werden die Verfolgungs- und Haft-erlebnisse weiter verarbeitet. Gerade wegen dieser speziellen sozialen und psychosozialen Funktion sind solche Fahrten, Treffen und Veranstaltungen besonders förderwürdig. Die Teilnahme aus dem gesamten Bundesgebiet muß für alle, auch für die, die über wenig finanzielle Mittel verfügen, möglich sein. Zunehmend werden diese Treffen mit Fachvorträgen, Filmvorführungen, Besuchen in Schulen und Treffen mit Bürgerinnen und Bürgern, die heute im Umfeld des ehemaligen Haftortes wohnen, erweitert. Als Zeitzeugen wollen ehemalige politisch Verfolgte im öffentlichen Raum über ihre Erlebnisse, Erfahrungen und Lehren aus ihrer Geschichte sprechen. Hier sind die Stiftungen und Institutionen der politischen Bildung aufgerufen, diese Initiativen durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, um damit den Wirkungskreis solcher politischen Bildungsveranstaltungen erweitern zu helfen. Ein Zeitzeuge, der in den 50er Jahren von der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert war, schrieb in einem Brief: „Wir sind in R. nur noch 48 Mitglieder und helfen uns soweit wie möglich.“ Die vielen kleinen Leistungen und Dienste, mit denen sich ehemalige politisch Verfolgte gegenseitig helfen, werden gar nicht oder ungenügend beachtet und gefördert. Das Engagement einzelner, die beispielsweise weite Strecken über Land fahren, die abseits Wohnende im Krankheitsfalle betreuen oder ihnen beim Ausfüllen der mannigfaltigen Fragebögen und Formulare für Anträge behilflich sind, findet derzeit keine öffentliche Anerkennung. Den Aktiven, die selbst häufig bereits im Rentenalter sind, kann nur in seltenen Fällen wenigstens das Fahrgeld erstattet werden. Die ehrenamtliche, oftmals ambulante Sozial- und Beratungsarbeit wird in den Opferverbänden, Verfolgtengruppen und von einzelnen als Selbsthilfe verstanden. Doch selten ist den Verantwortlichen in den Kommunen, in den Ländern und im Bund die Bedeutung dieses weitgespannten sozialen Netzes bewußt. Das ehrenamtliche Engagement, das gegenseitige Helfen braucht akzeptable Rahmenbedingungen. Es verdient, als anerkannte soziale Leistung bewertet, gefördert und finanziert zu werden.

Petra Morawe

Quelle: Der Stacheldraht 4/1999, Herausgeber: Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft (UOKG) und Bund der Stalinistisch Verfolgten (BSV), Landesverband Berlin-Brandenburg

ANHANG 4

Legoland

oder: Die gepriesene Hilfsbereitschaft und menschliche Nähe in der DDR

Am Rande eines Dorfes in Sachsen-Anhalt, inmitten von grünen Wiesen, liegt im Sommer 1999 Legoland. Die Synagoge dieses Ortes, welche von blühendem jüdischen Leben erzählen könnte, ist längst Museum.

Legoland empfängt die Ankommenden gebührend in Person eines älteren Mannes, barsch und mit Haß in den Augen. Nach einem Blick auf das Nummernschild eines der Autos, ein Münchener Kennzeichen, straft er: „Wenn Sie bei uns den Führerschein gemacht hätten, dann wüßten Sie, daß das Parken hier verboten ist!“ Die Autos stehen auf einem Feldweg, weit und breit kein Verkehr. Wir - gehorchen und parken sie auf der anderen Seite des Weges.

Zwei Journalistinnen, zwei Kameralleute, zwei Tonassistenten, B. und ich gehen in der Nachmittagssonne durch eine sonst menschenleere Straße der neuen Siedlung auf das Haus Nr. 1 zu. Ein Junge rast mit dem Fahrrad nah an uns vorbei.

Der Druck in der Magengegend nimmt zu, der Kopf ist leer:

Kein Bild. Keine Vorstellung von dem, was uns gleich erwartet.

Vor Monaten hatte B. das Angebot von H. auf ihrem Anrufbeantworter vorgefunden, Fragen stellen zu können.

In einem der neu gebauten Häuser öffnet sofort nach dem Klingeln H. die Tür: freundlich, sicher, mit rosigen Wangen - das Gesicht nichtssagend, gläserne Augen. Keine Sympathie verunsichert mich.

Auf seine Bitte findet die Begegnung auf der Terrasse hinter dem Haus statt, „weil die neue Couchgarnitur noch nicht eingetroffen ist!“ Die Runde, eng auf Plastik-Hollywoodschaukel und Plastik-Stühlen um einen weißen Plastik-Tisch verteilt, wird ergänzt durch einen auf Wunsch der Tonassistenten stillgelegten Springbrunnen und diverse Gartenzwerge.

Drei Stunden werden wir hier sitzen, die Frau des Hauses wird die meiste Zeit mit verschränkten Armen daneben stehen. Nachbarn lassen nebenan die Jalousien herunter, andere fahren auf der angrenzenden Straße hupend am Grundstück vorbei. Ich habe das Gefühl, alle wissen von dieser Begegnung.

H. redet wie ein Wasserfall, vielleicht auch um den jetzt leblosen Springbrunnen zu ersetzen. Er sagt wenig.

Jahrelang hat er das von „Wanzen“ aufgezeichnete Leben der Familie B. in einem abgesperrten Hinterzimmer weit weg abgeschrieben, bis er nach einem kurzen Intermezzo in einer anderen Abteilung 1987 das Ministerium für Staatssicherheit verlassen mußte (um einen anderen, besser bezahlten Job in einem Betrieb anzunehmen). Er ist der Meinung, daß er durch diese Arbeit „ja Anteil an ihrem Privatleben hatte und sie immer schon mal kennenlernen wollte“.

Die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich in harter Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus. Die zuverlässige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit erfordert vor allem, durch verstärkte Arbeit am Feind die Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit weiter zu erhöhen. Durch die Anwendung operativ-technischer Mittel und Methoden leistet die Linie 26 dazu einen bedeutenden Beitrag.

Zur Erreichung einer höheren Wirksamkeit des Einsatzes der speziellen Mittel und Methoden der Linie 26, zur Gewährleistung der Konspiration und Geheimhaltung, einer straffen Ordnung bei der Anwendung operativ technischer Mittel sowie der effektiven Zusammenarbeit der operativen und anderen zuständigen Dienststeinheiten mit der Linie 26

weise ich an

...
authentische Informationen zu erarbeiten, die die Bearbeitung von Operativen Vorgängen, die Operative Personenkontrolle und die Realisierung anderer operativer Prozesse wirksam unterstützen.

...
*Mielke
Armeegeneral*

(aus: Dienstanweisung des MfS 1/84 vom 2.1.1984 über die Aufgaben der Linie 26, welche u. a. für den Einbau von „Wanzen“ zuständig war.)

Er verwendet die Kosenamen der Familie ganz selbstverständlich; die Distanzlosigkeit läßt mir und den anderen den Atem stocken. Er bohrt sich noch immer in fremde Leben! Kein Respekt vor dem Anderen. Ich möchte abwehrend die Hand ausstrecken, sie gehorcht nicht. Die Luft wird schwerer. Die Kameralleute strahlen Ruhe aus und fangen uns auf. Unendliche Dankbarkeit, daß sie da sind. Ich bin froh, daß wir beide nicht wie ursprünglich geplant allein gegangen sind. Was ist es, daß mir die Kraft aus der Seele zieht, obwohl es doch um B. geht? Die eigenen Erfahrungen von Ohnmacht schlagen unerwartet zu.

Es ist kaum zu ertragen, daß Menschen, die ein anderes, ihr eigenes Leben leben wollten, von solchen Leuten eingesperrt und zersetzt wurden.

Bei der Beschreibung seiner Tätigkeit verwendet H. Worte, wie „schmunzeln“ und „niedlich“. Er hatte eigentlich erst dann etwas dagegen einzuwenden, als er nach seinem Ausscheiden aus dem MfS das Gefühl hatte, selbst bespitzelt zu werden. Noch in der Erinnerung verläßt ihn hier seine Emotionslosigkeit - er fühlt sich verraten und verletzt. Das macht ihn wütend! B. muß aushalten zu hören, daß die „Wanzen“ vierundzwanzig Stunden am Tag gearbeitet haben: Jedes Geräusch, jeder Atemzug, jedes Seufzen, jedes Wort auf das Band „gebannt“.

Als sie H.s Frau fragt, ob die verstehen kann, wie es ihr jetzt geht, die Antwort:

„Ja, mein Vater war auch im Gefängnis, in Waldheim.“

Einen Moment scheint die Zeit stillzustehen, mir stockt der Atem und Tränen sammeln sich ob dieser Konstellation.

Auf die Frage, was ihr Vater denn zu dem ehemaligen Beruf ihres Mannes meint, kommt die unglaubliche Antwort: „Darüber haben nur mein Mann und er gesprochen, und mein Mann hat mir über dieses Gespräch nichts erzählt.“ Ob sie jemals gefragt hat, bleibt offen. Auch ihren Vater hat sie nie gefragt. Worüber reden diese Menschen, denen nicht aufgefallen ist, daß ihre Tochter 1990 die Schule geschwänzt hat (H.: „Früher war manches besser, besonders die Kinderbetreuung.“).

Frau H. erwähnt nun eindringlich, daß der Grund des Anrufes von H. auch war, sich entschuldigen zu wollen. Daraufhin tut er es mit der Art eines Kindes, welches einem anderen die Hand hinhält in der Erwartung, daß damit alles Böse vergessen ist.

Urplötzlich wird mir klar, was er verlangt: Er will Entlastung auf Kosten von B. und darüber hinaus die Bestätigung, daß er ein besserer MfS-Mann ist als alle anderen!

Er will dazugehören zu der anderen Welt, die der B., und hat keine Skrupel, seinem Opfer eine zusätzliche Last aufzubürden: Die Entscheidung, entweder den moralischen Ansprüchen der Gesellschaft Genüge zu tun indem sie entschuldigt oder anderenfalls als rachsüchtig, rückwärtsgewandt und selbstgerecht zu gelten.

Die Mauer zwischen beiden ist sichtbar. Sie sprechen verschiedene Sprachen.

Der Druck ist fast unerträglich.

B. hat die Kraft, den Stein zurückzugeben: „Ich habe nichts zu entschuldigen. Das müssen Sie mit sich selbst ausmachen.“

Endlos lange sind wir schon auf dieser Terrasse gefangen.
Es gibt nichts mehr zu sagen. Der Spruch an der Wand im Flur „Christen sind nicht besser, aber besser dran!“ bestätigt unübersehbar, daß er nur sein eigenes Gewissen beruhigen will und es ihm nicht darum geht, wieviel Elend er bei anderen mitverursacht hat.

Im Herbst 1989 war er mit auf der Straße in Halle, zu dem Zeitpunkt als viele andere auch dort waren. Jetzt ist er Geschäftsmann und viel beschäftigt. Damals ein Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat er sich jetzt einer freikirchlichen Gemeinde angeschlossen.

Wir verlassen das kalte Haus, ein lauer Sommerabend empfängt uns.

Auf die Frage, was die H.s jetzt wohl reden, antwortet B.:

„Nichts, die essen Abendbrot.“

Einer der Tonassistenten hat eine Kasette vergessen und geht zurück: H. und die Nachbarn sitzen inzwischen an der Hausbar im ansonsten leeren Wohnzimmer beim Bier.

Es wird dunkel. Uns andere nimmt zu dieser abendlichen Zeit erst die dritte Kneipe in einem Nachbarort noch als Gäste auf. Lautstark wird in einem Nebenraum gefeiert.

Langsam löst sich die Anspannung. Die Wärme zwischen uns, die sich am Morgen noch nicht kannten, trägt. Der Tag geht zu Ende.

Der letzte Druck verfliegt während der Fahrt mit dem Auto durch die Nacht.

Morgens erwache ich aus einem Traum, das Bild der Kameralleute vor Augen, und mache mich auf den Weg in den neuen Tag - zu einem Gespräch mit sehr jungen Menschen.

Edda Ahrberg

(z. Zt. Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR in Sachsen-Anhalt)

ANHANG 5

(siehe nebenstehende Seite)

Aufruf an alle, die Dokumente von Widerstand und Opposition gegen die SED in der Zeit der SBZ/DDR besitzen

Auch zehn Jahre nach der friedlichen Revolution sind viele Zeugnisse von Widerstand und Opposition nicht für die Öffentlichkeit, für Medien, Wissenschaftler und politische Bildungsarbeit zugänglich. Viele Materialien liegen bei den Betroffenen, den Opfern der SED-Diktatur bzw. denen, die gegen die SED gekämpft haben oder unangepasst waren. Dies gilt für die gesamte Zeit der SBZ/DDR, besonders auch für die 40er, 50er und 60er Jahre.

Diesen Zustand zu ändern, haben sich die folgenden Einrichtungen vorgenommen:

Matthias-Domaschk-Archiv Berlin, Herr Ebert, Tel. (030) 44 71 08 20

Robert-Havemann-Archiv Berlin, Frau Krone, Tel. (030) 44 71 08 10

Archiv Bürgerbewegungen Leipzig, Herr Schwabe, Tel. (0341) 86 11 62 6

Bürgerkomitee „15. Januar“ Berlin, Herr Boche, Tel. (030) 57 79 49 83

Bürgerkomitee für die Auflösung der ehem. Staatssicherheit Leipzig, Herr Hollitzer, Tel. (0341) 9 61 24 43

Grauzone Berlin, Frau Kenawi, Tel. (030) 44 71 08 16

IFM-Archiv Sachsen Leipzig, Herr Rudolph, Tel. (0341) 4 01 17 45

Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ Hummelshain, Herr Kulisch, Tel. (036424) 5 43 19

Umweltbibliothek Großhennersdorf, Herr Schönfelder, Tel. (035873) 4 05 03

Zeitgeschichte(n) e.V., Verein für erlebte Geschichte, Frau Bohley, Tel. (0345) 2 03 60 40

Martin-Luther-King-Zentrum, Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens, Werdau, Herr Meusel, Tel. (03761) 5 81 81

Diese Institutionen sammeln Schriftdokumente, Photos, Tonbänder, Videos und andere Gegenstände. Alle Materialien werden erschlossen und stehen der Öffentlichkeit, den Medien, und der Wissenschaft zur Verfügung.

Die Unterzeichner haben ihre persönlichen Bestände an Dokumenten in eines dieser Archive übergeben oder ihre Bereitschaft dazu erklärt. Zeugnisse von Widerstand, Opposition und unangepasstem Verhalten sollen nicht länger in Privatschatullen liegen. Die Öffentlichkeit muß erfahren, was Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR war und wer sich engagiert hat.

Wir rufen alle Freunde und Mitkämpfer auf, ihre Dokumente und Sammlungen als Schenkung oder Dauerleihgabe in eines der o. g. Archive zu übergeben.

Berlin, den 13.12.1999

Michael Arnold, Thomas Auerbach, Michael Beleites, Bärbel Bohley, Rainer Eckert, Marianne Freymuth, David Gill, Christian Halbrock, Katja Havemann, Ralf Hirsch, Martin Jander, Ilko-Sascha Kowalczyk, Heiko Lietz, Eckehard Maaß, Kathrin Menge, Ehrhart Neubert, Eva Quistorp, Jens Reich, Gerhard Rein, Siegfried Reiprich, Peter Rösch, Wolfgang Rüddenklau, Reinhard Schult, Konrad Weiß, Reinhard Weißhuhn, Christiane Ziller

**Aufruf
an alle, die Dokumente
von Widerstand und Opposition besitzen.**

Auch zehn Jahre nach der friedlichen Revolution sind viele Zeugnisse von Widerstand und Opposition nicht für die Öffentlichkeit, für Medien, Wissenschaftler und politische Bildungsarbeit zugänglich. Viele Materialien liegen bei Betroffenen, den Opfern bzw. bei denen, die gekämpft haben und unangepaßt waren. Dies gilt für die gesamte Zeit der SBZ/DDR auch für die 40er, 50er und 60er Jahre. Diesen Zustand wollen wir ändern. Das Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees sammelt Schriftdokumente, Fotos, Videos und andere Gegenstände. Alle Materialien werden erschlossen und stehen der Öffentlichkeit, den Medien und der Wissenschaft zur Verfügung. Zeugnisse von Widerstand, Opposition und unangepasstem Verhalten sollen nicht länger in Privatschatullen liegen. Die Öffentlichkeit muss erfahren, was Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR war und wer sich engagiert hat. Wir rufen deshalb alle Freunde und Mitstreiter auf, ihre Dokumente und Sammlungen als Schenkung oder Dauerleihgabe in das Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees zu geben. Sie würden damit unsere Arbeit sehr unterstützen. Vielen Dank.

Dokumentationszentrum am Moritzplatz
des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V.
im Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie
Umfassungsstraße 76, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2532316

Impressum

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Verfasser: Landesbeauftragte Edda Ahrberg

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA-Druckerei Naumburg - Arbeitsverwaltung